

türkei information

Nr. 36
2,- DM
November/Dezember 1990

**Gleichzeitig
Frau
und Arbeiterin
sein...**

*
Das Augenmerk der Frauen
ist auf den Europäischen
Gerichtshof gerichtet
NEIN ZUM § 159
Seite 16

HEIßER HERBST

Die politische Situation in der Türkei wird zunehmend komplizierter. Die Atmosphäre, die in den Sommermonaten immer heißer wurde, spitzt sich weiter zu. Aber schon heute kann mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß der politische Barometer der Türkei im Herbst und in den Wintermonaten ständig steigen wird.

Die Golfkrise hat die Krise des 12. September-Regimes vertieft und in Verbindung damit haben die Kämpfe zwischen den herrschenden Kräften und in der Staatsherrschaft zugenommen.

inneren Kämpfen der herrschenden Kräfte bestimmt wird. Die Opposition des Volkes, die Bewegung der ArbeiterInnen und Werktätigen übt noch keinen bestimmenden Einfluß auf diese Entwicklungen.)

Zunächst aber zur Golfkrise, die die politischen Entwicklungen in der Türkei direkt beeinflußt:

DIE USA SETZT SICH IM MITTLEREN OSTEN FEST

ten. Trotzdem kann der Krieg zu jeder Zeit ausbrechen.

In der letzten Nummer der Türkei Information hatten wir berichtet, daß die USA die neuen Bedingungen und Möglichkeiten nach der Beendigung

des Kalten Krieges ausnutzen, um sich im Mittleren Osten für eine lange Zeit festzusetzen, daß sie im Rahmen dieser Politik schon vor der Besetzung Kuweits Syrien und Irak provoziert haben, besonders aber Irak gezwungen haben, zu einem

Problem zu werden und somit einen Anlaß für den USA einen Anlaß zu verschaffen. Diesen hat schließlich Irak durch die Besetzung Kuweits einen solchen Anlaß für die USA geliefert, und somit den USA einen willkommenen Grund für eine starke US-Präsenz im Mittleren Osten auszunutzen und zugleich sich wieder als Weltgendarm positionierten.

Die Entwicklungen in den letzten beiden Monaten haben diesen Feststellungen Recht gegeben. Die USA haben sich nicht nur damit begnügt, im Mittleren Osten einzumarschieren, sie haben auch günstige Bedingungen dafür geschaffen, im Hegemoniekampf innerhalb des imperialistisch-kapitalistischen Systems zu bestimmen.

* Die USA hatten während der Periode des Kalten Krieges versucht, "gegen die sowjetische Gefahr" die Führung des imperialistisch-kapitalistischen Weltsystems in ihrer Hand festzuhalten. "Die sowjetische Gefahr" wurde so zum Vorwand dafür, daß einige kapitalistische Staaten (BRD, Japan etc.) unter dem Schirm der USA lebten. Die militärische Kraft der USA verstärkte und setzte diese Hegemonie mit fort. Die Auflagen, die von den Siegermächten Japan und der BRD diktiert wurden (im Bereich der Waffenproduktion usw.), führten zu einer ungleichen Position in der Konkurrenz dieser Länder mit den USA. Die USA hatten trotz ihrer

Fortsetzung auf Seite 2

Kurdistan: Das Gebiet von Botan auf dem Weg zur menschenfreien Zone...

Seite 3

Der bewaffnete Widerstand der PKK und der Kampf der gesellschaftlichen Opposition für demokratische Rechte und Freiheiten im Westen haben die ANAP Regierung in eine schwere Lage gebracht.

(Es muß aber betont werden, daß die Richtung der politischen Entwicklungen in der Türkei im wesentlichen nach wie vor von den

Es sind nun 3 Monate nach der Besetzung Kuweits durch Irak vergangen. Die ganze Welt erwartet seit den ersten Augustwochen den Ausbruch eines Krieges in der Golfregion. Es sieht im gegenwärtigen Moment so aus, als ob die Krise festgefahren sei. Die Parteien versuchen immer noch mit gegenseitigen Manövern die Situation beizubehal-



In verschiedenen Städten haben Angehörige der politischen Gefangenen sowie demokratische Kräfte mit einem Hungerstreik angefangen. Sie fordern: "Nein zur Todesstrafe!" Obiges Bild: Mütter der Gefangenen im Hungerstreik in Adiyaman. Sie erklärten: "Sollten sie unsere Kinder hinrichten, werden wir uns verbrennen".

VERHINDERN WIR NEUE HINRICHTUNGEN IN DER TÜRKEI

Die ANAP-Regierung ist gewillt, unter dem Vorwand, "den Terror zu verhindern", die von Militärgerichten aufgrund von unter Folter erpressten Aussagen verhängten Todesurteile zu vollstrecken. Nach über 5 Jahren Unterbrechung will sie durch neue Hinrichtungen den wachsenden Widerstand oppositioneller Kräfte abschrecken und unterdrücken. Ziel ist eine Türkei, in der die Friedhofsruhe ähnlich wie in den ersten Jahren des faschistischen Putschs von 1980 herrschen soll.

Nachdem die ANAP-Regierung ihre Absicht kundtat, die politischen Gefangenen in den Gefängnissen als Geiseln gegen die wachsende gesellschaftliche Opposition und den Befreiungskampf des kurdischen Volkes auszunutzen, die im

Parlament auf Bestätigung warten. Die Todesurteile vollstrecken zu wollen, haben verschiedene Kreise eine Kampagne gegen die Todesstrafe angefangen. Angehörige der politischen Gefangenen, Gewerkschafter, einige oppositionelle Parteien, linke Zeitschriften sowie die Tageszeitung Cumhuriyet, Anwältevereinigungen, der Menschenrechtsverein u.v.a. haben auf das Vorhaben der Regierung mit großem Entsetzen reagiert und versuchen nun, neue Hinrichtungen zu verhindern.

Diese brutale Absicht der ANAP-Regierung, von der in erster Linie 287 zum Tode verurteilte Menschen betroffen sind, die aber letztlich gegen jegliche Opposition gerichtet ist, zeigt noch einmal und unzweideutig, daß die angebliche Demokratisierung in der Türkei eine Lüge der

faschistischen Machthaber ist, daß sie die Todesstrafe zu jeder Zeit wieder auf die Tagesordnung setzen können.

Wir rufen unsere Leserinnen auf, die Kampagne gegen die Todesstrafe in der Türkei zu unterstützen, sich mit den politischen Gefangenen in der Türkei zu solidarisieren.

Mögliche Formen der Solidarität, um die wir bitten, sind, Protestschriften an folgende Adressen zu schicken:

**Turgut Özal, Staatspräsident, Cankaya, Ankara
Yildirim Akbulut, Ministerpräsident, Basbakanlik, Ankara, Türkei**

Aus dem Inhalt:

Türkisierung
Anatoliens
Seite 10
*

Keine Abschiebungen
Seite 7
*

Keine Stimme
für Deutschland...
Seite 12
*

Neue Tendenzen
in der Asyldebatte
Seite 12

Islamisierung in der Türkei:

DIE IDEOLOGIE DER TÜRKISCH- ISLAMISCHEN SYNTHESE

In der Türkei lassen sich seit einigen Jahren verstärkt Islamisierungstendenzen beobachten, so z.B. Großdemonstrationen von Islamanhängern, auf denen u.a. auch die Fahne der Grauen Wölfe getragen wird (Islamanhänger und Grauen Wölfe dürfen nicht gleichgesetzt werden, die ideologischen Verbindungen und Unterschiede werden aber in diesem Artikel deutlich). Diese Demonstrationen, teilweise gegen die angeblich laizistische Politik der Regierung gerichtet, sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch von Regierungsseite einiges für die Renaissance des Islams getan wird, man betrachte nur die kostenlose Verteilung von religiösen Büchern durch das Ministerium für Religionsangelegenheiten. Doch nicht nur in verstärkter Propaganda lassen sich diese Islamisierungstendenzen beobachten, auch die Morde an verschiedenen bekannten Journalisten wie z.B. kürzlich an Turan Dursun, die sich kritisch mit dem Islam auseinandersetzten, lassen aufhorchen. Gegen die Aktivitäten solcher fanatischer Kreise wird an einigen Punkten von Seiten des Staates vorgegangen, wenn auch, verglichen mit der Art und Weise wie man mit linker Opposition umspringt, nur sehr halbherzig.

Dieses Vorgehen scheint einleuchtend, da der türkische Staat seit seiner Gründung ein laizistischer ist, d.h. Staat und Religion sind streng voneinander getrennt. So sieht auch der § 163 des TSiGB schwere Strafen für die Propagierung eines religiösen Staates vor. Dieser vorgegebene Laizismus existiert jedoch seit dem Militärputsch von 1980 nur noch in der offiziellen Propaganda. Die teilweise Unterdrückung von religiöser Propaganda und Aktivitäten betrifft nur diejenigen, die einer religiösen Gruppierung angehören, die in Konkurrenz zur offiziellen Ideologie des Staates der TÜRKISCH-ISLAMISCHEN SYNTHESE (TIS) stehen.

Weiter auf Seite 8

ökonomischen Abschwächung in den letzten Jahren wegen ihrer militärischen Stärke und ihrer Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika unumstritten die Führungsrolle im imperialistisch-kapitalistischen System inne.

Aber der Auflösungsprozeß in den Warschauer Pakt-Staaten und in der UdSSR hat die aus der "sozialistische Gefahr" basierende Politik ihren Grundlagen beraubt. (Selbst die NATO wurde Gegenstand der Diskussion). Die Möglichkeiten europäischer Länder für Zusammenarbeiten vermehren sich, ohne daß diese dabei den US-Schirm weiter benötigen. Noch wichtiger, die Bedingungen für die Schaffung eines Riesen wie das vereinigte Deutschland und seiner Konkurrenz mit den USA geschaffen. Die Beendigung des Kalten Krieges hat in einer Hinsicht den Einfluß der USA in Europa abgeschwächt.

Die Beendigung des Kalten Krieges hat in den Beziehungen zwischen großen Staaten die Methoden der militärischen Kriegsführung zurückdrängen lassen, die ökonomische Kraft und Konkurrenz aber treten in den Vordergrund. Diese neue Situation ist zum Nachteil der USA. Denn in den letzten 10 Jahren wurde die US-Ökonomie immer schwächer. Die Außenschulden der USA erreichten 200 Milliarden Dollar. Hohe Produktionskosten, die Entfernung der Rohstofflieferanten usw. bilden einen Nachteil für die USA im Konkurrenzkampf mit Japan und Deutschland. In den handelsbeziehungen traten die USA immer mehr zugunsten Japans in den Hintergrund.

Auch in den ökonomischen Beziehungen zu Deutschland können nachteilige Entwicklungen für die USA entstehen.

* Zuletzt verdient noch ein besonderer Faktor Erwähnung.

Europa hat auch zur Zeit des US-Einflusses eine besondere Politik zu den arabischen Ländern verfolgt. Dabei spielt das Öl sicherlich eine wichtige Rolle. Die EG, die unter der Führung des letztendlichen Siegers des 2. Weltkrieges Deutschland eine starke Einheit aufbauen wird, wird diese besondere Politik zur arabischen Welt verstärkt fortführen. Schließlich schlugen die europäischen Länder vor der Golfkrise eine arabisch-europäische Konferenz vor, um die Annäherung zwischen Europa und der arabischen Welt zu vertiefen. Dies ist auch der Grund, warum Europa (außer England) während der Golfkrise zu US-Lösungen, besonders zu militärischen Lösungen in Distanz gingen. England schlug sich schnell auf die Seite der USA, wahrscheinlich wegen

Heißer Herbst

EINE KRISE, DEREN LÖSUNG ZU NEUEN KRISEN FÜHREN WIRD

seinen besonderen Beziehungen zu Kuwait und auch aus Angst vor dem vereinigten Deutschland. Es ist bekannt, daß europäische Länder in der Palästina-Frage besondere Lösungen vorschlagen, die von den USA und Israel nicht mit Wohlwollen betrachtet werden.

Diese neuen Tendenzen, die die Hegemonie der USA in Frage stellen, haben Bush und hinter ihm stehende Kräfte dazu verleitet, die Besetzung Kuweits zum Anlaß zu nehmen, um im Mittleren Osten einzumarschieren. Die USA haben damit demonstriert, daß sie nicht gewillt sind, ihre Hegemonierolle über die kapitalistischen und von diesen abhängigen Ländern aufzugeben. Daneben haben sie die Bedingungen dafür geschaffen, die europäischen Länder und Japan in ökonomische Schwierigkeiten zu bringen, weil diese vom Öl des Mittleren Ostens besonders abhängig sind. Es ist bekannt, daß die Erhöhung der Öl-Preise zuallererst englischen und amerikanischen Firmen zugute kommt. Die Krise hat auch die Einnahmen der Waffenhändler erhöht.

Diese Faktoren bilden hauptsächlich den Hintergrund der Politik der UdSSR und Europas, die Krise möglichst friedlich zu beenden, und auch für die Politik der USA und Englands, die Entwicklungen in Richtung einer militärischen Lösung zu drängen.

Aber die USA werden die Kraft sein, die am meisten Vorteile für sich verbuchen wird, auch wenn die Krise friedlich überwunden wird. Wenn keine grundlegenden politischen Veränderungen oder Revolutionen nicht stattfinden, werden die USA die Region nicht verlassen.

Die US-Administration ist auf der Suche nach neuen Formeln, die die US-Präsenz in der Region rechtfertigen sollen. Die Formel, mit der sie sich zur Zeit beschäftigen, ist die Schaffung einer militärischen Kraft in der Region, vergleichbar mit der NATO. Eine militärische Einheit unter dem Kommando der US-Generäle... So, meinen die USA, könne die Stabilität im Mittleren Osten erreicht werden. Eine solche militärische Kraft wird sicherlich den arabischen Nationalismus provozieren. Inwiefern würde es eine realistische Lösung sein, wenn moslemische Araber in einer Armee gemeinsam mit christlichen Offizieren und Soldaten operieren? Die Zukunft wird zeigen, ob diese Lösung aufgeht oder nicht.

VERHAFTUNG WEGEN "NEIN ZUM KRIEG"

Am 4.10.90 wurde die 16-jährige Schülerin N.A. des Pendek Gymnasiums in Istanbul festgenommen. Sie hatte in der Toilette ihrer Schule einen Karton mit der Aufschrift "Nein zum Krieg" aufgehängt. Nach 9 Tagen incommunicadohaft wurde vom Staatssicherheitsgericht am 13.10. Haftbefehl gegen sie ausgestellt und sie wurde in das Gefängnis Bayrampasa überführt.



N.A. ist nicht der einzige Fall. Ein freier Journalist in Usak wurde wegen der gleichen Aufschrift an seinem Bürofenster verhaftet und nach 2 Tagen gegen Kaution freigelassen. Ebenso wurde ein Student in Usak wegen seiner Beteiligung an der Kampagne "Nein zum Krieg" am 21.10.90 verhaftet.

V.a. die Verhaftung der 16-jährigen N.A., gegen die ein Prozeß mit einer Strafordnung von bis zu 20 Jahren eröffnet werden soll, zog breite Proteste nach sich. Ministerpräsident Akbulut erklärte daraufhin, die Verhaftungen seien nicht wegen des Inhalts der Plakate vorgenommen worden, sondern wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation.

Menschenrechtsvereinsvorsitzender Erdost bezeichnete dies als Versuch, Kriegsgegner zwangsweise zu Organisationsmitgliedern zu machen, um damit ihre Verhaftungen zu rechtfertigen.

Die 16-jährige N.A. selbst kritisierte bei einem Besuch ihres Vaters im Bayrampasa Gefängnis den Versuch in der Presse, sie als "Kind" darzustellen: "Ich will nicht, daß man Mitleid mit mir hat. Ich habe bewußt 'Nein zum Krieg' gesagt. Ich sehe dies als meine menschliche Pflicht an."

(Stand der Nachricht 25.10.90)



stützen.

Die Auseinandersetzung zwischen Israel und Palästina ist nicht das einzige Beispiel, das zeigt, daß die Golfkrise in Wahrheit eine die gesamte Region umfassende Krise ist. Auch die Entwicklungen in Libanon müssen in diesem Zusammenhang betrachtet werden.

Es sei daran erinnert, daß Syrien am 16. Oktober eine breitangelegte Operation in Libanon einleitete. Zum Schluß mußte der Oberkommandierende der christlichen Milizen flüchten, hunderte dieser Milizen wurden getötet. Später wurde auch der Vize-Führer der christlichen Miliz in seiner Wohnung zusammen mit seiner Familie getötet. Syrien hatte sich für die Anti-Irak-Koalition entschieden, um seine Beziehungen zu den USA auch zu verbessern. Nun ging Syrien noch weiter und zeigte, daß es auch ein Mitspracherecht bei der Lösung der Libanon-Frage hat. Dies war auch ein deutliches Zeichen, mit dem Syrien zeigen wollte, daß es bei der Lösung der gesamten Probleme im Mittleren Osten sich ein Mitspracherecht sichern will.

Durch Überfälle auf die Lager und Führer der christlichen Miliz als eine der Kriegsparteien hat Syrien den Rückzug dieser Kräfte erreicht. Nach dieser erfolgreichen Operation Syriens erklärte eine andere Partei des Krieges, die pro-iranische schiiti-

sche AMAL-Organisation, daß sie sich auflösen und unter die Kontrolle der zentralen Regierung im Libanon stellen werde. Syrien hat nun nach der Säuberung Libanons von Palästinensern vor ein paar Jahren heute geschafft, einen Teil Libanons unter seine Kontrolle zu stellen. Wahrscheinlich werden jetzt die von Syrien und Israel kontrollierten Gebiete gegenseitig der zentralen Libanon-Regierung unterstellt. So soll das Libanon-Problem gelöst werden (1). Sicherheit wird die Lösung dieses Problems davon abhängen, ob die syrische und israelische Regierung den Rückzug aus den von ihnen kontrollierten Gebieten als Trumpf in der Mittelostpolitik benutzen werden oder nicht. Obwohl eine solche Lösung wegen der bekannten Eigenschaften der beiden Staaten noch unsicher ist, freuen sich die USA schon heute, daß das Libanon-Problem seiner Lösung näher rückt.

Nicht nur diese Faktoren komplizieren die letzte Krise im Mittleren Osten, wo es unklar ist, wer sich auf welche Seite schlagen wird. Der Frieden zwischen Iran und Irak, die Ermordung des Parlamentspräsidenten Agyptens, die offiziellen oder nichtoffiziellen Kontakte europäischer Länder mit Irak zum Zwecke der Befreiung ihrer im Irak festgehal-

Weiter auf Seite 5

ICH MÖCHTE DIE TÜRKEI INFORMATION ABONNIEREN!

ganzjährig.....

Name:

Anschrift:

ABSCHNEIDEN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationsbüro
Postfach 91 08 43
D- 3000 Hannover 91

ABO-GELD ÜBERWEISEN:
Postgirokonto Hannover
Nr. 5697 25 - 304

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr,
Jahresabopreis DM 20,-, Förderabo: Ab DM 30,-

Der israelische Terror auf dem Tempelberg, der mit der Ermordung von 22 Palästinensern und Verwundung von vielen anderen endete, hatte Folgen, die als vorteilhaft für Saddam bezeichnet werden können. Saddam hatte vom Anfang an eine Politik betrieben, die die Palästina-Frage in Verbindung mit der Besetzung Kuweits brachte. So wollte Saddam auf der einen Seite die Unterstützung von PLO bekommen, andererseits die US-Politik in eine Sackgasse führen.

Schließlich sprachen die Vereinten Nationen auch gegen Israel eine Warnung aus. Die USA gerieten nach dem Massaker durch Israel auf internationaler Ebene in Schwierigkeit. (Zur Zeit versuchen die USA vielleicht, Israel mit besonderen Methoden zu überzeugen, sich an UN-Entscheidungen zu halten.)

Der letzte israelische Terrorakt kann in einer Hinsicht Teil eines Plans sein, mit dem die USA gezwungen werden sollen, mit der militärischen Operation im Mittleren Osten anzufangen, die diese militärische Option wegen der Einwirkung der UdSSR und Europas immer weiter aufgeschoben.

Egal aus welchen Überlegungen heraus die Palästinenser umgebracht wurden, sicher ist, daß dies Saddam nützte. Auf eine ganz dramatische Weise kam das unterdrückte palästinensische Volk in die Lage, den Diktator Saddam zu unter-

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Türkei Informationsbüro
Postfach 91 08 43
D-3000 Hannover 91

V.i.S.d.P.:

U. Hassenbring
Postfach 91 08 43
3000 Hannover 91

Neu!

Telefon: 0511 - 31 86 54
Telefax: 0511 - 31 86 52

Erscheinungsweise:

2 Monatlich

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

Untersuchungsbericht

Das Gebiet von Botan auf dem Weg zur menschenfreien Zone...

Am 28. September besuchte eine Delegation von Vertretern diverser Organisationen und Verbände die Stadt Sirkak, Sitz der Verwaltung des gleichnamigen Regierungsbezirks, und die umliegenden Dörfer. Beteiligt an dieser Delegation waren:

- eine Gruppe der 'Sozialistischen Partei' (SP) unter Leitung des SP-Vorsitzenden Ferit ILSEVER;
- für die 'Partei der Arbeit des Volkes' (HEP/Bezirk Diyarbakir Tahir ELVERDI);
- Vertreter des Menschenrechtsvereins (IHD), darunter auch die Vorsitzenden der Bezirke Diyarbakir und Siirt, Hatip DICLE und RA Zübeyir AYDAR;
- Vertreter der Gewerkschaften unter Leitung von Ahmet TEYMURTAS, von der Gewerkschaft Petrol-Is;
- als Vertreter 'Türkischen Nationalen Union der Ingenieurskammer' (TMMOB) M. Salih GÜNESTEKIN, Gebietsverantwortlicher der Maschineningenieurskammer für Diyarbakir, Esat BINGÖM, Vorstandsmitglied der Bauingenieurskammer Diyarbakir, und Refik KARAKOC, Vorstandsmitglied der Agraringenieurskammer Diyarbakir;
- Dr. Cemal KAHRAMAN, Vertreter des IHD-Nusaybin, mit einer Gruppe von 40 in- und ausländischen Pressevertretern.

Die bei unseren Untersuchungen angestellten Beobachtungen und die Berichte der brutaler Behandlung ausgelieferten Dorfbevölkerung sind geeignet, die Entvölkerungsoperation in allen ihren Dimensionen öffentlich zu machen und mit lebendigen Bildern zu belegen. Die Unterdrückungspolitik hat die Grenze zu offener Grausamkeit überschritten.

An der Straße von Sirkak nach Uludere trafen wir bei Balveren auf die 30 jährige Fatma Kartal. Sie ist eine von den Dorfbewohnern, die dort in Zelten leben. Mit ihrem Säugling auf dem Arm erzählt sie folgendes: "Schon zehn Tage bevor wir unser Dorf räumen mußten, gaben sie uns nicht mehr die Erlaubnis, das Vieh auf die Weide zu treiben, unsere Kranken zum Arzt in die Stadt zu bringen und Lebensmittel zu besorgen. Sie haben Schwangere Frauen zum Tanzen gezwungen, damit es zu Fehlgeburten kommt. Sie haben uns sehr oft belästigt und gefragt, ob in unser Dorf 'Terroristen' gekommen sein. Sie haben nachts auf unsere Häuser geschossen und an anderen Morgen gesagt: 'Seht, in der Nacht waren die Terroristen da und ihr habt uns nichts gesagt.' Die Soldaten nehmen unser Brennholz, sie wollen von uns Brot, Eier, Hühner und alles mögliche, und wenn wir sagen: 'Wir haben nichts', dann sagen sie: 'Ihr gebt's den Terroristen und uns gebt ihr nichts?' und fangen an uns schwere Beleidigungen an den Kopf zu werfen."

Im Verlauf unserer Untersuchung bei den Zelten von Balveren haben wir in einer Stunde vier Familien getroffen, die mit ihren Traktoren von Uludere nach Sirkak zogen. Diese Zahl zeigt die Stärke des Drucks, der auf die Bevölkerung zum Verlassen ihrer Dörfer ausgeübt wird. Von diesen "Übersiedlern" haben wir den 35-jährigen Abdülaziz GÜL angehalten und befragt, der mit Frau, Kindern, ein paar Betten und den Balken seines Hauses mit dem Traktor auf dem Weg nach Sirkak war. Von ihm haben wir interessante Antworten erhalten: "Ich komme aus dem Dorf Sarıyaprak bei Pervari. In unserem Dorf gab es zusammen 60 Häuser. Alle unsere Häuser, unser Heu und die Wälder in der Umgebung wurden in Brand gesteckt. Entweder ihr kommt zur Miliz oder ihr haut ab!, haben sie gesagt. Trotz aller Drohungen haben wir uns nicht bereit erklärt zur Miliz (Dorfschützer) zu gehen. In unserem Dorf sind noch immer viele Soldaten von der in Dogan stationierten Kompanie. Unser Vieh mußten wir billig verkaufen. Jetzt sind wir auf dem Weg nach Sirkak. Dort werden wir in Zelten leben.

Aufgrund des Drucks sind aus unserem Dorf bis jetzt 20 Leute zur Guerilla gegangen. Von fünf von

ihnen wissen wir, daß sie gestorben sind. Wir wollten ihr Leichen um sie zu begraben, aber sie (Sicherheitskräfte) haben sie nicht rausgegeben." Damit hat er die Lage in der Region zusammengefaßt.

20 km vor Sirkak, an der Straße nach Eruh, treffen wir auf den 56 jährigen Mehmet COSKUN. Er ist einer von den in Zelten lebenden Dorfbewohnern. Die "Siedlung" heißt Mélékêre. Er sagt: "Seit vier Jahren leben wir hier in Zelten. 200 Familien. Wir sind ungefähr 1500 Personen. Davon sind ungefähr 1000 Kinder, 300 davon unter 3 Jahren. Auch bei Schnee im Winter leben wir unter diesen Bedingungen und sind mit dem Hunger konfrontiert: Wir waren gezwungen hierher zu kommen: Wegen des Drucks der Sicherheitskräfte. Sie haben unsere Häuser angezündet. Wir sind

viel gefoltert worden. Ich wurde zehnmal in Gewahrsam genommen und jedesmal wurden mir die Augen verbunden und ich wurde gefoltert. Sie wollten, daß wir zur Miliz gehen. Als wir nicht wollten, haben sie uns alle von unserem Land vertrieben und haben unsere Siedlungen - Wor'e bizo, Destik, Xwedan, Ebasan, Bawa, Cindê, Torkiz, Dimilya, Serbest, Index, Dimdino und Saro - in Brand gesteckt und so von der Landkarte gestrichen. Uns wurde keinerlei Entschädigung für die "Vergesellschaftung" gezahlt. Das einzige ist, daß wir nach vierjährigen Bemühungen vom Staat etwas Wiederaufbauhilfe in Form von Zuschüssen zu Ziegeln und Zement bekommen. Das ist alles. ... Bitte bringen Sie unsere schweren Probleme jedem und der ganzen Welt zu Gehör."

Menschenrechte in Türkisch-Kurdistan ausgesetzt

Obwohl Özal behauptet, daß die Türkei US-Militäraktionen im Mittleren Osten zur Sicherung internationaler Rechte und der Menschenrechte unterstütze, war einer der ersten Schritte seiner Regierung nach dieser krieglüsternen Erklärung, die Europäischen Menschenrechtskonvention in Türkisch-Kurdistan auszusetzen.

Diese Entscheidung wurde zunächst von der französischen Tageszeitung Liberation berichtet und später, am 20.9.90 von türkischen Verantwortlichen bestätigt. Diese Entscheidung basiert auf Artikel 15 der Konventionen, der folgendes aussagt:

In Kriegszeiten oder anderen öffentlichen Bedrohungen des Lebens der Nation kann jeder Unterzeichnerstaat Maßnahmen ergreifen, um die Verpflichtungen dieser Konvention teilweise auszusetzen. Das Ausmaß der Aussetzung muß streng bestimmt sein durch die dringende Notlage der Situation."

Derselbe Artikel sagt weiter aus: "Es darf keine Beeinträchtigung der Artikel 2, 3, 4 (Paragraph 1) oder mit dieser Maßnahme erreicht werden, es sei denn es handelt sich um Todesbedrohungen durch rechtmäßige kriegerische Aktionen."

Artikel 2 sagt: "Das Recht jedes Menschen auf Leben soll durch die Konvention geschützt werden."

Artikel 3: "Niemand darf Folter oder unmenschlichen und erniedrigenden Behandlungen und Bestrafungen unterworfen werden."

Artikel 4, Paragraph 1: "Niemand darf in Sklaverei leben."

Artikel 7:

"Niemand darf bestraft werden wegen eines kriminellen Verstoßes oder einer Unterlassung, die zur Tatzeit keine kriminelle Handlung im Sinne nationalen oder internationalen Rechtes darstellte."

Die türkische Regierung hat nicht erst nach Aussetzung der Konvention in Türkisch-Kurdistan, auch vorher diese Artikel niemals respektiert.

Die Verschärfung der Situation, die dem Innenministerium und der örtlichen Regierung außergewöhnliche Machtbefugnisse zugeht, ist weder mit den europäischen noch mit der türkischen Verfassung in Einklang zu bringen.

Der Menschenrechtsverein (IHD) veröffentlichte die Meldung, daß türkische Militäreinheiten am 8. August sieben Menschen in der Gegend von Yüsekova in der Provinz Hakkari hingerichtet haben. Das Militär erklärte, daß an diesem Tag PKK'ler bei einem Gefecht mit den Sicherheitskräften umkamen.

Der Menschenrechtsverein dementiert diese offizielle Behauptung und sagt, daß die sieben Opfer keine PKK'ler sondern Schmuggler waren. Nachdem sie verhaftet und in Handschellen gelegt worden waren, wurden sie zum Mobilien Gendarmereibataillon gebracht und dort mit Schüssen hingerichtet. Dann wurden die Körper von einem städtischen Arbeiter in einem Gemeinschaftsgrab beerdigt. Die Eltern batem um die Herausgabe der Leichname, um den tatsächlichen Tod feststellen zu können, aber das Militär verweigerte die Öffnung des Grabes. Der Menschenrechtsverein beschuldigt die Sicherheitskräfte,

Eine Witwe mit 7 Kindern, Saryya CEVIK, auch sie eine von denen aus den Zelten in Balveren, schrie mit aller Kraft ihre Wut heraus: "Die Grausamkeiten begehen die Soldaten und Miliz zusammen! Nichts zu Essen, keine Wohnung, nichts ist uns geblieben! Unser Haus und die Betten haben sie angezündet! Nur dieser Esel ist uns geblieben. Unser Vieh mußten wir unter Preis verkaufen. Wenn der Erlös aufgebraucht ist, werden wir mit völlig leeren Händen dastehen!"

Der Dorfvorsteher von Saridag (Dimilya), der 54 jährige Dervis GÖKTAS beleuchtet eine andere Seite des Problems: "Seit vier Jahren leben wir in Zelten unter sehr schlechten Bedingungen. Niemand kümmert sich um unsere Gesundheit. Erkältung, Erkrankung der oberen Atemwege und Darmerkrankungen sind die häufigsten Krankheiten hier. In letzter Zeit ist die Todesrate bei Kindern außergewöhnlich gestiegen." Daran schloß sich ein Appell an unsere Ärzte an, die alle den Eid des Hippokrates geleistet haben.

Abdullah Isik aus dem zu Torkiz gehörenden Weiler Saro: "Unser Haus mit allem, was darin war, wurde vor zweieinhalb Monaten von Gendamerieeinheiten aus Güneycam angezündet. Auch unsere Wäl-

Weiter auf Seite 4

Nachrichten aus Cumhuriyet

Wir möchten zu Beginn des Nachrichtenüberblicks darauf hinweisen, daß die Nachrichten über Kurdistan bzw. über die PKK sogar von einer liberalen Zeitung wie der Cumhuriyet u.a. aufgrund des Zensurverlasses und des Kriegerechts in der Region nur sehr unzureichend, einseitig und in vielen Fällen falsch wiedergegeben werden. Trotzdem übersetzen wir die Meldungen (wenn wir auch den Sprachgebrauch "Terroristen" wenn möglich nicht beibehalten), um darzustellen, in welchem Umfang und in welchem Tenor das Thema Kurdistan in der Presse wiedergegeben wird. Eine wahrheitsgetreue und ausführliche Darstellung versuchen wir an anderer Stelle zu geben, obwohl dies aufgrund der spärlichen Quellen oft schwierig ist.

Die Redaktion

14.8.90

- Diskussionen um Kriegsermächtigung des Parlaments an die Regierung

- Aufregung im Tourismus: Erste Annullierungen von Buchungen nach der Kriegsermächtigung im Parlament

- Auslandssperre: Labregren für Özal wegen seiner Initiative und seines diplomatischen Vorgehens in der Golfkrise

- Laut New York Times habe sich die Zusammenarbeit zwischen USA und Türkei auf militärischem und geheimdienstlichem Gebiet aufgrund der Golfkrise in erheblichem Maße verstärkt

- Gewerkschaften sprechen sich gegen Krieg aus

15.8.90

- Verfassungsjuristen: Die Übertragung der Kriegsbefugnis durch das Parlament an die Regierung ist verfassungswidrig. Die Befugnis liege beim Parlament selbst und könne niemandem übertragen werden.

- Protest der SBP (Einheitspartei der Sozialisten - TI) gegen die willkürlichen Festnahmen von 39 Männern, 11 Frauen und 3 Kindern im Büro der Zeitschrift Isci Gündemi in der letzten Woche

- Ein PKK'ler in Yesilkaya/Tunceli bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften getötet

16.8.90

- 3 Mitglieder der Sozialistischen Partei (SP) bei dem Versuch, vor dem US Konsulat gegen die Kriegsgefahr zu protestieren festgenommen.

- Als Folge der Golfkrise neben Preiserhöhungen für Brennstoff auch Preiserhöhungen für viele Lebensmittel und Gebrauchsgüter

17.8.90

- Krankenhäuser bereiten sich auf Krieg mit chemischen Waffen vor.

- Devisenverluste durch Golfkrise für die Türkei bisher 3 Mrd. Dollar

- 9 Todesurteile dem Parlament zur Bestätigung vorgelegt. Die Anzahl der zu bestätigenden Todesurteile beträgt damit 190, die Zahl der zum Tode verurteilten 287.

- Fortsetzung der Prozesse in Erzurum: Die Prozesse gegen 357 Personen der illegalen Organisationen THKP/C, Devrimci Yol, Devrimci Sol, Kurtulus sowie einiger rechter Organisationen dauern seit 1981 an. In vorgehenden Verhandlungen wurden 4 Personen zum Tode verurteilt, ein Teil freigesprochen und ein Teil zu unterschiedlichen Strafen verurteilt. Dem Antrag von 6 seit 10 Jahren inhaftierten Personen auf Freilassung wurde nicht stattgegeben.

18.8.90

- 3 PKK'ler und ein Dorfwächter bei Auseinandersetzungen getötet.

- Bei Operationen der politischen Polizei in Denizli und in Bekilli je zwei Personen wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation festgenommen.

20.8.90

- Haushaltsloch durch die Golfkrise wird sich um weitere 2 Trill. TL erhöhen

Anfang Seite 3

der, das Viehfutter und das Heu. Zwei Tonnen Käse, die meinem Bruder gehörten, wurden aus dem Lagerhaus geholt, mit Bajonetten zerschnitten und so vernichtet. Vor Gericht haben wir eine Schadensfeststellung beantragt. Der Schaden wurde auf 120 Millionen TL festgesetzt, aber sonst haben wir nichts erreicht." An diesem Ereignis wird deutlich, daß Grausamkeiten und Raub auch ein Schlag gegen die ökonomische Dynamik sind.

Hören wir den aus dem Dorf Sariyaprak bei Pervari geflüchteten Salih DEMİR zu. Er ist 60 Jahre alt: "In unserem Dorf gab es 60 Häuser. Vor zwei Monaten kamen Soldaten von der Kompanie in Dogan und die Miliz. Sie zündeten das Futter für den Winter und den Strohschuppen an, den Garten und die Getreidefelder. Alle unsere Häuser und ungefähr 90 Bienenkörbe wurden verbrannt. Momentan leben wir hier in Gecit-boyu (Biryani), 56 Familie in Zelten und unter sehr schlechten Bedingungen. Ungefähr hundert Säuglinge und Kleinkinder bis zu drei Jahren haben wir. Unter unseren Kindern beginnen Krankheiten zu grassieren. Wasserknappheit und unzureichende hygienische Verhältnisse sind unser drängendstes Problem..."

Ibrahim CEVIK, 55 Jahre, aus dem Dorf Dereler (Ayvan) in der Provinz Sirmak gibt noch sehr viel interessantere Erklärungen ab. Er appellierte aus Sirmak an Ankara und die ganze Welt: "Seit Jahren leben wir auf dem Land unserer Vorfahren und haben noch nie dieses Maß an Unterdrückung und Gewalt erlebt. 12 Weiler, die zu unserem Dorf gehören, wurden vollständig niedergebrannt. Uns ist nichts als die Kleidung geblieben, die wir auf dem Leib tragen. Wir waren zusammen ungefähr 850 Personen. Sie wollten uns zwingen, der Miliz beizutreten. Wir haben denen gesagt: Unsere Jugend geht sowieso zum Militär. Sollen wir jetzt auch noch eingezo-

gen werden!? und den Vorschlag abgelehnt. Weil wir nachts unsere Häuser nicht verlassen durften, waren wir sechs Jahre gezwungen, unsere Notdurft auf Zeitungspapier zu verrichten. Sie haben uns sogar verboten, nachts zur Moschee zu gehen. Manchmal haben sie zwei bis dreimal nachts an unsere Türen geklopft und uns belästigt. Das ist soweit gegangen, daß wir, um unsere Kinder zu erschrecken, zu ihnen gesagt haben: Ruhig, die Gendarmerie kommt! Nach diesen Grausamkeiten erwarten wir vom Staat nichts mehr. Sie haben uns alles Schlechte angetan, was sie uns antun konnten. Zum Schluß möchte ich Ihnen noch das sagen: Schauen

Sie, ich bin ein alter Ziegenhirt. Ich bin nicht in der Lage irgendjemanden kluge Ratschläge zu geben. Aber, wenn Leute wie Özal, Akbulut und Aksu so einen Staat regieren können, dann kann ich 20 Staaten regieren. Wir fürchten uns vor nichts mehr. Schreiben Sie das genau so."

Vor dem Hintergrund dessen, was die Dorfbevölkerung erzählt hat und der Untersuchung in der Region, hat die Delegation beschlossen, die nachfolgend aufgeführten Meinungen mit Hilfe der Presse der Öffentlichkeit zu Gehör zu bringen:

1. Im Gebiet von Botan, in dem die Guerilla effektiv arbeitet, wird durch jede nur denkbare Gewalt-

maßnahme eine Politik der Entvölkerung des Gebietes verfolgt. Im Rahmen dieser Politik wird angestrebt, ein Gebiet zu schaffen, in dem es kein Schafmähden, kein Bienen-summen, keine Kinderstimmen mehr gibt. Bleiben soll eine Zone ohne Bäume, ohne Häuser, ohne Menschen. In der Konsequenz wurden in Sirmak, schon bevor es zum Regierungsbezirk erklärt wurde, 27 von 38 Dörfern und alle 87 Weiler mit der Begründung, ihre Bewohner würden nicht in die Miliz eintreten, evakuiert und niedergebrannt. Die Bevölkerung wurde ohne das irgendeine Form von Entschädigung gezahlt worden wäre von ihrem Grund und Boden vertrieben. Die materiell besser gestellten Menschen zogen in die Gecekonduviertel von Provinzen wie Mersin und Adana. Die Ärmeren wurden zu Flüchtlingen im eigenen Land. Sie sind gezwungen unter den Bedingungen des herannahenden Winters mit 100 kleinen Kindern unter 3 Jahren, mit ihren Krankheiten, Straßenrand, in der Umgebung der Dörfer, in den Außenbezirken von Provinzstädten wie Siirt und Sirmak, notdürftig improvisiert, in Zelten aus Ziegenhaar zu leben. In dem Gebiet von Beytüssebab, Uludere, Cataf, Güclükonak, Eruh und Pervari geht die Entvölkerung der Dörfer mit unverminderter Geschwindigkeit weiter. Die Verantwortlichen für diese unrechtmäßige und willkürlichen Grausamkeiten sollten wissen, daß sie sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig machen, durch ihre Maßnahmen, die in der Region bestehenden Probleme noch verschärfen und der Gesellschaft nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen.

2. Unsere Delegation hat beobachtet, daß die seit Anfang April bestehende Übereinstimmung zwischen Staatspräsident, Ministerpräsident und den zwei großen Oppositionsparteien hinsichtlich der Lösung des Kurdenproblems andauernd. Kernpunkt dieser Übereinstimmung war, in der Zwischenzone zwischen Staat und Guerilla, also gegenüber deren Bevölkerung, Gewalt anzu-

wenden. Was heute besonders im Gebiet von Botan geschieht, ist ungezügelt und maßlose Gewaltanwendung.

3. Unsere Delegation hat festgestellt, daß die Bevölkerung der Dörfer, insbesondere seit Anfang August mit Beginn der Golfkrise beschleunigt wird. Im Schatten des vom

Weiter auf Seite 14

Nachrichten aus Cumhuriyet

20.8.90

- Religiöse Sendungen und Veröffentlichungen durch das Ministerium für Religionsangelegenheiten neu geordnet. Das Ministerium wird u.a. religiöse Bücher für Kinder und für verschiedene Berufsgruppen herausgeben.

- Die Avrupa Milli Görüş Teskilati (AMGT) (Vereinigung der Nationalen Sicht in Europa, islamische Fundamentalisten, die der RP unter Erbakan, ehemals MSP zuzurechnen sind, TI) haben in Nordrhein-westfalen einen Antrag mit 35.000 Unterschriften gestellt, den Islam als offizielle Religion und die AMGT als ihren offiziellen Vertreter anzuerkennen.

21.8.90

- Nach Angaben des nationalen Erziehungsministerium wurden während der ANAP Regierung seit 9 neue Imam Hatip Gymnasien eröffnet. Die Zahl der Schüler an diesen (religiösen) Schulen ist in dieser Zeit auf 53.000 gestiegen. Jeder 8. Schüler auf Mittelschulen besucht eine Imam Hatip Schule.

- Nach Angaben des AMGT Vorsitzenden hat die AMGT von 377 Zweigstellen 200 in der BRD mit 18543 Mitgliedern und ca 100 000 Anhängern.

- 5 PKK'ler bei Auseinandersetzungen in Savur/Mardin getötet. Nach Angaben des Ausnahmestützungsgebietsgouverneurs H. Kozakcioglu wurden in den letzten 4 bis 5 Monaten 162 Terroristen getötet, 21 verletzt und 44 unverletzt verhaftet.

- Bei Picknick in Bursa 13 Personen wegen Parolenrufens und Auseinandersetzungen mit Gendarmen festgenommen.

- Familienangehörige der Gefangenen von Bayrampasa bringen vor, daß bei "Durchsuchungen" in den Zellen die persönlichen Gegenstände der Gefangenen beschlagnahmt und 24 Gefangene verletzt worden seien.

- Prozeß vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul gegen Yalcin Küçük wegen Propaganda zur Schwächung der nationalen Gefühle begonnen: 15 Jahre Haft gefordert.

22.8.90

- In Dargeçil/Mardin 30 PKK Mitglieder gefaßt.

23.8.90

- Der Film "Das Pferd" von Ali Özgenç wurde von der TRT (Staatl. Fernsehanstalt) zum 4. Mal zurückgewiesen.

- 1 PKK'ler in Gülburnu/Eruh getötet

24.8.90

- An die Gouverneure erging der Befehl, sich auf Mobilmachung vorzubereiten.

25.8.90

- 8 Freisprüche bei 4 Prozessen in Erzinan wegen Unterstützung der PKK und Mitgliedschaft bei Dev-Sol bzw PKK (2 Personen) aus Mangel an Beweisen.

26.8.90

- Preisserhöhungen: Neben Brennstoffpreisen auch Nahrungsmittel und Textilien

27.8.90

- Wirtschaftlicher Schaden für die Türkei durch die Golfkrise: 5 MRD Dollar

29.8.90

- Eröffnung einer Kampagne "Nein zum Krieg" durch verschiedene demokratische Organisationen - 500. Streiktag der Ansa-Arbeiter (Antibiotikafirma): Seit 26 Tagen führen sie einen Hungerstreik.

30.8.90

- Nach einer Untersuchung der amerikanischen Zeitschrift Fortuna sind unter den 182 reichsten Dollar Millardären sechs türkische Industrielle: V. Koc, S. Sabanci, M. Karamehmet, N. Eczacibasi, S. Türkes, F. Akkaya.

Wie vor kurzem bekannt wurde, hat die türkische Regierung die Ausserkraftsetzung der Menschenrechte in Türkisch-Kurdistan am 6. August offiziell dem Europa-Rat bekanntgegeben. Im folgenden dokumentieren wir diese Erklärung.

Ständige Vertretung der Türkei
An den Europarat
Anzeige der Derogation
Gemäß Artikel 15
Der Europäischen Menschenrechtskonvention

1. Die türkische Republik ist in Südostanatolien in den letzten Monaten ständig, sowohl im Umfang als auch in der Intensität gestiegenen Gefahr für ihre nationale Sicherheit, als auch einer wachsenden Gefahr für das Leben der Nation im Sinne des Artikels 15 der Konvention ausgesetzt.

Während des ganzen Jahres 1989 sind 136 Zivilisten und 146 Mitglieder der Sicherheitskräfte durch Terrorakte, die teilweise von Stützpunkten im Ausland aus unternommen worden sind, getötet worden. Allein seit Beginn des Jahres 1990 liegt die Zahl der Zivilisten bei 125 und die der Mitglieder der Sicherheitskräfte bei 96.

2. Die Gefahr für die nationale Sicherheit besteht vorwiegend in den Provinzen (*) Südostanatoliens und angrenzenden Provinzen.

3. Aufgrund der Intensität und Verschiedenartigkeit der terroristischen Aktionen und mit der Absicht, mit solchen Aktionen fertigzuwerden, muß die Regierung nicht nur ihre Sicherheitskräfte einsetzen, sondern auch präventive Schritte unternehmen, um mit einer gefährlichen Desinformationskampagne der Öffentlichkeit, teilweise von anderen Teilen der türkischen Republik oder sogar vom Ausland aus gesteuert, um mit dem Mißbrauch der Gewerkschaftsrechte fertigzuwerden.

4. Schließlich hat die Regierung der Türkei, im Einklang mit dem Artikel 121 der türkischen Verfassung handelnd, am 10. Mai 1990 die Dekrete mit Gesetzeskraft Nr.424 und 425 verkündet. Diese Dekrete können zum Teil zur Derogation folgender Vorschriften der Europäischen Menschenrechtskonvention und Grundfreiheiten führen: Artikel 5,6,8,10,11 und 13. Eine beschreibende Zusammenfassung der neuen Maßnahmen ist hier auch beigefügt. Die strittige Frage ihrer Verträglichkeit mit der türkischen Verfassung ist gegenwärtig vor dem Verfassungsgericht der Türkei anhängig.

5. Die Regierung der Türkei wird das Generalsekretariat des Europarates entsprechend informieren, wenn die Maßnahmen wieder außer Kraft gesetzt werden.

6. Diese Anzeige wurde nach Artikel 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention abgegeben.

(*) Diese Provinzen sind: Elazig, Bingöl, Tunceli, Van, Diyarbakir, Mardin, Siirt, Hakkari, Batman, Sirmak.

Neue Entwicklung bei der Verbannung

-Kurden auf der Strecke zwischen Hakkari und Manisa-

Die Mitglieder der Gefängnis- und Folterbeobachtungskommission des Menschenrechtsvereins-Izmir, Ufuk Sarioglu, RA Bayram Özcan und RA Veysel Akç haben am 11.8.90 mit Kurden die aus Hakkari verbannt worden sind, gesprochen.

- Warum seit ihr von Hakkari nach Manisa-Turgutlu gekommen? Sie beantworten unsere Frage mit einer Gegenfrage. Wie seit ihr auf uns gekommen?

-Was ist in Hakkari passiert? Als wir mit dem Dorfvorsteher nach Beytüssebab gingen, sagte man uns: "Ihr seit 35 Familien, wir geben jeden von euch eine Waffe und 500.000 TL im Monat könnt ihr gut auskommen. Wir sind doch alle Muslims, unsere Volk ist eins. Die anderen (Guerillas) kommen in die Dörfer und machen Propaganda und töten Kinder." Wir glaubten nicht was sie sagten. Sie wollten das wir unsere Waffen gegen die anderen (Guerillas) benutzen, obwohl wir deren Herkunft kennen.

- Gab es in den umliegenden Dörfern "Milizen"? Sie haben letztes Jahr die Dörfer in unsere Umgebung aus dem gleichen Grund entvölkert. Die Soldaten und die Milizen haben im Frühjahr die Dorfbewohner von Akcicek nach Beytüssebab gebracht.

- Wie war eure Fahrt? Bis Siirt haben uns die Polizisten begleitet. Von Siirt sind wir nach Diyarbakir gegangen. Ich habe einen Antrag an den Gouverneur von Siirt geschrieben und selbst mit ihm gesprochen, ebenso mit dem Gouverneur von Diyarbakir, daß sie uns helfen? Aber außer den 6 Millionen TL, die sie uns für 14 Familien d.h. 155 Menschen gegeben haben, halfen sie uns nicht das wir bleiben konnten. "Ihr müßt hier weg" sagten sie.

- Was habt ihr gemacht als Ihr hierher kamt? Wie sind nach Manisa-Turgutlu gekommen. 20 Tage lang schliefen wir in Freien unter dem Vordach des Bahnhofs. In dieser Zeit kamen die

Bahnstangestellten und die Polizisten von Turgutlu ständig und sagten: "Geht von hier weg und sucht euch einen anderen Platz." Ich habe den Landrat von Turgutlu um Hilfe gebeten. Sie sagten, daß sie uns auch nicht helfen könnten, aus dem Osten kämen so viele. Aus diesem Grund sei es nicht möglich.

Gespräch am 18.8.90 von Mitgliedern des Menschenrechtsvereins mit Aziz Özlem, verheiratet, 2 Kinder, aus dem Dorf Pirincli bei Beytüssebab.

- Warum habt ihr eure Heimat verlassen? Die Staatskräfte setzten uns unter Druck damit wir zu "Miliz" gehen sollten. Wir wurden bedroht: "Wenn ihr nicht bewaffnet und zu Miliz geht, müßt ihr eure Dorf verlassen." Letzten Winter haben sie uns sogar zusammen mit dem Dorfvorsteher zur Milizereinheit in Beytüssebab gebracht und uns dort gezwungen Waffen zu nehmen. Wir haben das nicht akzeptiert. Aus diesem Grund wurden in unseren Dorf ständig Razzien durchgeführt.

- Heißt es, daß ihr verbannt wurdet, weil ihr euch nicht zwingen liebt, die Waffen zu nehmen? Weil wir die Repressionen aus diesem Grund nicht mehr aushalten konnten, waren wir gezwungen unsere Heimat zu verlassen. Als wir gingen brannten sie unser Dorf ab. Damit die anderen (Guerillas) unsere Häuser nicht benutzen können.

- Kennt ihr die, die die Repressionen ausgeübt haben? Ja. Das Oberhaupt des Jirki-Clans Tahir Adiyaman und der Major Muhsin Yildirim die zwei arbeiten sowieso zusammen. Tahir Adiyaman ist der Mann des Staates. Die sagten uns: "Wie vertrauen euch nicht, entweder bringen wir euch nach Beytüssebab, oder ihr müßt euren Dorf verlassen."

aus: Demokrak!, Nr.5, Oktober 1990

tenen Bürger, die neuen politischen Manöver von Saddam zur Schwächung der Anti-Irak-Front (Freilassung von einigen westlichen Geiseln, etc.), die Gespräche eines Spezial-Gesandten Gorbatschows mit der irakischen Führung, der Rücktritt zweier wichtiger Minister in der Türkei (Außen- und Verteidigungsminister), die Reise Özals ins Golf-Gebiet und schließlich die letzten Erklärungen Saudi-Arabiens haben die Mittel-Ost-Krise enorm kompliziert.

Saudi-Arabien hat zuletzt erklärt, ein Teil der kuwaitischen Gebiete können an den Irak abgegeben werden; es hätte so etwas schon in der inner-arabischen Geschichte gegeben. Es gibt keinen Zweifel daran, daß diese Erklärung mit der alten kuwaitischen Regierung abgestimmt war. Diese Erklärung der Saudis und die Mitteilungen des sowjetischen Gesandten lassen die Möglichkeit offen, daß Saddam gegen einige Konzessionen sich aus Kuwait zurückziehen könnte.

Die andere Möglichkeit, die im Kopf behalten werden muß, ist aber, daß Saddam einen solchen Schein bewußt entstehen läßt, um die anti-irakische Front zu spalten, den ökonomischen Druck zu lindern und wichtige Zeit zu gewinnen.

Im gegenwärtigen Moment kann man folgendes sehen: Sowohl Irak als auch die USA scheinen eine Lösung zu wollen, die beiden Seiten zufrieden stellt, bei der es keinen Gewinner und Verlierer gibt. Saddam kann sich mit der US-Präsenz in der Region auch anfreunden, wenn er im Gegenzug eine Tür zum Golf und einige andere kuwaitische Gebiete bekommen könnte. Auch dies ist wahrscheinlich. So könnte Irak für sich die Chance offenhalten, in Zukunft durch Propagierung eines inhaltlosen Anti-Imperialismus die Scheich-Regime in der Region von innen zu zerstören und so neue Gebiete zu erlangen. Im Mittleren Osten gibt es nichts, was nicht möglich wäre.

KURDISCHE NATIONALE BEWEGUNG AN EINEM WENDEPUNKT

Die Golfkrise hat auch die kurdische Frage aktuell werden lassen. So wurde die Welt in den letzten zwei Jahren zum zweiten Mal mit den Kurden bekannt. Das erste Mal, als 1988 Saddam Giftgasbomben auf Halabja abwerfen ließ. Zum zweiten Mal nun durch die Entdeckung der Kurden (!) durch den Westen anlässlich der Besetzung Kuwaits. Es gibt nun auch genügend Gründe, daß das zweite Mal auch tragisch endet.

1. Wenn es unter den gegenwärtigen Bedingungen zu einem offenen Krieg im Mittleren Osten kommt, dann wird dieser Krieg neben arabischen und türkischen Völkern vor allem für auch das kurdische Volk völlige Zerstörung bedeuten. Irak wird bei einem solchen Krieg zu allererst Irak-Kurdistan, die Türkei und Türkei-Kurdistan bombardieren.

2. Ein Großteil der kurdischen nationalen Bewegung in Irak-Kurdistan gehen davon aus, daß Irak einen möglichen Krieg verlieren werden. Sie schlagen sich auf die Seite der USA (des wahrscheinlichen Siegers) und fordern, daß die Kurden bei neuen Grenzziehungen in Irak und im Mittleren Osten miteinbezogen werden.

Die "Kurdistan-Front", in der neben traditionellen kurdischen Bewegungen wie KDP (Barzani) auch andere kurdische Gruppen zusammen operieren, unterhält nahe Beziehungen zu den USA mit dem Ziel, die Rechte und Interessen des kurdischen Volkes zu wahren, in einer Nach-Saddam-Ordnung Mitspracherecht zu erhalten. Talabani, Führer einer der wichtigsten Organisationen in dieser Front, der Patriotischen Einheit Kurdistans, reiste Ende August in die USA und führte verschiedene Gespräche durch.

Trotz Ablehnung und Protesten aus der Türkei (die Türkei ist zumin-

dest heute gegen ein autonomes oder unabhängiges Kurdistan in der Region) möchte die USA, die Möglichkeit einer Anti-Saddam-Zusammenarbeit mit den Kurden ausnutzen. Verschiedene kurdische Organisationen treten auch für eine solche Politik ein.

Die kurdische Frage wird letztlich unter ganz ungünstigen Bedingungen mit der Gefahr konfrontiert, entsprechend den Interessen großer Staaten gelöst werden. Die Verantwortung dafür tragen kurdische Organisationen, die sich mit einer bürgerlich-demokratischen Lösung zufrieden geben. Es ist zur Zeit unklar, wie die kurdische nationale Opposition den Wendepunkt, an den sie die Golfkrise gebracht hat, überwinden wird.

Die Haltung der PKK, sowohl gegen Saddam als auch gegen die USA zu sein, scheint für die Kurden im Irak und anderen Ländern keine Alternative zu bieten, da die PKK nur in Nord-Kurdistan organisiert ist.

In dieser Hinsicht wird der Prozeß der Golfkrise die Frage beantworten, ob die Kurden gemeinsam mit den Werktätigen anderer Völker ihre nationalen Rechte erkämpfen oder sich mit Lösungen zufrieden geben werden, die von großen Staaten diktiert werden. Obwohl diese Frage schon zugunsten der ersten Möglichkeit beantwortet worden ist, haben die Bedingungen in der Welt und im Mittleren Osten diese Frage von neuem auf die Tagesordnung der Kurden und Sozialisten gestellt.

DER GOLFKRIEG INNERHALB DER TÜRKEI

Nach Betrachtung der Entwicklung in der Türkei ist es möglich, zu sagen, daß der Golfkrieg für die Türkei eigentlich schon angefangen hat. Der Golfkrieg wäre kein Krieg zwischen den Armeen der USA und des Iraks, sondern ein Krieg, an dem sich alle Staaten und Kräfte im Mittleren Osten beteiligen werden. Ein solcher Krieg hätte auch große Auswirkungen in innenpolitische Entwicklungen der beteiligten Länder.

Wie es in den anderen Ländern ist, wissen wir nicht, aber die innenpolitische Situation in der Türkei verändert sich so, als ob der Krieg angefangen hätte.

In der Türkei werden zur Zeit Bestimmungen des Kriegsrechts ausgeführt. Die Entleerung der Dörfer, die Verreibungen, die Massaker in Türkei-Kurdistan laufen intensiver. In allen anderen Regionen werden Streiks verboten, die Zensur ausgebaut, demokratische Rechte und Freiheiten noch mehr eingeschnitten, verschiedene Stadtteile Istanbul der Kontrolle der Gendarmerei unterstellt (als ob dies nicht ausreichen würde, soll die Polizei in Istanbul mit weiteren 10.000 Polizisten verstärkt werden...), die linken Kräfte brutal unterdrückt, das Parlament zum Büro Özals degradiert, mit dem Vorwand der Erhöhung der Ölpreise nacheinander Preiserhöhungen verhängt. Die Repressionen in den Gefängnissen nehmen zu, die Todesstrafe wird zur Drohung für die gesellschaftliche Opposition gemacht. Der Staatsminister Kececiler erklärte, daß sie die im Parlament auf Bestätigung wartenden 280 Todesurteile vollstrecken werden, um "den Terror zu verhindern".

All dies sind Maßnahmen, die nicht in einem Land getroffen werden können, das sich auf einen Krieg vorbereitet, sondern in einem Land, das im Krieg ist. Ein 50 Millionen Volk wird unter dem Vorwand des Krieges von Özal zur Geisel gemacht. Nicht nur die Gefangenen in den Gefängnissen sondern das gesamte Volk wird als Geisel in der Hand des Faschismus gehalten.

Es gibt auch andere Folgen der Golfkrise in der Türkei. Zu allererst wäre da zu erwähnen, daß die Golfkrise Özals Möglichkeiten zur Verstärkung seiner Macht erhöht hat.

Özal, der seit seiner Ernennung zum Staatspräsidenten ein Zentrum machen wollte, dem sich alle eigentlichen Machtstrukturen unterordnen sollten, ja sogar das Staatspräsidentenamt das einzige



Machtzentrum werden sollte, hat es geschafft, die Golfkrise in dieser Hinsicht auszunutzen. Die Türkei wird zur Zeit von einem "Krisentisch" aus regiert, der dem Vorwand der Kuwait-Frage gebildet wurde. In der Außenpolitik wurden der Außenminister, in Verteidigungsfragen der Verteidigungsminister ins Abseits gedrängt. Özal hat unter dem Vorwand der Krise alle Fäden in seiner Hand konzentriert.

Es ist aber unklar, wie lange diese Erscheinung halten wird. Es gibt einige Anzeichen dafür, daß einige Machtstrukturen innerhalb der Staatsschicht nicht unter die völlige Kontrolle Özals geraten wollen. Daneben äußern sich die parlamentarische Opposition, einige Zeitungen sowie Berufskammern gegen einen solchen Aufschwung Özals und gegen die Rolle der Türkei in der Golfkrise, die der Türkei von den USA zugeschrieben wird.

Außerdem hält der kurdische bewaffnete Widerstand ungebrochen an, die außerparlamentarische Opposition (Linke und revolutionäre Kräfte) und die Arbeiter- und Jugendbewegung zwingen das Regime des 12. Septembers in verschiedenen Bereichen. Aber es muß noch einmal betont werden, daß alle diese Bewegungen noch nicht breite Massen umfassen.

ÖZAL WILL MARCOS WERDEN

Staatspräsident Özal nutzt jedes Problem in der Türkei zum Ausbau seiner Herrschaft aus. Özal drängt die Entwicklungen in eine Herrschaftsform, wie sie zu Zeiten von Marcos auf den Philippinen existierte.

Aber es wird nicht leicht für Özal werden, zu einem Marcos zu werden: Das Haupthindernis dabei wird der Wille der Arme sein, ihre relativ autonome Position im Staate beizubehalten. Die Position der Arme hat niemals die Klasseninteressen der Bourgeoisie gestört, im Gegenteil, sie hat sie erleichtert.

Özal hat, als er noch Ministerpräsident war, einen General zum Oberhaupt der Streitkräfte ernannt, dem seine Nähe zu Özal öfter nachgesagt wird. Einige Intellektuelle hatten dies als eine Zivillisierung begrüßt, da Özal nicht den General, der nun an der Reihe war, zum Oberhaupt ernannt hatte. Sie dachten, Özal würde die Arme so unter die Kontrolle der zivilen Regierung stellen.

Dabei haben die späteren Entwicklungen folgende 2 Tatsachen hervorgebracht:

1. Özal hat die Operation in der Arme nicht durchgeführt, um Demokratie herzustellen oder den Staat zu demokratisieren, sondern um seine Herrschaft zu sichern und auszubauen, die völlig auf faschistische Grundlagen basiert.

2. Die Arme ist nicht bereit, ihre traditionelle relativ autonome Posi-

tion im Staate, preiszugeben.

Obwohl keine Nachricht durchsickerte, nach der sich innerhalb der Arme Unruhen gegen den Versuch Özals, alle Machtstrukturen um sich herum zu gruppieren, ausbreiten würden, kann die letzte Verordnung mit Gesetzeskraft (SS-Regelung genannt) als Folge des Drucks der Arme auf Özal betrachtet werden.

Die Arme hat so geschafft, einerseits ihre relativ autonome Position im Staate zu wahren, andererseits eine günstige Basis für die Fortführung des Regimes des 12. September zu bieten. So entstand eine Allianz zwischen der Arme und Özal (Staatspräsident-Nationaler Sicherheitsrat).

Diese im April 1990 entstandene Allianz zwischen der Arme und Özal wird von Zeit zu Zeit geschwächt, da sie von Anfang an mangelhaft war. Es wird heute deutlicher denn je, daß diese Allianz gegen die Kurden und für die Fortführung des 12. September-Regimes hervorgerufen wurde, und als Teileffekt auch die laizistische Eigenschaft des Staates wahren wollte.

Der Mangel dieser Allianz kann so beschrieben werden:

Özal scheint in der kurdischen Frage für eine halb-militärische Lösung und "weichere" Politik zu sein. Auf der anderen Seite nimmt er die Abnutzung der laizistischen Eigenschaft des Staates nicht so wichtig.

Dagegen tritt die Arme für eine harte militärische Lösung der kurdischen Frage ein. Sie stört auch der islamische Aufschwung, so daß sie deren Eindämmung fordert. Özal hat die Vorschläge der Arme in der kurdischen Frage zwar akzeptiert, die von ihm geforderte Haltung zum Laizismus nahm er jedoch nicht ein. Die Weltanschauung der ANAP und die hinter ihr stehenden Kräfte erlauben Özal eine solche Haltung nicht. Neben der Arme fordern auch demokratische Intellektuelle sowie die große Bourgeoisie, die ihr Schicksal mit dem Europas vereinigt hat, Özal auf, die ANAP gegen die Scharia-Gefahr zu stellen.

Drei wichtige Entwicklungen bei diesen:

1. Der Arbeitgeberverband (TÜSIAD) gab im September einen Bericht heraus, in dem er seine Unzufriedenheit mit der hohen Zahl der Religionsschulen in der Türkei bekanntgab, die die Scharia verbreiten. TÜSIAD fordert die Eingrenzung der religiösen Seite in der Bildungspolitik des Staates.

2. In den Monaten September und Oktober wurden zwei der bekanntesten Religionswissenschaftlerinnen der Türkei umgebracht. Einer von ihnen ist Turan Dursun. Er hatte in den letzten Jahren in verschiedenen Zeitschriften den Kampf gegen Islam und Koran eröffnet. Deswegen wurde er vom Radio Teheran zum "Salman Rushdie" der Türkei erklärt. Die andere, Bahriye Üçok war Dozentin der Religionsakademie, Ex-Ministerin und in der Leitung der SHP. Bahriye Üçok war als jemand be-

kannt, die für Laizismus war, gleichzeitig Muslimin, aber gegen den islamischen Fanatismus.

Besonders die Ermordung von Frau Üçok mit einer Contra-Guerilla-Methode (sie bekam ein Paket mit einer Bombe) schockierte die Öffentlichkeit. Alle Kräfte, die eine andere laizistische Interpretation haben, nahmen die selbe Haltung gegenüber diesem Mord ein. "Der Laizismus war in Gefahr!" Auch der "liberale" Flügel der ANAP reihte sich in diese Front ein. Nach diesem Mord maß die SHP dem Thema Laizismus eine größere Bedeutung zu und versuchte, einen Anti-Scharia-Block zu bilden.

3. 3-4 Tage nach dem Mord an Üçok begab sich der MIT (Türkischer Geheimdienst) General Teoman Koman zu einem Essen mit der Presse. Bei diesem Essen sagt er: "Es gibt in der Türkei einen islamischen Terror. Wenn ich sagen würde, wer dahinter steckt, dann wäre dies Politik..." (was er wohl nicht machen wollte).

Nun diese 3 Ereignisse gehören zu den wichtigsten Entwicklungen, die Özal und ANAP zu einer Anti-Scharia-Position zwingen.

Die Haltung der ANAP gegenüber diesen Ereignissen war aber höchst interessant. Gleich nach den Äußerungen des MIT-Leiters zum "Islamischen Terror", erklärte der Staatsminister Kececiler (er gibt als der Vertreter des islamischen Flügels in der Regierung), "die Todesurteile, die in Parlament warten, werden vollstreckt."

Es war klar, daß dies eine Drohung war, er wollte damit in etwa sagen: "Wenn ihr gegen Islamisten vorgeht, richten wir die Linken in den Gefängnissen hin".

Die ANAP begnügte sich damit nicht. Sie brachte einen Gesetzesvorschlag im Parlament vor, mit dem das Schleierverbot aufgehoben werden sollte. Dieses Gesetz wurde am 25. Oktober mit den Stimmen der DYP und ANAP verabschiedet. So löste Özal trotz entgegengesetzter Reaktionen der Öffentlichkeit das Schleierproblem, welches seit Jahren die Öffentlichkeit in der Türkei beschäftigte.

Die Verabschiedung dieses Gesetzes in dieser Zeit hat eine Bedeutung; ANAP und Özal richten sich direkt gegen den laizistischen Block, den verschiedene Kräfte gegen sie aufbauen wollen:

WIRD MAN DIE KRISE DES 12. SEPTEMBER AUF EIS LEGEN KÖNNEN?

Die Entwicklungen in der Türkei zwingen eigentlich, daß das Regime des 12. September sich in ideologisch, politisch und institutioneller Hinsicht in einer tiefen Krise befindet. Alle Bemühungen von Özal und der Arme, trotz Unterschiede in den Methoden, sind darauf gerichtet, diese Krise auf Eis zu legen. Wie sie eingesehen haben, daß sie die Krise nicht überwinden können, wollen sie den Abnutzungsprozeß des Regimes zumindest irgendwo aufgehalten.

jedoch reichen die Methoden Özals dafür nicht aus: Die Allianz zwischen Özal und der Arme hat dem Regime eine wenn auch vorübergehende Atempause verschafft. Aber die folgenden Entwicklungen haben sowohl die Instabilität verstärkt als auch Probleme in der Allianz selbst hervorgerufen.

Auch die Wirtschaft ist in einer tiefen Krise. Diese wird auf zwei Ebenen geliebt:

1. Die bisherigen Lasten der Golfkrise für die türkische Wirtschaft werden auf 5 MRD Dollar geschätzt. Die Türkei muß auf die Einnahmen der irakischen Öl-Pipe-Line wegen dem Embargo verzichten. Die Wirtschaftshilfen der USA, der EG und der alten Regierung Kuwaits decken diese Verluste nicht.

2. Noch wichtiger: Schon bevor die Golfkrise anging, gab es negative Entwicklungen in der Wirtschaft. (Die Golfkrise hat nur die Lasten erhöht).

Die Özal-Regierung hatte einige Maßnahmen 1988 getroffen, um die

Stagnation in der Wirtschaft zu überwinden. Die Belebung der Binnen nachfrage, die Attraktivierung von Importen durch niedrigere Zölle, die Finanzierung der Außenbilanzdefizite durch kurzfristige Schuldenaufnahme usw. gehörten zu diesen Maßnahmen.

Die Folge der Wirtschaftspolitik nach 1988 waren aber folgende:

* Der Export stagnierte, der Import dagegen kletterte in Rekordhöhen. Der Außenhandelsbilanzdefizit wurde sehr groß. Z.B. erhöhte sich der Export in den ersten 8 Monaten des Jahres 1990 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um 7 %, während der Import um 35% stieg. Die Außenhandelsdefizite betragen im selben Zeitraum 5,5 Millionen Dollar. Im letzten Jahr waren es 2 Millionen. Der Anteil der Konsumgüter am Import ist um 100% gestiegen. So wurde die Türkei nicht zu einem Land, das sich durch Außenhandelsindustrialisierung, sondern Konsumgüter importiert.

* Die Türkei geriet von neuem in einen schnellen Prozeß der Außenverschuldung. In dem genannten Zeitraum machte die Türkei 2,1 Milliarden Dollar Außenschulden. So erhöhte sich die Gesamtverschuldung der Türkei auf 50 Milliarden Dollar. Die Türkei, in der die Inflationsraten immer noch um 80% betragen, ist gezwungen diese Schulden durch neue zu tilgen. Dies hat weitreichende Folgen für verschiedene Sektoren der Wirtschaft.

Auch diese wirtschaftlichen Entwicklungen zeigen, daß es schwer sein wird, die Krise des Regimes auf Eis zu legen.

WELCHE ENTWICKLUNGEN

Neue Bücher..

"Charles Pauli: Türkei – Hinter den Kulissen eines Wirtschaftswunders"

Ein Buch nicht nur über die Türkei, nicht nur für Türkei-Interessierte

Die Grundzüge der türkischen Wirtschaftsgeschichte, die politischen Verhältnisse in der Türkei seit 1923, Verschuldungs- und Wirtschaftskrise in den 70ern, die Wirtschaftspolitik ab 1980, die Politik der 80er Jahre... dies sind Themen, die jedem/r Türkei-Interessierten mehr oder weniger geläufig sind. (Für Nichtkennner liefert das Buch übrigens einen guten Überblick). Aber was ist aus der vielgepresenen exportorientierten Wirtschaftspolitik der Türkei in den 80er Jahren geworden? Ging die Rechnung des IWF, der OECD und der westlichen Regierungen auf? Das vorliegende Buch gibt darauf eine sehr detaillierte Antwort.

Die/der LeserIn erhält nicht nur das entsprechende Zahlenmaterial und wird über die Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik auf Löhne, Gewinne, Beschäftigung, Staatshaushalt sowie die dazugehörige Politik der türkischen Regierung informiert.

Das interessanteste an diesem Buch ist, daß Charles Pauli sich prinzipiell mit der Verschuldung unterentwickelter Länder auseinandersetzt – die Türkei ist insofern auch nur das ausführlichste Fallbeispiel, es werden immer wieder Parallelen zu anderen Ländern gezogen. So wird die Frage behandelt, ob diese Verschuldung lediglich – wie auch oft von linken bürgerlichen Theoretikern behauptet – eine Folge falscher Wirtschaftspolitik ist. Pauli greift in einer auch für Laien verständlichen Weise die bürgerlichen Wirtschaftstheorien über die unterentwickelten Länder anhand der folgenden Fragen auf:

"– Führt eine marktwirtschaftliche Effektivierung und verstärkte Eingliederung eines unterentwickelten Landes in die internationale Arbeitsteilung tatsächlich – wie die

SIND WAHRSCHEINLICH?

Zur Stunde, als wir diesen Teil niederschrieben, wurde die Ernennung von Hüsnü Dogan zum Verteidigungsminister bekannt gegeben. Sefa Giray, der jahrelang Verteidigungsminister der ANAP-Regierung war, hatte zuvor seinen Rücktritt erklärt. Seine Stelle übernahm jetzt ein naher Verwandter Özals und Exponent des islamischen Flügels.

Dieses Ereignis hat zwei interessante und wichtige Seiten.

1. Özal besetzt sowohl die Regierung als auch wichtige Stellen im Staatsapparat mit ihm nahen Personen. In der Türkei entsteht eine Art Familienherrschaft. Diese Tatsache führt zu Unruhen im Staate und in der ANAP. Diese Ernennung wird die im obigen Teil erwähnten Auseinandersetzungen in der Staatsherrschaft intensivieren. Trotz anhaltender Diskussionen über den Laizismus und der Sensibilität der Armee in dieser Frage hat Özal einen ihm nahen und als islamisch orientiert bekannten Mann zum Verteidigungsminister berufen.

2. Die eigentliche Bedeutung dieser Ernennung liegt darin, daß Özal weiterhin die Traditionen der Türkischen Republik zerstört. Bisher wurden in der Geschichte der Türkischen Republik die beiden Ministerien der Verteidigung und Außenpolitik überparteilich bewertet. Alle bisherigen Regierungsparteien und die Bourgeoisie hatten bisher diese Ministerien als Ämter anerkannt, die keine Parteipolitik sondern nationale Politik betreiben sollten. Bei Regierungsübernahme von Parteien war es üblich, daß die Bediensteten aller anderen Ministerien ausgewechselt aber die der genannten Ministerien

beibehalten wurden. Es wurde bisher auch darauf geachtet, daß die zu diesen Ministerien berufenen Personen von einem Großteil der Parteien und der Bourgeoisie akzeptiert wurden. Seit der Gründung der TR

wurden diese beiden Ministerien über jegliche Parteienkonkurrenz gehalten. Dies war ein Konsens in der Bourgeoisie und den Parteien. Daher war es nicht möglich, daß es grundlegende Differenzen zwischen den Parteien in der Verteidigungs- und Außenpolitik gab.

Auch Özal hatte diese besondere Eigenschaft dieser Ministerien in den Anfängen seiner Herrschaft hingenommen. Aber die letzten Ernennungen zeigen, daß Özal gewillt ist, den genannten Konsens zu durchbrechen, auch diese Ministerien unter die völlige Kontrolle seiner Partei zu stellen.

Es scheint sicher zu sein, daß diese Politik Özals sowohl in den Staatsapparaten als auch unter der großen Bourgeoisie für Probleme sorgen wird. Es kann nicht erwartet werden, daß die Bourgeoisie und andere Teile, die an der Herrschaft beteiligt sind, diese Politik stillschweigend hinnehmen.

Ein anderes Beispiel wird die Brisanz des Themas besser verdeutlichen:

Eine andere Institution, der Özal den Kampf angesagt hat, ist das Verfassungsgericht. Seit 1960 war das Verfassungsgericht für die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Gesetze und grundlegender politischer Vorstöße der Regierung zuständig. Die Existenz einer autonomen staatlichen Institution wie des Verfassungsgerichtes wird von der Bourgeoisie und allen Parteien als notwendig betrachtet.

Özal und die ANAP-Regierung

regieren die Türkei in den letzten zwei Jahren mit Hilfe von Verordnungen. Die Regierung erklärt irgend eine Entscheidung, die sie trifft, als eine Verordnung mit Gesetzeskraft und beruft sich dabei auf einen Verfassungsparagraphen; das Parlament befiehlt sich erst danach mit diesen sogenannten Verordnungen mit Gesetzeskraft. Um die Kontrolle des Parlaments zu unterlaufen, hat die Özal-Herrschaft in den letzten Jahren eine Vielzahl solcher Verordnungen und Erlasse verabschiedet. Die Oppositionsparteien bringen dann diese Verordnungen zum Verfassungsgericht, das sie dann wiederum von Zeit zu Zeit ungültig erklärt und zur Neubefassung ans Parlament weiterleitet.

Genau diese Situation stellt für Özal manchmal ein Hindernis dar. Özal möchte sich von dem Hindernis namens Verfassungsgericht befreien. Mit diesem Ziel leitet er verschiedene Schritte ein. Höchstwahrscheinlich wird er nach einer Zeit auch diese Institution erledigen.

Kurz ausgedrückt: Özal möchte die Macht mit anderen Herrschaftsinstitutionen, die es außer ihm gibt, nicht teilen.

Demgegenüber ergreifen die anderen Herrschaftsinstitutionen von Zeit zu Zeit auch wegen dem Druck der Oppositionsparteien Initiativen, die Özals Absichten ins Leere führen sollen.

Diese Initiativen sind in einer Hinsicht auf die Eingrenzung Özals und der ANAP gerichtet. Es ist aber noch unklar, ob solche Initiativen Wirkung zeigen werden. Vor allem hat die große Bourgeoisie ihre Unterstützung Özals und der ANAP nicht aufgegeben. Die Oppositionsparteien haben auch keine Alternative bilden können, die von der Bourgeoisie als unterstützungswert erachtet werden könnte. Die außerparlamentarische Opposition hat auch noch keinen Einfluß auf die Entwicklungen. Trotz einer zunehmenden Schwächung ihrer Grundlagen bekommt die Özal-Herrschaft ihre Kraft aus der Schwäche der Opposition.

Einer der Wege, die Krise des 12. September-Regimes auf Eis zu legen, scheint eine Zwischenlösung zu sein, die die Auseinandersetzungen im Machtblock zumindest vorübergehend mit einem Konsens beendet. Eine andere Lösung, wenn diese Zwischenlösung nicht erreicht werden kann, werden vorgezogene allgemeine Wahlen sein. Besonders die Oppositionsparteien nutzen jedes Ereignis aus, um der Forderung nach vorgezogenen allgemeinen Wahlen Nachdruck zu verleihen. Es ist wahrscheinlich, daß ein Teil der Bourgeoisie und Herrschaftskreise im bestehenden Machtblock eine solche Lösung vorziehen. Denn abgesehen von der persönlichen Situation Özals zerfällt die ANAP-Regierung zunehmend. Das Parlament hat überhaupt keine Funktion mehr. Vorgezogene Neuwahlen können eine neue Regierung an die Macht bringen, die die Unterstützung der Bevölkerung hat. Es ist anzunehmen, daß dies für das Großkapital eine erleichternde Wirkung haben wird.

Kann aber diese Lösung die Überwindung der Krise des Regimes herbeiführen?

Die Frage zu bejahen, ist schwer. Denn, auch wenn die ANAP in möglichen vorgezogenen Wahlen verlieren würde, würde Özal nach wie vor das Staatspräsidentenamt bekleiden, sodaß die Chance, mit dieser Lösung die Krise zu überwinden, sehr schwach ist.

Möglich ist auch, daß Özal eine Zwischenlösung in Form von einem Konsens ablehnt, mit einigen Herrschaftsinstitutionen, den Oppositionsparteien, dem Türk-Is und den Arbeitgebern bricht und die Errichtung einer zivilen Diktatur unter seiner Führung vorzieht. Genauso wie Menderes kann er versuchen, mit Hilfe der Mehrheit im Parlament alle Fäden in seiner Hand zu vereinigen und über alles selbst zu herrschen. D.h. er kann zu einem reinen Marcos werden. Diese Lösung wird aber unter den anderen am meisten mit Problemen behaftet sein. Denn, wie leicht anzunehmen, werden breite Teile der Gesellschaft sich gegen diese Lösung stellen.

Nachrichten aus Cumhuriyet

31.8.90

– 15 Festnahmen bei Durchsichtung des Büros der Zeitschrift Yeni Cozum in Bursa

1.9.90

– Einige Veranstaltungen zum Weltfriedenstag wurden mit der Begründung, daß sie den Gesetzen zuwiderläufigen und die öffentliche Ruhe stören, verboten.

– 70 entlassene Arbeiter der Aksa-Fabrik in Yalova haben Totefasten begonnen. 500 Arbeiter in unbegrenztem Solidaritätstreik.

– Finanzielle Einbußen im Tourismussektor durch Annullierungen von Buchungen wegen der Golfkrise haben gefährliche Ausmaße angenommen.

2.9.90

– Özal verlangte vom Parlament erneut die bedingungslose Erlaubnis für die Regierung, Soldaten in andere Länder zu schicken und fremde Truppen in der Türkei zu stationieren. Diese Ermächtigung war am 12.8. vom Parlament versagt worden, sie liege laut Verfassung allein beim Parlament

– 10 der seit 7 Tagen hungerstreikenden Aksa-Arbeiter im Krankenhaus.

Zweitens scheint es eine geringe Wahrscheinlichkeit zu sein, daß das Großkapital und andere Herrschaftsinstitutionen diese Lösung unterstützen. Sollte Özal diese Lösung vorziehen, wird er das größte Spiel seines Lebens machen, bei dem das Risiko, zu verlieren, enorm hoch ist.

Eine nadere mögliche Alternative ist ein Militärputsch. Jedoch ist die innere und äußere Konjunktur für eine solche Lösung nicht günstig. Dies erleichtert Özals Spiel. (Es dient vielleicht zur Verhinderung einer solchen Lösung, wenn die SHP immer wieder auf vorgezogenen Wahlen beharrt...)

Wie wir sehen, existiert fast keine Lösung, die die Krise Özals, der herrschenden Klassen und des Regimes überwinden und der Türkei eine Atempause verschaffen kann. Jede der möglichen Lösungsformen aber auch die Fortsetzung der gegenwärtigen Situation werden neue Probleme hervorbringen.

Egal aus welcher Perspektive betrachtet, scheint es sicher zu sein, daß auf die Türkei wichtige Ereignisse warten. Die Bourgeoisie, die Parteien und verschiedene Kräfte sind von neuem auf der Suche nach einer Lösung. Die Hauptstützen der gegenwärtigen Lösungssuche bilden der Staatsterror, Attentate, Kriegsrecht, die Demagogie "die Anarchie und der Terror sind wieder auf dem Vormarsch", Taktiken, mit der die Gesellschaft ins Ungewisse und in Ohnmacht versetzt werden sollen, etc..

Unter diesen Bedingungen möchten wir eines noch anstelle des Schlüssels betonen:

Der einzige Weg, der gesellschaftlichen Opposition und der Linken die aktuelle Gefahr zu ersparen, zum Mittel der Auseinandersetzungen in der Bourgeoisie und im herrschenden Machtblock degradiert zu werden, ist und bleibt nach wie vor die schnelle Bildung einer revolutionär-demokratischen Herrschaftsalternative, die eine wirkliche Überwindung des Regimes des 12. September herbeiführen kann. Die Forderungen und Aktionen der gesellschaftlichen Opposition müssen mit den Aktivitäten der revolutionär-demokratischen Kräfte mit dem obigen Ziel vereinigt und eine gemeinsame und breite Operationsbasis geschaffen werden.

Solange diese Hauptaufgabe nicht gelöst wird, wird das Schicksal der Türkei auf der Grundlage der Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Kräfte entschieden werden.



Türkei – Hinter den Kulissen eines Wirtschaftswunders

bürgerliche Theorie behauptet – zu einer nachholenden Industrialisierung mit "Wohlfahrtsgewinnen" für alle, oder reproduziert bzw. verschärft sie soziale Ungleichheit, Armut und ökonomische Unterentwicklung?

– Wirkt die marktwirtschaftliche Effektivierung im Bereich der Sozial- und Gesellschaftspolitik ausgleichend und demokratisierend, oder verlangt sie eine repressive Form der Politik?

– Was bedeutet die marktwirtschaftliche Effektivierung bezüglich der nationalen Souveränität und der ökonomischen Unabhängigkeit? Gibt es unter den Bedingungen der kapitalistischen Weltwirtschaft das Ideal der politisch gleichberechtigten, ökonomisch frei miteinander konkurrierenden Nationen oder existieren imperialistische Ausbeutung und neokoloniale Unterdrückung?

Die Antwort auf diese Fragen

Charles Pauli: Türkei – Hinter den Kulissen eines Wirtschaftswunders
isp-pocket 47, Frankfurt am Main, September 1990

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert:

KEINE ABSCHIEBUNGEN VON KURDEN/-INNEN POLIZEISTAAT TÜRKEI!

In Türkisch-Kurdistan herrscht Krieg. Nachdem die türkischen Machthaber jahrelang nur von "Terroristen" sprachen, deren Kampf für einen selbstständigen Staat Kurdistan auf die "Zerstörung und Schwächung der Nationalgefühle" und Ziele (§ 142 türk. StGB), hat der Protest und Widerstand einer kurdischen Volksbewegung, der in Nusaybin und Cizre begann und sich in sehr kurzer Zeit auch auf andere kurdische Städte ausweitete, die türkischen Führer zutiefst schockiert. Die "Infittada in Kurdistan" (FAZ) ist die Antwort auf Jahrzehnte der Unterdrückung, der Protest gegen das Verbot der Benutzung der Muttersprache, gegen die Gesinnungsjustiz der türkischen Regierung, gegen die Folter in den türkischen Gefängnissen, gegen Mord, der durch türkische Militärs, Polizei, und vor allem durch die "SS"-Kommandos, die türkischen Sondereinsatzkommandos (SEK) tagtäglich erfolgt.

Der Staatsterrorismus in Kurdistan kommt in den nachfolgenden Berichten und Stellungnahmen gut zum Ausdruck:

"Betroffene und Augenzeugen haben uns berichtet vom alltäglichen Terror, von systematischen Mißhandlungen, Folter und Mord durch Militär und Polizei. Weit über 1.000 Dörfer wurden zerstört, ihre BewohnerInnen vertrieben. Gegen all das findet zur Zeit in den kurdischen Gebieten ein Volksaufstand statt.

Unmittelbarer Anlaß unserer Reise waren die Vorgänge in Nusaybin und Cizre und das daraufhin ergangene Dekret Nr.413. Wir mußten feststellen, daß die Freiheit der türkischen Presse bei der Berichterstattung über Vorgänge in Türkisch-Kurdistan im Würgegriff der staatlichen Zensur zu Grunde gegangen ist. Das Aufrechterhalten der unumschränkten, unkontrollierten Terrorherrschaft der Militär- und Spezialeinheiten über das kurdische Volk steht weit außerhalb jedweder Verfassungsgrundsätze westlicher Demokratien: Dort, wo das Dekret Nr.413 gilt, ist eine gerichtliche Kontrolle von Maßnahmen der Armee, Polizei und anderer Behörden vollkommen ausgeschlossen. (...) Schlußbericht der bundesdeutschen ParlamentarierInnen-, PolitikerInnen- und Anwaltsdelegation über eine Reise nach Kurdistan im Mai 1990 (...)

"Aus eigener Anschauung kann ich auch sagen, daß die Präsenz des Militärs und die Präsenz von Sicherheitskräften in diesem Teil des Landes fühlbar ist. Das trägt sicher nicht dazu bei, daß es die Versöhnung einer Minderheit mit der türkischen Republik geben kann. Ich meine, daß sich diese besonders schwierige Situation im Ostteil des Landes sehr erschwerend auf das Leben der Flüchtlinge, das ohne jede Perspektive ist, auswirkt. Es ist nur darauf hinzuweisen, das 400 Dörfer evakuiert wurden, daß sehr viele Menschen, Kurden zumal, aus diesem Teil des Landes umgesiedelt wurden, daß ein 30 km breiter Streifen diesseits und jenseits der Grenze sowohl im Irak als auch auf der türkischen Seite völlig geräumt worden ist, daß die Menschen ihre Dörfer verlassen mußten, daß sie ihr Vieh, ihre Felder nicht mehr versorgen können.

Ich denke, daß dieser Ausnahmezustand zumindest Erwähnung finden muß, daß wir uns damit auseinandersetzen müssen. (...) (SPD-Abgeordnete Luuk (MdB) am 27. April 1990 im Bundestag)

"Ich informiere über die neueste Entwicklung: - Die Situation in der Südosttürkei

hat sich in den letzten Monaten bedauerlicherweise verschärft.

- Die Auseinandersetzung mit separatistischen Gruppen hat in den letzten Monaten insgesamt über 130 Tote gefordert. Hierzu gehören auch Opfer in der Zivilbevölkerung, die teils auf Übergriffe der Sicherheitskräfte, teils als Vergeltungsaktionen der kurdischen Arbeiterpartei, der PKK, zurückgehen.

Auf verstärkte Angriffe von Kommandos der PKK reagierte die türkische Regierung am 9. April mit der Verschärfung des Ausnahmezustandes in den betroffenen vier Provinzen. Hierdurch werden im wesentlichen die Möglichkeiten der Presseberichterstattung über die Probleme der Region eingeschränkt und die Vorschriften über die interne Exilierung unliebsamer Personen aus dem Krisengebiet verschärft.

Rechtsmittel gegen die Maßnahmen sind nicht gegeben. Besonders die Beschränkung der Pressefreiheit ist in der Praxis bereits deutlich fühlbar geworden. (...) (Staatsminister Schäfer vom Auswärtigen Amt am 27.4.90 im Bundestag)

Angesichts dieser Zustandsbeschreibung klingt es unglaublich, wenn der Herr Staatsminister Schäfer nicht wirtschaftliche Sanktionen und die Beendigung von Waffenlieferungen an den "Folterstaat Türkei" (amnesty international) fordert, sondern im Gegenteil zu dem Schluß kommt:

"Unsere Aufgabe ist es vielmehr, positive Entwicklungen zu unterstützen und die türkische Regierung durch konstruktive Kritik zu ermutigen, auf dem Weg der Weiterentwicklung ihrer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung (!) weiter (!) voranzuschreiten. Dabei soll es auf unserer Seite bei dem offenen und kritischen Meinungsaustausch bleiben, der vor kontroversen Themen nicht halt macht, wie dies unter Freunden üblich und angebracht ist." (Staatsminister Schäfer am 16.7.1990 im Bundestag)

Die "Freundschaft" mit dem türkischen Regime läßt sich die Bundesregierung einiges kosten: Zusätzlich zu den NATO-Verpflichtungen zahlt die Bundesregierung der Türkei im Rahmen der Militärsonderhilfe jährlich 280 Millionen Mark. Allein zwischen 1964 und 1989 ist aus der BRD Militärhilfe im Wert von 4,5 Milliarden DM an den Bosphorus gegangen, wie der CSU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Alfred Biele, in dem Abschlußbericht über die Türkei - Inspektionsreise im vergangenen Juni ausführte. Die NATO unterhält in T. Kurdistan 4 flughafene und hat bei Malatya 60 nuklearbestückte Sprengköpfe untergebracht: Die Sondereinheit, die in Kurdistan operiert, wird nicht nur mit Hilfe und z.T. in den Kasernen der GSG 9 ausgebildet, sondern auch mit Hunschaubern von MBB zu ihren Einsätzen geflogen und mit deutschen Waffen und Material ausgerüstet. Den offiziellen Verlautbarungen deutscher Politiker, der Volksaufstand in Kurdistan sei eine "innertürkische Angelegenheit", steht somit eine bundesdeutsche Politik gegenüber, die nur als tatkräftige Einmischung auf Seiten des türkischen Regimes mit dem Ziel, die kurdische Unabhängigkeitsbewegung militärisch zu zerschlagen, bezeichnet werden kann. Auch in den anderen von Kurden bewohnten Staaten betreibt die NATO eine Politik, die auf die Kontrolle und letztlich auch Vernichtung der kurdischen Unabhängigkeitsbewegungen zielt: So liefern Rüstungsfirmen aus der BRD mit Rückendeckung durch den Bundesnachrichtendienst Chemiewaffen

an den Irak (und verdienten dabei schätzungsweise 4 Mill. Dollar), England lieferte chemische und Nuklearwaffen an den Iran und die USA militärische Hilfe an Syrien.

Die militärische und ökonomische Isolationspolitik der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak in Folge des irakischen Überfalls auf Kuwait hat eine weitere Militarisierung Türkisch-Kurdistans bewirkt. Die Gefahr steigt, daß das kurdische Volk im Falle einer militärischen Konfrontation zwischen den Machtblöcken zerrieben wird. Schon jetzt fördert die türkische Regierung weitere Militär- und Wirtschaftshilfe und intensiviert ihren Kampf gegen die kurdische Guerilla. "Die KurdInnen haben Angst!" (A. Beer, MdB)

Kurdistan gehört heute zum westlichen Einflußbereich und ist, auch nach der Perestroika in der Sowjetunion, wichtig für die NATO wegen des dort befindlichen Erdöls, der Kontrolle des Golfs und der Größe des Landes. Heute sind die Staaten des Nahen Ostens im Besitz eines Waffenpotentials, das 30% des Waffenpotentials in Europa erreicht, darunter auch Nuklearwaffen. Der Unabhängigkeitskampf der KurdInnen vergrößert nach Meinung der westlichen Staaten die Instabilität im Nahen Osten und gefährdet daher die Rohstoffversorgung des Westens. Um die Kontrolle des Golfs und die militärischen NATO-Basen in T.-Kurdistan nicht zu verlieren, beteiligen sich die BRD und andere NATO-Staaten aktiv, wenn auch indirekt, am Krieg gegen die Kurden, die in vieler Hinsicht schon genozidartige Züge trägt. Die 5000 Toten des Giftgasangriffs auf die kurdische Stadt Halabja durch den irakischen Diktator Saddam Hussein sind hier nur das augenfälligste Beispiel für eine Politik, die auf die Zerschlagung und Vernichtung des Kurdenstums zielt und an der die BRD maßgeblichen Anteil hat, mit der sie jedoch nicht identifiziert werden will.

Auf diesem Hintergrund verwundert es nicht, wenn das Auswärtige Amt in Bonn auch nach der Verhängung des Ausnahmezustandes in Kurdistan ihrer Hoffnung Ausdruck gibt, daß die "Bemühungen um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation nicht zurückgeworfen werden". Niemals erhebt das Auswärtige Amt Einwände gegen eine Abschiebung abgelehnter kurdischer Flüchtlinge, da sich die türkischen Behörden angeblich um Rechtsstaatlichkeit bemühen und die "Demokratisierung" in der Türkei stetig voranschreite.

Als jedoch eine Delegation aus Bundestagsabgeordneten und VertreterInnen von Menschenrechtsorganisation im Mai 1990 in die kurdischen Gebiete fahren wollte, sandte das Auswärtige Amt den folgenden warnenden Hinweis:

"Gerade weil die Besorgnis der Abgeordneten über die Lage im Südosten und die von der Regierung dazu getroffenen Maßnahmen von der Botschaft voll geteilt werden, muß ich darauf hinweisen, daß das geplante Programm in der Provinz nicht ohne Risiken für die Teilnehmer ist und daß die Botschaft Befehligungen bis hin zur Inhaftierung und Ausweisung nicht ausschließen kann. Reisende, die keinen Abgeordnetenstatus genießen, gehen diesbezüglich ein noch höheres Risiko ein. (...) Vor allem aber ist an die Gefährdung von Gesprächspartnern und der als Reiseleiterin genannten Journalistin ERGEN zu denken, die sich dem Zugriff türkischer Behörden nicht entziehen können. Beispielsweise war der gleichfalls genannte prof. YALCIN bereits mehrfach inhaftiert.

Ich rege an, den Abgeordneten

zu empfehlen mit Rücksicht auf hiesige Organisatoren und Gesprächspartner auf ihre Programm zu verzichten." (Botschafter Eickhoff in einem Fernschreiben an die Abgeordneten vom 3.5.90)

Das Auswärtige Amt weiß also sehr genau Bescheid über den Terror in Kurdistan und sieht Gefahren selbst für Angehörige des deutschen Bundestags.

Auch die jetzige niedersächsische Justizministerin, Frau Heidi Altm-Merk (SPD), hat die Brutalität des türkischen Regimes am eigenen Leib erfahren, als sie anlässlich einer Delegationsreise in der Türkei festgenommen wurde. Un die GRÜNEN bezeichnen die Türkei öffentlich als Polizeistaat und forderten zuletzt am 27. April im Bundestag politisches Asyl für alle kurdischen Flüchtlinge.

Um so unbegreiflicher erscheint es und, daß die neue rot-grüne Landesregierung in Hannover die Politik ihrer Vorgängerin unbeirrt fortsetzt und keinen Abschiebestop für KurdInnen verhängt. Auch weiterhin werden also die Opfer der bundesdeutschen und NATO-Politik aus Niedersachsen in die Türkei abgeschoben, wo ihnen mit einiger Wahrscheinlichkeit Inhaftierung und Folter droht. Beispiele aus der Vergangenheit gibt es zu genüge.

Wir fordern daher die niedersächsische Landesregierung ultimativ auf,

- Abschiebungen von KurdInnen in die Türkei bis auf Weiteres auszusetzen und hier lebenden kurdischen Flüchtlingen eine Aufenthaltserlaubnis noch in diesem Jahr zu erteilen - im nächsten Jahr wird es aufgrund des Inkrafttretens des neuen Ausländergesetzes hierfür zu spät sein;

- eine Kommission zur Untersuchung des Schicksals von zwangsweise aus Niedersachsen abgeschobenen kurdischen Flüchtlingen zu bilden;

- über den Bundesrat auf die Bundesregierung Einfluß zu nehmen, um einen Stop jeglicher Militärhilfe für die Türkei und wirtschaftliche Sanktionen gegen die Türkei durchzusetzen;

- eine Delegation zur Schaffung von Öffentlichkeit über die Menschenrechtsverletzungen in Türkisch-Kurdistan dorthin zu entsenden;

- sich für das Recht auf Selbstbestimmung des kurdischen Volkes öffentlich einzusetzen.

Flüchtlingsrat Niedersachsen

Nachtrag der TI-Redaktion

Am 18.10.90 erließ die niedersächsische Landesregierung folgenden Erlaß: "Ausländer- und Asylrecht; Neuregelung der Aufenthaltlichen Situation von Flüchtlingen in Niedersachsen"

Dieser Erlaß regelt, daß alle Flüchtlinge, die seit fünf Jahren in Deutschland sind und seit dem 1.8.1990 in Niedersachsen leben eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können.

Außerdem können all diejenigen, die seit dem 1.8.1990 in Niedersachsen leben und Staatsangehörige aus dem Iran, dem Irak, dem Libanon oder Albanien sind oder Palästinenser oder Kurden aus dem Libanon oder Christen oder Yeziden aus der Türkei sind ebenfalls eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Sie müssen allerdings ihren Asylantrag zurückziehen und werden nach dem 1.1.1990 nach dem neuen Ausländergesetz statt der bis dahin geltenden Aufenthaltserlaubnis nur noch eine Aufenthaltsbefugnis erhalten.

Kurden aus der Türkei werden in diesem Erlaß nicht genannt und können somit auch weiterhin abgeschoben werden.

Nachrichten aus Cumhuriyet

7.9.90

- Turan Dursun beerdigt. Gedenkfeiern in den Büros der Zeitschrift Yüzyil in Istanbul und Ankara. Die politische Polizei habe nach Dursuns Tod dessen Haus durchsucht, wurde bekannt. Während der Beerdigung war ein starkes Polizeiaufgebot zu beobachten.

- Alternative Eröffnungsveranstaltung zu Beginn des Justizjahres durch die Anwaltskammer. Der Vorsitzende Sav kritisierte den Vorsitzenden des OVG Ocakcioglu, der die offiziellen Feierlichkeiten leitete mit scharfen Worten. "Wir nehmen nicht an dem Wettbewerb teil, sich bei den Mächtigen Liebkind zu machen."

- Der Vorsitzende des Zusammenschlusses der türkischen Reiseveranstalter TÜRSAB erklärte, daß die Befugnis an die Regierung, Soldaten zu entsenden, große Buchungsrückgänge nach sich ziehen werde. Nach einer Umfrage einer deutschen Tourismuszeitschrift hätten 87% ihr Urlaubsziel geändert.

- Der Außenhandelsdefizit hat sich im Vergleich zum gleichen Zeitraum des letzten Jahres um 161,4% auf 3,874 MRD Dollar erhöht. Rückzahlung der Außenschulden und -zinsen in diesem Jahr vergleichsweise stark zurückgegangen.

- In Nusaybin sind die Rolläden von ca. 7.000 Geschäften wieder geschlossen aus Protest dagegen, daß die Leichen der 3 getöteten PKK'ler nicht ihren Familien übergeben wurden. 80 Personen wurden festgenommen. Journalisten durften nur in Polizeibegleitung die Gegend besuchen. Ihre Filme wurde beschlagnahmt.

- Sicherheitskräfte brachen mit Gewalt die Schösser der Geschäfte auf, um die Inhaber zum öffnen zu zwingen. Nach offizieller Erklärung seien "die Geschäfte geöffnet, die Lage normal. Einige Geschäfte seien aufgrund der Golfkrise geschlossen".

8.8.90

- Überfall von 10 Bewaffneten, Angehörige der "idealistischen Mafia" (Ülkücü mafia) auf das Gebäude der Tageszeitung Milliyet wegen eines Artikels über ihren Boß Ali Yasaki: Fenster zerschlagen und Autos zerstört. 4 Personen verletzt, 3 Täter gefaßt. (Idealisten = Ülkücü nennen sich die Angehörigen der faschistischen Grauen Wölfe - TI)

- Profestaktionen von 1.500 Taxifahrern in Istanbul gegen die zu geringe Erhöhung der Grundpreis durch die Stadtverwaltung.

- In Araban/Goziantep ein PKK'ler von Genarmen getötet, ein weiterer gefaßt.

9.9.90

- Abrechnung innerhalb der SHP: Parteivorsitzender İnönü und Generalsekretär Baykal trennen sich. Baykal verläßt die Parteiführung.

10.9.90

- Die Waisenhäuser der "Einrichtung für soziale Dienste und Kinderschutz" SHCEK begannen mit Religionsunterricht für 9.000 Kinder im Alter zwischen 6 und 12 Jahren. Dies widerspreche nicht dem Laizismus und verhöhne, daß die Kinder religiösen Orden in die Hände fielen.

11.9.90

- IWF-Kommission bei jährlichem Kontrollbesuch: Haushalts- und öffentliche Defizite seien das wichtigste Problem.

12.9.90

- Türkei erweist als Ausgleich für ihre Verluste durch die Golfkrise ein Drittel der Gelder aus dem Hilfsfond von 9 MRD Dollar.

- Die hungerstreikenden Arbeiter von Aksa, die seit 2 Wochen aus Protest gegen erwartete Entlassungen die Kantine der Fabrik besetzt hielten, wurden durch die Polizei entfernt.

- Entlassungen im Tourismussektor - 63% Preiserhöhung für Benzin innerhalb eines Monats.

Islamisierung in der Türkei: DIE IDEOLOGIE DER TÜRKISCH-ISLAMISCHEN SYNTHESE

Entstehung, Inhalte und Ziele dieser Ideologie sollen in dem folgenden Artikel dargestellt werden. Gleichzeitig soll aufgezeigt werden, welchen politischen, sozialen und ökonomischen Notwendigkeiten diese Ideologie entspricht.

Interessant ist dieses Thema auch bezüglich der Islamisierungstendenzen unter den MigrantInnen aus der Türkei in den europäischen Ländern. Dort wird von Liberalen bis Linken in (unserer Meinung nach) naiver Weise im Zuge des Postulats der Religionsfreiheit und der Gleichberechtigung immer wieder eine Unterstützung und Zusammenarbeit mit islamischen Kreisen gefordert, z.B. bei der Forderung nach islamischem Religionsunterricht an den Schulen oder im Kampf gegen Rassismus. In diesem Artikel soll u.a. auch klar werden, mit welchen Kreisen man sich dabei einläßt.

ISLAMISCHE BEWEGUNGEN UND PARTEIEN IN DER TÜRKISCHEN REPUBLIK



In der Türkei gibt es schätzungsweise 80% Anhänger der sunnitischen Glaubensrichtung und 20% Aleviten. Man kann unter den gläubigen Menschen zwei Grobrichtungen unterscheiden: die Anhänger des orthodoxen Islam, die sich mehr aus den Ober- und Mittelschichten rekrutieren und unter denen mehr Sunniten zu finden sind und die Anhänger des Volksislam, also gläubige Menschen ohne stärkere religiös-organisatorische Bindung, setzen sich v.a. aus den ländlichen Unterschichten zusammen und sind v.a. Aleviten. Für diese, die Anhänger des Volksislam, war der seit 1923 von Atatürk eingeführte Laizismus, also die strikte Trennung von Staat und Religion, noch nie ein großes Problem. Ganz im Gegenteil, die Abschaffung des Kalifats 1924 und des Islams als Staatsreligion 1928 wurde von den Anhängern des Volksislam und den Aleviten sogar begrüßt, da sie unter den politischen und religiösen Herrschaftsansprüchen des osmanischen Sultanats und des sunnitisch-orthodoxen Kalifats zu leiden hatten. Dagegen rief der Laizismus bei den orthodoxen Sunniten Erbitterung hervor. Der Laizismus in seiner strengsten Form wurde jedoch nach dem Regierungswechsel 1950 zur Demokratischen Partei DP aufgelockert, man hielt zwar offiziell am Laizismus fest, ließ aber wieder den Bau von Moscheen und die Einrichtung von Koranschulen zu und unterstützte dies sogar. Der Islam war für die DP

ein Element, um den Anschein einer Volkspartei zu erwecken (sie war allerdings alles andere als das).

In den 70'er und 80'er Jahren waren und sind die Vertreter der orthodoxen, fanatischen Sunniten in folgenden Parteien zu finden:

- vor 1980 MSP (Nationale Heilspartei, Erbakan, islamisch-fundamentalistisch)**
- nach 1980 RP (Wohlfahrtspartei)**
- vor 1980 MHP (Partei der nationalen Bewegung, Türkeş, faschistisch)**
- nach 1980 MCP (Nationale Arbeitspartei)**
- vor 1980 AP (Gerechtigkeitspartei, Demirel, rechtskonservativ)**
- nach 1980 DYP (Partei des rechten Weges)**

Viele der Anhänger dieser drei Parteien haben sich aber nach 1980 in dem Flügel der regierenden Mutterlandspartei (ANAP) zusammengeschlossen, der sich "Heilige Allianz" nennt und der eben diese Ideologie der Türkisch-Islamische Synthese vertritt (auf die im folgenden genau eingegangen wird).

eines alltürkischen Staates. Die Rolle des Islam war innerhalb dieser Bewegung umstritten. Der Pantürkismus in der Türkei kann mit den Worten seines Vertreters Ziya Gökalp (1876-1924), auf den sich die Vertreter der TIS beziehen, so beschrieben werden: "Wir gehören zur türkischen Nation, zur islamischen Religionsgemeinschaft und zur europäischen Zivilisation". Der Pantürkismus stellte somit den Versuch dar, die materiellen Errungenschaften des Kapitalismus, die Glaubenssätze des Islam und die Kulturelemente des Türkenums zu einer Synthese zu verbinden.

Der Pantürkismus wurde zwar offiziell von den Kemalisten abgelehnt und unterdrückt, hatte aber einen starken Einfluß auf den Nationalismusbegriff der Kemalisten, insbesondere bei der Vorstellung der Rasse als Element der Nation und der Bedeutung der türkischen Sprache, die die erste Sprache auf der Erde gewesen sei, und aus der sich alle anderen Sprachen entwickelt haben.

und die Möglichkeit, mit dem Islam die Gläubigen in die pantürkistische Bewegung einzubeziehen. Hier wird bereits deutlich, welche Rolle dem Islam damals zugedacht war und auch heute noch ist.

DIE TÜRKISCH-ISLAMISCHE SYNTHESE; EIN PANTÜRKISTISCHES NATIONALISMUSKONZEPT

Ein Produkt dieser Diskussionen war die Ideologie der Nationalen Bewegungspartei MHP und die Türkisch-Islamische Synthese, entwickelt durch die "Clubs der Intellektuellen" (AO), die den Islam in ihr Konzept aufnehmen und ihn als wesentlichen Faktor der türkischen Kulturgeschichte betrachten.

Die MHP, deren Parteivorsitz 1965 Alpaslan Türkeş übernahm, gründete eine Jugendorganisation, den Gewerkschaftsdachverband MİSK, die "Idealistenvereine" an den Universitäten und ihren militärischen

gen Realität - eine unpolitische Gesellschaft, die sich den Regierenden kritiklos unterordnete. Die AO waren zwar nur ein relativ kleiner Kreis von Leuten, dafür aber umso einflußreicher. Sie spielten u.a. eine wichtige Rolle beim Zustandekommen der Koalition der "Nationalistischen Front" in den 70er Jahren, einer Koalition aus der rechtskonservativen AP, der islamisch fundamentalistischen MSP und der faschistischen MHP. Zwischen den AO und der MSP gab und gibt es zwar unterschiedliche Konzepte bezüglich der Nation, aber man hatte in den 70er Jahren das gemeinsame Interesse an der Stärkung und dem Zusammenhalt der rechten Kräfte gegenüber den linken Strömungen. Die AO hatten neben ihren Beziehungen zur MHP offensichtlich u.a. enge Verbindungen zu der ab 1975 regierenden AP unter Demirel. So wurde der heutige Vorsitzende der AO, Prof. Nevzat Yaşınca, unter der AP-Regierung Generaldirektor der Türkischen Rundfunk- und Fernsehanstalt TRT, was deshalb besonders bemerkenswert ist, als das Hauptaktionfeld der AO im Kulturbereich liegt. Bevor wir nun auf die TIS in den 80er Jahren eingehen, zunächst die Inhalte der TIS.

DIE INHALTE DER TÜRKISCH-ISLAMISCHEN SYNTHESE

Wesentliche Elemente in der Ideologie der TIS sind die Bereiche Nation, Staat und Ökonomie:

DIE TÜRKISCHE NATION: HERRENSTOLZ UND GÖTTLICHE VORSEHUNG

Die Nation setzt sich nach der TIS aus Rasse und Kultur zusammen, wobei Kultur wiederum aus Sprache und Religion bestehe.

Die Türkisch-Islamische Kultur-nation umfasse alle Menschen, die türkischen Ursprungs sind, weit über das heutige Staatsgebiet hinaus. Charakteristische Elemente der türkischen Nation seien u.a.:

- Die Fähigkeit des Kriegführens und der Herrenstolz
- Das Bewußtsein, zur Herrschaft über den Kosmos bestimmt zu sein
- Strenge Disziplin

Die Religion ist wesentlicher Bestandteil des Kulturbegriffs. Ihre Elemente seien u.a.:

- der Glaube an Schicksal und göttliche Vorsehung und
 - der Glaube, daß Gott den Türken die Herrschaft über die weltliche Ordnung anvertraut hat.
- Diese Vorstellung ist eigentlich unveränderbar mit dem Islam. Sie wird auch nicht erklärt, sondern als von der Geschichte bewiesen dargestellt. Die TIS spricht also der türkischen Nation, abgeleitet vom göttlichen Willen, das Recht auf die Herrschaft über die Welt zu.

DER STAAT: VON GOTT BEFÄHIGTE FÜHRUNGSELITE UND GEHORCHENDES VOLK

Die Nation wird nach der TIS von einem Führer geleitet, der ein von Gott besonders befähigter Mensch ist, die Regierung ist eine von Gott befähigte Elite. Man betont den kriegerisch/militärischen Charakter des Staates, auch dies sei geschicht-

PANTÜRKISTISCHE ORGANISATIONEN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG: NATIONALISMUS UND ANTIKOMMUNISMUS

In den 50er Jahren organisierten sich die Pantürkisten in antikommunistischen Zirkeln, z.B. im "Verein zur Bekämpfung des Kommunismus in der Türkei". Ihre Ziele waren die Stärkung der pantürkistischen Gefühle unter den Türken, die Erziehung zu Pantürkisten, die Gott, das Türkenum und das Vaterland liebten und die bereit waren, für Gerechtigkeit, Moral, Freiheit und Disziplin in der türkischen Nation zu kämpfen und allen Bewegungen den Kampf anzusagen, die die türkische Einheit bedrohten. Als gemeinsames Band aller Türken sahen sie eine gemeinsame Geschichte, eine Heimat, eine Sprache, eine Kultur, eine Rasse und die heiligen Werte.

Der 1964 erfolgte Zusammenschluß zur "Vereinigung der Nationalisten der Türkei" gründete Niederlassungen in vielen Städten. Zunächst hatte man ein zwiespältiges Verhältnis zum Islam. Der Islam sei eine rivalisierende Ideologie und seinem Wesen nach nicht nationalisierend oder pantürkistisch, so die eine Seite. Die Gegner dieser Ansicht dagegen betonten den emotionalen Einfluß des Islam auf die Massen

Flügel, die "Grauen Wölfe" (Der graue Wolf ist das Symbol der Pantürkisten). Ende der 70er Jahre hatte die MHP ein Netz von 1500 Organisationen an den Universitäten mit ca. 100 000 Mitgliedern.

DER "CLUB DER INTERLEKTUELLEN", DIE "VÄTER" DER TÜRKISCH-ISLAMISCHEN SYNTHESE

Die MHP hatte wiederum enge Verbindungen zu den 1970 von nationalistischen Intellektuellen gegründeten "Clubs der Intellektuellen" (Aydin Ocakları, AO), die die "Theorie" der TIS mit ihrem pantürkistischen Nationalismuskonzept ausarbeitete und vorantrieb. Die AO kritisierten die - relativ demokratische - Verfassung von 1961, die das Aufkommen von politischen Kräften ermöglichte, die die bestehende Ordnung in Frage stellten, wie "kommunistische, separatistische und gewerkschaftliche Organisationen". Die AO hatten sich das Ziel des Schutzes und der Aufrechterhaltung der nationalen Werte gesetzt, die man aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen Ende der 60er Jahre, besonders durch die Entstehung linker Bewegungen und Strömungen und gesellschaftlicher Unruhen, gefährdet sah.

Das ideale Gesellschaftsbild der AO war - im Gegensatz zur damal-



Anfang Seite 8

lich bewiesen, und zieht daraus die Konsequenz, daß die Regierung nicht gegen das Militär vorgehen dürfe. Das Volk habe die Befehle der Herrschenden zu akzeptieren und zu befolgen und könne weder Autorität noch Rechtsordnung in Frage stellen. Das Volk sei eine Solidargemeinschaft, in der es keine sozialen Unterschiede oder Klassen gebe. Demokratie sei nicht Ziel weder in Hinblick auf das Individuum noch in Hinblick auf den Staat.

Unter einer Trennung von Staat und Religion sieht die TIS, anders als die Kemalisten, lediglich eine institutionelle Trennung der Aufgaben des Staates und der Religion. Der Staat sei jedoch verpflichtet, die religiösen Werte und Traditionen durchzusetzen. Die Scharia, das islamische Religionsgesetz, wird als geeignetes Rechtssystem angesehen, als objektive Grundlage für das Zivilrecht, aber auch anderes Recht sollte der Scharia entsprechen.

Die Kräfte, die Nation und Staat gefährden, seien diejenigen, die die nationale Einheit und nationale Kultur mißachteten, d.h., sich von Sprache, Religion und Staatsauffassung entfernten. So wird zu den inneren Feinden gerechnet, wer den Westen imitiert, wer Religion als rückständig ansieht, wer den Staat teilen will, wer Verfassung, Staat, Demokratie schlecht macht und somit gegen das Volk sei, d.h. religiöse und politische Fanatiker. Als religiöser Fanatiker gilt, wer die Trennung von Staat und Religion aufheben und anderen den Islam aufzwingen will. Politische Fanatiker seien diejenigen, die die bestehende Ordnung mit Gewalt stützen wollen, also Kommunisten und Sozialisten. Der größte Feind des nationalen Bewußtseins sei der Internationale Kommunismus. Innere Feinde müssten verboten und unterdrückt werden. Weitere Maßnahmen zum Schutze des Staates und der nationalen Kultur seien die Verstaatlichung des gesamten Bildungssektors, des Rundfunks und Fernsehens und die Säuberung dieser von inneren Feinden, sowie ein Verbot der kritischen Presse. Des Weiteren hätten die öffentlichen Anstalten die Aufgabe, Programme im Sinne der nationalen Kultur zu erstellen. Dazu sollten möglichst keine fremdsprachigen Sendungen verbreitet werden. Des Weiteren soll religiös-moralische Erziehung als Teil der nationalen Kultur verstärkt werden, d.h. Religionsunterricht, Moscheen, Korankurse erweitern.

ÖKONOMIE: STÄRKUNG DER TÜRKISCH-ISLAMISCHEN NATION DURCH EXPORTORIENTIERUNG

Ziel ist, die türkisch-islamische Nation wieder zu ihrer Stärke zurückzuführen. Dazu ist eine kulturell-religiöse Bewegung nötig, aber auch die Beseitigung der wirtschaftlichen Krise. An diesem Punkt gehen die AO ab von ihren hehren nationalistischen und religiös verbrämten Zielen und Wertvorstellungen, und

schließen sich in ihren Wirtschaftsvorstellungen Milton Friedman und dem IWF an. Das wirtschaftliche Konzept der AO entspricht im wesentlichen dem Konzept der monetaristischen Wirtschaftsvorstellungen, das 1980 eingeführt wurde. Insbesondere sind zu nennen eine beschleunigte Industrialisierung mit Hilfe ausländischen Kapitals, Wachstum und Produktionssteigerungen, Erweiterung des Exportsektors (u.a. Tourismus). Der Staat solle nicht eingreifen in Form von z.B. Subventionen, dies führe zu falschen Erwartungen bei den Menschen, zu Enttäuschung und zerstörerischem Verhalten. Beziehungen zur EG werden befürwortet, aber nur unter Beibehaltung der nationalen Kultur, d.h. auch Staat und Staatsform. Eine islamische Wirtschaftsgemeinschaft lehnt man nicht generell ab. Im Bereich der Tarif- und Lohnpolitik müssten die Gewerkschaften unpolitisch sein und mit Arbeitgebern und Staat zusammenarbeiten.

Die Einkommenspolitik dürfe nicht die wirtschaftliche Entwicklung verlangsamen. Die unteren Einkommensschichten sollen selbstständig aus eigener Initiative ihr Einkommen steigern. Dadurch gewöhnen sie an Lebensfreude und Aufrichtigkeit zurück. Dieses wirtschaftliche Konzept der AO wird nicht islamisch begründet oder hergeleitet. Die Religion hat lediglich die Aufgabe, den Menschen zur Genußsamkeit und Sparsamkeit zu bewegen.

Die Inhalte der TIS erscheinen etwas widersprüchlich und verworren, aber um Logik geht es ihren Erfindern und Verfechtern wohl auch nicht, sondern es geht, wie wir noch zeigen werden, darum, den ideologischen Hintergrund für bestimmte ökonomische und politische Interessen und Maßnahmen zu liefern.

Die TÜRKISCH-ISLAMISCHE SYNTHESE, DIE OFFIZIELLE IDEOLOGIE DER 80er JAHRE

Als 1980 das Militär die Macht übernahm, stellte es sich als Garant der inneren Ordnung dar, als Hüter der kemalistischen Prinzipien, insbesondere des Laizismus. Wie konnte sich nun die von den AO entwickelte Ideologie der TIS als herrschende Ideologie durchsetzen? Neben persönlichen Verbindungen der AO zu den Kreisen, die die neue vom IWF diktierte Wirtschaftspolitik befürworteten und zu deren Durchsetzung der Militärputsch notwendig wurde, erwies sich die Ideologie der TIS als geeignete Ideologie für die Militärs. Diese mußten legitimieren, daß sie als Retter der Nation auftraten und gleichzeitig große Bevölkerungsteile vom Begriff der Nation ausschlossen, daß die neue Regierung, die die Gewalt auf den Straßen vor dem Putsch beseitigen wollte, selbst massiv Gewalt ausübte, daß der Staat nicht durch demokratische Wahlen oder einen gesellschaftlichen Konsens getragen war, daß die Bevölkerung von jeglicher Partizipation ausgeschlossen war und

daß das neue Wirtschaftsmodell zur Verarmung der Massen, zur ökonomischen und sozialen Ausschließung großer Bevölkerungsteile führte. Dies alles konnte mit der Ideologie der TIS legitimiert werden. So ist die Definition der Nation geprägt durch den Begriff "nationale Kultur". Diese wiederum definiert alle diejenigen als Feinde, die sich von den tür-kisch-islamischen Kulturwerten entfernen: Kommunisten, politische Gewerkschaften, islamische Gruppierungen. Der Staat hat die Aufgabe, die von Inneren Feinden bedrohte kranke Nation zu retten, muß also Gewalt anwenden, um jene zu unterdrücken und vernichten. Die Machtübernahme der Militärs wird durch die Verherrlichung und die übergeordnete Stellung des Militärs legitimiert. Die bedingungslose Unterordnung unter die Befehle des von Gott gewollten Staates und seiner Führungselite wird als türkisch-islamische Tugend verkauft. Die individuellen materiellen Einbußen werden dem nationalen Ziel der Entwicklung untergeordnet. Der Islam hat innerhalb dieser Konzeption einerseits die Aufgabe, Herrschaft und Unterordnung als göttgewollt zu legitimieren, andererseits soll der Islam dazu beitragen den nationalen Konsens herzustellen und als Mittel dazu benutzt werden, islamische Kräfte zu kanalisieren und kontrollieren.

Die HERRSCHAFTSIDEOLOGIE DER TÜRKISCH-ISLAMISCHEN SYNTHESE IM STAATLICHEN HANDELN

Mitglieder der AO waren maßgeblich an der Ausarbeitung der Verfassung von 1982 beteiligt. U.a. läßt sich aus dieser eine veränderte Haltung des Staates zum Laizismusprinzip feststellen. Ein Beispiel: In Art. 42 wird zwar eine Erziehung und Unterricht im Sinne der kemalistischen Prinzipien festgelegt, andererseits besagt § 24, daß religiöse Kultur und Sittenlehre in den Grund- und Mittelschulanstalten zu den Pflichtfächern gehören und der Kontrolle des Staates unterstehen.

Daneben wirkten AO-Mitglieder wesentlich an der Erstellung des Kulturplans mit, dessen Grundaussagen deutliche Übereinstimmung mit der TIS aufweisen: So sind die Ziele der Kulturpolitik u.a. der Erhalt der Nationalen Einheit, der Schutz der nationalen Werte vor inneren und äußeren Feinden und der Kampf gegen nicht-nationale Ideologien. Grundlegendes Element der nationalen Kultur/Werte sei die Sprache. Die geistigen Werte beruhen auf religiösen, moralischen und ästhetischen Gefühlen. Diese vermitteln Werte wie Vaterlandsliebe, Disziplin und gegenseitige Achtung. Die Religion gebe der Gesellschaft alle Dynamik. Sie sei nicht nur Gewissensangelegenheit, sondern ordne das gesellschaftliche Leben. Glaube und Wissen stützen sich gegenseitig. Die türkische Kultur und der Islam hätten alle geprägt, vervollkommen und gleichgemacht, somit

gebe es auch keine ethnischen Probleme. Der Islam stelle die Quelle der Moral dar. Die Türken, die sich vom Islam entfernt hätten, hätten die nationalen Besonderheiten nicht geschützt. Die wichtigste gesellschaftliche Keimzelle sei die türkisch-islamische Familie, die Werte wie Aufrichtigkeit, Fleiß, Tapferkeit, Liebe zu Nation und Vaterland liefere.

Zur Hebung des kulturellen und geistigen Bewußtseins in diesem Sinne sind im Kulturplan die folgenden Maßnahmen enthalten:

- Die Jugend soll zu Vaterlandsliebe und zum Wunsch, die Nation zu erhöhen, erzogen werden. Sie soll aus dem türkischen Nationalismus Kraft schöpfen.

- Der Religionsunterricht an den Schulen soll ausgeweitet werden.

- Die Anzahl der religiösen Sendungen in Radio und Fernsehen sowie die religiöse Literatur solle gesteigert werden. "Alle Veröffentlichungen, die mit Gedanken an Aufruhr gegen den Glauben, die Nation, den Staat, den Privatbesitz sowie gegen Lehrer und Familien gefüllt sind, sind zu verbieten." (Kulturplan 1984)

- Weitere Moscheen sollen gebaut werden.

- In der Tat wurde der Islam in der staatlichen Kulturpolitik dann auch verstärkt. Der Kulturminister von 1983-87 Vehbi Dinçerler beruft sich offen auf die TIS und hat enge Verbindungen zu den AO. Der jetzige Kulturminister (Namik Kemal Zeybek) war nach dem Putsch als MHP-Führer des Mordes angeklagt und freigesprochen worden. Wie bereits erwähnt, wurden Moral- und Sittenlehre zu Pflichtfächern in den Grund- und Mittelschulen. Die Zahl der durch den Staat finanzierten Imam Hatip Schulen (religiösen Mittelschulen und Gymnasien) wurde auf 300 erweitert. Absolventen dieser Schulen haben das Recht, auf allen Fakultäten zu studieren. Die Zahl der **offiziellen Korankurse wurde von 2002 im Jahre 1979 auf 4691 im Jahre 1989** erhöht, wobei 90% der Mittel dafür in den Osten der Türkei flossen (Cumhuriyet, 23.1.90). Seit 1984 werden jährlich 1500 Moscheen gebaut. Die Zahl der vom Ministerium für Religiöse Angelegenheiten organisierten **Pilgerfahrten wurden von 30450 (1984) auf 285724 (1988)** erhöht. Trotz der allgemeinen Sparpolitik v.a. im öffentlichen Dienst wurde das **Personal des Ministeriums für Religiöse Angelegenheiten von 53582 (1983) auf 84712 (1988)** ausgeweitet. (Cumhuriyet, 23.1.89) Das Lehrpersonal muß nach den Inhalten der TIS - auch in den naturwissenschaftlichen Fächern - unterrichten, sonst wird es entlassen. Im TRT wird vermehrt Religionsunterricht erteilt, religiöse Botschaften werden auch in anderen Sendungen übermittelt.

Insgesamt ist das Ziel dieser Politik, wie im Kulturplan formuliert, eine

Weiter auf Seite 14

Nachrichten aus Cumhuriyet

15.9.90

- Die 30.000 Arbeiter im Steinkohlebergbau setzen ihre Arbeitsniederlegung fort. Den Arbeitern wurde deshalb der an diesem Tag fällige Monatslohn nicht ausgezahlt. Breite Vorkehrungen durch Sicherheitskräfte im Bereich der Gruben. Den Forderungen der Arbeiter auf einen Vorschub wegen des Schulbeginns (Schuluniform für Kinder) und wegen des nahenden Winters werde nach Staatsminister Cicek in keinem Falle nachgeben. Die Aktionen der Arbeiter seien gegen das Gesetz.

- Nach Untersuchungen der Bergbaugewerkschaft sind die Reallohne der Bergbauarbeiter von einem angenehmen Index 100 im Jahre 1982 auf 60 im Jahre 1988 gefallen.

16.9.90

- Özal beschuldigt Gewerkschaften, sie würden zuviel Lohnhöhung fordern und die Einrichtungen an den Rand der Schließung bringen (gemeint auf die in Tarifverhandlungen stehenden protestierenden Arbeiter im staatlichen Bergbau - TI)

- Staatsgerichtsgericht Ankara fordert die Aufhebung der Immunität der (kurdischen - TI) HEP-Abgeordneten Ahmet Türk und Mehmet Ali Eren. Sie sollen nach § 128 TSIGB (das Staatsgebiet eines fremden Staates verstoßen wollen oder die Einheit der Nation zerstören wollen) angeklagt werden, der die Todesstrafe vorsehe. Zuvor war bereits eine Untersuchung wegen Separatismuspropaganda eröffnet worden.

- 2 PKK'ler und ein Soldat bei Auseinandersetzungen in Simak/Dargecit getötet. Die Geschäftsleute, die vorgestern ihre Geschäfte in Dargecit geschlossen hatten, öffneten wieder.

- 30.000 Bergbauarbeiter kehrten an die Öfen zurück. Die Gewerkschaft wertete den Warnstreik als Erfolg.

- Die Türkei unterschrieb die Kinderrechtskonvention als 36. Land. Der Vertrag enthält u.a. das Verbot, Kinder vor Gericht zu stellen und zu inhaftieren, sowie das Rechts auf Erziehung in der Muttersprache.

17.9.90

- Türkei erhält von der EG 2 MRD Dollar Hilfe als Entschädigung für die Einbußen wegen der Golfkrise.

18.9.90

- Der Vertrag für verteidigungs- und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA SEDA wird um ein Jahr verlängert.

- 18.000 Taxifahrer in Istanbul für die Erhöhung der Gebühren in Ausstand

19.9.90

- Krisensignal: Außenhandelsdefizit im August 1 MRD Dollar

- Streik am Kralikiz Staudamm im GAP-Gebiet im 3. Monat.

- 151 Arbeiter in Lederfabrik in Topkapi/Istanbul wegen "Fabrikbesetzung" festgenommen: Die Arbeiter hatten nach Arbeitsstreik die Fabrik nicht verlassen, da sie befürchteten, am nächsten Tag entlassen zu werden.

20.9.90

- Mahnender Bericht des TÜSIAD (Arbeitgeberverband) über Erziehung in der Türkei. Kritik am Erziehungssystem: Die Schulbildung sei zu kurz, es werde zu wenig Geld für Bildung ausgegeben. Kritik auch an zunehmender religiöser Erziehung. Mit den Imam Hatip Schulen würden die nach der Revolution 1923 verbotenen religiösen Orden wiederbelebt, die Kontrolle für eine laizistische Erziehung werde dem Staat entzogen.

- Özal verteidigte die Imam Hatip Schulen (IHS): Sie seien ein Werk des Volkes. Die Orden hätten nichts mit den Schulen zu tun, diese würden von örtlichen Vereinen geführt. Die IHS seien wichtig für die Chancengleichheit, da sie mittellose Dorfkinder aufnehmen.

21.9.90

- Ärgerliche Reaktionen der Gewerkschaften auf Özals Reden der letzten Tage, die Gewerkschaften sollten bei den Tarifverhandlungen nicht zu hohe Lohnhöhungen fordern und die Arbeiter sollten noch 10 Jahre damit warten.

In unserer letzten Nummer hatten wir die Türkisierung Anatoliens unter der Osmanischen Herrschaft behandelt. In diesem Teil des Artikels werden wir uns unter demselben Fragestellung mit der kemalistischen Periode auseinandersetzen. Bei der Teilung und Zerstückelung der kurdischen Nation auf verschiedene Staatsgebiete hat der Gründungsprozeß der Türkischen Republik eine entscheidende Rolle gespielt. Das Thema Kurdistan ist ein aktuelles, dessen Hintergründe aber u.a. in der Geschichte der Türkischen Republik zu suchen sind. Die offizielle Ideologie verleugnet bis heute die Existenz der Kurden und versucht alle diesbezüglichen Diskussionen von der Tagesordnung zu drängen. Daher ist es nötig, Licht in das Dunkel der Geschichte zu bringen, denn geheimgehaltene Geschichte ist zugleich die Geschichte großer Verbrechen.

Die Entstehungsgeschichte der Türkischen Republik, betrachtet unter dem Aspekt des kurdischen Volkes, offenbart ein beschämendes Bild von Völkermord und Massenvernichtung. Das Schweigen der Menschen und Kräfte, die in der Beurteilung der Geschichte nicht die rassistischen Strukturen der kemalistischen Bewegung einbeziehen, darf durch nichts entschuldigt werden. Die offizielle Geschichtsschreibung bewertet die Phänomene durch ihren charakteristischen Schleier des Rassismus.

Das Bedürfnis nach Gegengeschichte ist groß und unbedingt notwendig zur Überwindung der offiziellen Ideologie.

Eine wichtige Rolle bei der Rechtfertigung der offiziellen Ideologie spielt das Abkommen von Lausanne (1923), das von bürgerlichen Politikern und Intellektuellen als Trumpf gegen die Kurden benutzt wird. Die Tatsache, daß in dieses Abkommen nichts über die nationalen, sozialen und kulturellen Rechte der Kurden steht, wird so ausgelegt, daß die Kurden solche Rechte nicht hätten. Die anti-kurdische Politik der Türkischen Republik wird damit gerechtfertigt.

Coskun Kirca, ein Kommentator der Zeitschrift Milliyet, beschreibt das so:

„...Bei Themen, die die nationale Einheit betreffen, kann es keine eigenständige Politik der Parteien geben. ...Es gibt in diesem Land auch die nationale Politik...Keiner Region oder Sichtweise dürfen besondere kulturelle oder sonstige Rechte zugestanden werden. In der Türkei existieren keine anderen Minderheiten und können keine anderen existieren als die, die im Abkommen von Lausanne namentlich erwähnt werden. In keiner Region kann es die Gründung eines feudalen oder unabhängigen Status geben. Meinungsfreiheit? Für solche verräterischen Forderungen darf es keine Propaganda geben. Organisationen mit solchen Zielen dürfen nicht gegründet werden.“

Die Meinung des Führers der sozialdemokratischen Volkspartei (SHP), Erdal İnönü, ist im wesentlichen dieselbe:

„Die Struktur der Türkischen Republik wurde nach dem Befreiungskrieg durch das Abkommen von Lausanne als die eines unitären, d.h. integrativen Staats bestimmt. Dies ändert sich höchstens durch einen Krieg.“

Um aufzudecken, daß das Abkommen kein gesicherter Trumpf in den Händen der Türkischen Republik ist, ist es nötig, die Entwicklungen zur Zeit der Verhandlungen in Lausanne genauer zu betrachten. An dieser Stelle die gesamte Akte zu dokumentieren wäre zu umfangreich. Auch reicht die Darstellung eines Teils der von der türkischen Delegation in Lausanne vertretenen Thesen, um die offizielle Ideologie zu zeigen.

Die Kurden selbst waren in Lausanne nicht vertreten. Zum einem, weil ihr Gesellschaftssystem auf Clanstrukturen beruhte und sie zu keiner nationalen Einheit gelangen konnten, zum anderen, und hauptsächlich, weil dies von den türkischen Verhandlungspartnern aber auch von den Franzosen und Engländern bewußt verhindert wurde.

Die Delegation der Türkischen Republik stellte sich unter diesen Bedingungen als Vertretung der Türken und Kurden dar. Obwohl kein

Kurde an der türkischen Delegation beteiligt war, hat die Delegation auch die Kurden in ihrer Abwesenheit vertreten und über sie entschieden. Dagegen konnten die Kurden keine Initiative ergreifen, um diesen Betrug bloßzustellen. Auch die anderen Länder, die an der Konferenz beteiligt waren, stellten sich nicht gegen diesen Betrug, obwohl er als solcher klar war. Denn die Parteien am Verhandlungstisch in Lausanne mußten gegenseitige Zugeständnisse machen. Die Engländer und die Franzosen, die in der Frage der Minderheiten die türkische These akzeptierten, bekamen dagegen Zugeständnisse von der Türkei und beendeten die Konferenz mit gegenseitigem Einverständnis der beteiligten Parteien. Die Kollaboration

men hat, war einer der wichtigen Fehler ihrer damaligen Politik. Selbst die Tatsache, daß die Türkei sich bei der Behandlung der Dardanellenfrage auf dieser Konferenz auf die Seite westlicher Kräfte und gegen die SU stellte, brachte die sowjetische Führung nicht zur Einsicht. Spätestens hier hätte sie ihre Betrachtung und Beurteilung der kemalistischen Bewegung hinterfragen müssen.

Die größten Bemühungen und Vorstöße der türkischen Delegation bei den Verhandlungen in Lausanne waren auf eine den Vorstellungen der Türkei entsprechende Lösung der Minderheitenfrage konzentriert. Der Widerstand der Türkei war nicht etwa gegen die Rechte der

Die Antwort eines englischen Diplomaten auf İnönüs Beschwerde gegen die spannungsgeladene Atmosphäre bei der Behandlung der Minderheitenfrage in Lausanne offenbart den doppelten Charakter der englischen Politik:

„İsmet Paschal! Jährelang haben wir vieles gesagt, vieles versprochen. In der ganzen Welt haben wir Verantwortung übernommen. Warum verstehst Du es nicht, wenn wir jetzt ein bißchen Krach machen, während wir all das aufgeben?“ (Erinnerungen İsmet, İnönü)

Die Franzosen waren hingegen von Anfang an gegen ein unabhängiges Kurdistan, wie es im Abkommen von Sevres vorgesehen war. Die Franzosen hatten gleich nach

hauptung basierte auf der These, daß die junge türkische Republik der gemeinsame Staat der Türken und Kurden sei, daß beide Nationen in diesem Staat herrschende und somit die Kurden keine Minderheit wären.

Weiter auf Seite 11

Nachrichten aus Cümhuriyet

- 22.9.90**
 - Die 151 Arbeiter der Lederfabrik in Topkapi, die wegen "Besetzung der Fabrik" festgenommen worden waren, sind entlassen worden.
 - Erhöhung der Außenschulden auf 42 MRD 801 Mio Dollar
- 23.9.90**
 - Erziehungsbericht der Arbeitervereinigung TÜSIAD stieß auf harte Kritik. Reaktionen der rechtsgerichteten Presse: Der Bericht sei aggressiv und antidemokratisch. Erziehungsminister Akyol: Der Bericht sei weder wissenschaftlich noch neutral. Mit religiöser Erziehung werde den islamischen Bedürfnissen der Menschen entgegengekommen. In Bezug auf die kritisierten Imam Hatip Schulen werde sich nichts ändern.
- 24.9.90**
 - Gegen 300 Personen, die am 13.8.90 in Agri aus Protest ihre Läden geschlossen hielten und die an der Beerdigung des PKK Militanten mit dem Codenamen Dr. Agit teilgenommen hatten, beginnt heute der Prozeß vor dem Staatssicherheitsgericht Erzincan. Von den 300 Angeklagten sind 80 inhaftiert.
 - Zusammenstoß zwischen einer Gruppe von 1.000 Personen und der Polizei bei einer illegalen Demo in Bakirköy/Istanbul. Nach den Transparenzen handelte es sich um eine Demonstration von Devrimci Sol gegen den Krieg. 86 Personen wurden festgenommen, davon 4 Journalisten. Nachdem ein Polizist durch einen Molotowcocktail getroffen worden war, wurden zwei Personen durch Polizeikugeln verletzt.
- 25.9.90**
 - Verfassungsgericht wies den Antrag der SHP auf Aufhebung der Ermächtigung an die Regierung zurück. Soldaten in andere Länder zu entsenden und fremde Truppen im Land zu stationieren.
 - Bei einer Operation in Kiragil/Bozova wurde auch das 12-jährige Mädchen Adile Coban verhaftet, teilte der Menschenrechtsverein Urfa mit. Der Gouverneur behauptete bei Adile Coban handele es sich um eine 20-25 jährige politische Starfäterin.
- 26.9.90**
 - Tarifverhandlungen im Textilbereich für 100.000 ArbeiterInnen ohne Einvernehmen beendet.
 - Gewerkschaftsdachverband Türk-İs entschied, eine "kampferiode" zu beginnen. Das Aktionsprogramm wird im Oktober bekanntgegeben.
- 27.9.90**
 - Der ehemalige stellvertretende MIT (Geheimdienst)-Staatssekretär Hiram Abas wurde gestern in Istanbul erschossen. Noch keine Bekenner.
 - Die Spannungen im E-Typ Gefängnis in Aydin sind noch gestiegen, als ein Spezialteam aus Diyarbakir kam, um die Ruhe wiederherzustellen. Die Vorstände des Menschenrechtsvereins und Anwälte meinten, wenn eine Verlegung nach Eskisehir vorgenommen würde, könnten daraus große Vorfälle entstehen.
 - Bei Auseinandersetzungen in Catak/Van wurde, 1 PKK'ler und ein Dorfwächter getötet, sowie ein Dorfwächter verletzt.
 - 75 Mio Dollar Hilfe aus dem persönlichen Besitz des Emirs von Kuwait an die Türkei.
 - Privatisierung der THY (Türk. Luftfahrtgesellschaft) wegen Börsenschwankungen verschoben.
- 28.9.90**
 - 25-29% Buchungsannullierungen im Tourismussektor in Istanbul
 - Zu den Attentat auf Hiram Abas hat sich Devrimci Sol bekannt.
- 29.9.90**
 - Banken erhöhten die Zinsen um 5 Punkte wegen Inflation.
 - 12 Personen in Bozova, Halfeti und Birecik wegen Unterstützung und Beherbergung der PKK gefaßt.
 - 40 Festnahmen in Siirt und Sirnak wegen Unterstützung und Beherbergung der PKK
- 30.9.90**
 - 28 Personen in Biflis und Hakkari wegen Unterstützung der PKK festgenommen.

TEIL 2 TÜRKISIERUNG ANATOLIENS



der Kemalisten mit den englischen und französischen Imperialisten auf der Konferenz in Lausanne hat sogar die sowjetische Delegation in Erstaunen versetzt, die eigentlich die Kemalisten wegen ihrer anti-imperialistischen Haltung unterstützten. Attribute, die der kemalistischen Bewegung nicht nur von der offiziellen Geschichtsschreibung, sondern auch von der Sowjetregierung zugebilligt wurden, wie, daß sie eine "anti-imperialistische Unabhängigkeitsbewegung sei", hatten noch lange Zeit danach ihre Wirkung, obwohl schon in Lausanne herauskam, daß dieselbe kemalistische Bewegung mit den Imperialisten kollaborierte.

Die sowjetische Politik Anfang der 20er Jahre verdient eine gesonderte Untersuchung. Die sowjetische Regierung betrachtete die kemalistische Bewegung als ein Hindernis vor der Expansion des englischen Imperialismus und unterstützte diese, indem sie ihre anti-imperialistische Eigenschaft betonte. Der Kampf in Süd-Kurdistan gegen die imperialistische englische Herrschaft wurde als Widerstand der kemalistischen Bewegung betrachtet und deren kurdischer Charakter übersehen. Die Tatsache, daß die UdSSR die kurdischen Aufstände sowohl gegen die Engländer als auch später gegen die kemalistische Bewegung nicht zur Kenntnis genom-

anti-muslimischen Minderheiten gerichtet, die Regierung in Ankara hatte keine Einwände gegen soziale und kulturelle Rechte anti-muslimischer Minderheiten. Die Bemühungen der Türkei richteten sich hauptsächlich dagegen, im Abkommen von Lausanne den muslimischen aber nicht-türkischen Minderheiten, wie den Kurden, Tscherkessen, Lasen usw. Minderheitenrechte zu gewähren. Die Türkei pochte am meisten auf diese Frage und bekam die größten Konzessionen.

Es ist bekannt, daß die englische Politik in der Zeit zwischen Sevres (1920) und Lausanne (1923) darauf zielt, in Süd-Kurdistan einen kurdischen und in Ostanatolien einen armenischen Staat zu schaffen. Bei den Verhandlungen in Lausanne gaben die Engländer diese Politik auf und verständigten sich nach kleinen Streitigkeiten mit den kemalistischen Machthabern. Die türkische Delegation, die sich bemühte, die Festschreibung von nationalen, sozialen und kulturellen Rechten im Abkommen von Lausanne zu verhindern, führte hingegen in der Frage von Kirkuk und Musul (Süd-Kurdistan) keine hartnäckigen Verhandlungen. Die Spuren des Kuhhandels mit dem Imperialismus sind auch hier zu erkennen.

dem Kongreß von Sivas mit den Kemalisten Verbindung aufgenommen.

Es ist leicht möglich, folgende Schlußfolgerung daraus zu ziehen: Das Abkommen von Lausanne ist ein Produkt der Kollaboration der kemalistischen Regierung mit dem französischen und englischen Imperialismus. Diese Schlußfolgerung hingegen reicht aus, um einen Eindruck vom "Antimperialismus" der kemalistischen Bewegung zu bekommen.

Es gibt einen zweiten Punkt, der für unser Thema von größerem Interesse ist. Das Abkommen von Lausanne besteht nicht nur aus Paragrafen, die infolge von geheimen und offenen Verhandlungen aufgestellt wurden. Auch die Thesen, die während der Verhandlungen vertreten wurden, machen einen wichtigen Punkt aus. Bei näherer Beschäftigung mit diesen Thesen wird sich herausstellen, daß dieses Abkommen eigentlich kein Trumpf in der Hand der Türkei ist, dies wird sogar ermöglichen, den Betrug der türkischen Republik in Lausanne zu dechiffrieren.

Eine der Behauptungen der türkischen Delegation unter Führung von I. İnönü war, daß die Delegation sowohl die Türken als auch die Kurden repräsentiere. Diese Be-

Dies ist ein wichtiger Punkt bei der Beurteilung des Lausanne - Abkommens.

Diese Thesen der Türkei im Prozeß der Verhandlungen müssen gemeinsam mit der Haltung des Kemalismus zur kurdischen Frage bewertet werden. Die Haltung des Kemalismus zu dieser Frage hatte zwei Etappen. Die erste Etappe zeigt sich in den Gründungsjahren der Türkischen Republik, als der Kemalismus gezwungen war, seine rassistischen und Annexionsziele geheim zu halten. Zu dieser Zeit wurden die Türken und Kurden als Brüdernationen mit gleichen Rechten bewertet. Es gibt wichtige historische Gründe, die die kemalistische Bewegung zu einer vorübergehenden betrügerischen Haltung gezwungen haben. Die erste Etappe wurde nach der Ratifizierung des Abkommens von Lausanne beendet und die Kemalisten kehrten zu ihrem Wesen zurück.

Diese Zeit, in der der Kemalismus seine rassistischen Ziele geheim zu halten gezwungen war, hat eine enorme Bedeutung für die Schicksalsbestimmung der Kurden. Denn das Leiden der Kurden in den letzten 70 Jahren, die schweren Belastungen, die die Teilung Kurdistans und der Kurden mit sich brachten, sind natürlich Folgen der Regelungen der Zeit von Sevres bis Lausanne.

Die Politik einflußreicher herrschender Kräfte in der Region, die kurdische Bewegung für ihre Ziele und Interessen auszunutzen, ist keineswegs nur eine Erscheinung unserer Tage; diese Politik hat tiefe historische Wurzeln. Die Herrschenden in der Region haben immer schon große Versprechungen an Kurden gemacht, als sie in Not waren, aber diese Versprechen richteten sich später immer wieder gegen Kurden.

Sowohl in den letzten Jahren der Osmanischen Herrschaft als auch in den Gründungsjahren der Türkischen Republik wurde viel von "Türkisch-kurdischer Brüderschaft" gesprochen und den Kurden viele Versprechungen gemacht. Die Paschas Damat Ferit und Ali Reza haben den Kurden die totale Autonomie unter Osmanischem Schutz versprochen. Auch Mustafa Kemal schrieb nach dem Kongreß in Erzurum unzählige Briefe an die Stammesführer und Agas der Kurden, lud sie als Delegierte zu diesen Kongressen ein und versprach, daß die Rechte der Kurden garantiert werden würden.

In der Zeit der Gründungsjahre der Türkischen Republik definierten die Kemalisten das Vaterland als das Territorium, auf dem Kurden und Türken lebten. Diese Definition, die während der Kongresse galt, wurde von Atatürk bei der Eröffnung der "großen Türkischen Nationalversammlung" wiederholt.

In dieser Eröffnungsrede erklärte M.Kemal: "Wir bestätigen, daß wir die nationalen Rechte, die Traditionen und Regionen aller islamischen Elemente, die in den Grenzen des Vaterlandes leben, anerkennen..."

Eigentlich war die kemalistische Definition des Vaterlandes auch am Anfang nicht klar. Schon 1919 sagte M.Kemal: "...für den Staat haben wir nationale Grenzen angenommen... Die Regionen, in denen kurdische und türkische Elemente leben, bilden die Grenzen unseres Vaterlandes," und erklärte somit, daß die nationalen Grenzen der Türkei auch kurdisches Land beinhalten würden. Dies bedeutete damals, daß auch Irak-Kurdistan der Türkei gehören sollte.

Wie bekannt, sah das Abkommen von Sevres (1920) die Gründung eines autonomen kurdischen Staates in Süd-Kurdistan vor. Dies bedeutete zugleich, daß Kurdistan in einen Nord- und Südteil zerstückelt werden sollte. Dieses Sevres-Abkommen, das auch die Gründung eines Armenien beinhaltete, das auch nördliche Städte Kurdistans umfassen sollte, bekam nicht, entgegen den Annahmen, die große Unterstützung der Kurden. Nur mit Engländern kooperierende Kurden waren es, die dieses Abkommen unterstützten. Der englische Imperialismus zwang mit seinem Vorhaben, in Ostanatolien einen armenischen Staat zu gründen, die nördlichen



chen Kurden zur Zusammenarbeit mit Atatürk und die südlichen Kurden zu einem Aufstand gegen sich selbst, die ein unabhängiges und ungeeignetes Kurdistan wollten. Diese englische Politik, die auf die Teilung Kurdistans zielte, führte dazu, daß die Kurden die Kemalisten unterstützten. Denn die Kurden akzeptierten und wollten keine Teilung Kurdistans, wie es in Sevres beschlossen wurde. Im Jahre 1919, als die Friedenskonferenz tagte, schrieb der Senator Seyit Abdul, zugleich Vorsitzender des Zentralkomitees der kurdischen Liga, folgende Zeilen in einem Brief an das Friedenskomitee:

"Das Gerücht, Kurdistan solle in zwei Regionen, in eine Nord- und eine Südregion, geteilt werden, will nicht verstummen. Ich möchte die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz darauf lenken, daß eine solche Teilung Kurdistans die Situation im Nahen Osten nicht sichern wird. In den von der Osmanischen Herrschaft nicht kontrollierten Gebieten haben die Kurden ihre Waffen nicht gegen die Entente-Staaten gerichtet, sie haben auch die Armenier in diesen Gebieten geschützt. Nun erwarten wir von der Gerechtigkeit der Konferenz die Anerkennung eines nicht geteilten Kurdistans.

In der Realität wird der Wille, die ethnische Struktur in den Grenzen Kurdistans, die wir Ihnen mit Ehre überreichten, zu teilen und diese Teile unter das Mandat verschiedener Kräfte zu stellen, diese Teile in eine ungewisse, aber sicherlich schwarze Zukunft stützen." (2. Oktober 1919) (**)

Aus diesem Brief geht auch unmißverständlich hervor, warum die Kurden gegen die englische Politik der Teilung Kurdistans waren. Mustafa Kemal, der verstanden hatte, daß die Teilung Kurdistans niemals von der Mehrheit der Kurden gebilligt werden würde, appellierte an die Gefühle der Kurden und definierte die Grenzen des Staates als die Grenzen des Landes, in dem Türken und Kurden lebten, aber er hat nie von klaren Grenzen gesprochen. Diese Grenzen wurden später erst in Lausanne festgelegt, ohne daß Kurden dabei ein Mitspracherecht hatten.

Einwände, wonach die kemalistische Herrschaft unter dem Druck der Engländer auf Südkurdistan verzichten mußte, entsprechen auch nicht der vollen Wahrheit. Denn Mustafa Kemals sagte in einer geheimen Sitzung der Großen Türkischen Nationalversammlung schon bevor die Verhandlungen in Lausanne eingeleitet wurden, folgendes:

"Welche sind unsere nationalen Grenzen? Ist es notwendig, daß die Gebiete der Kurden, die das Schicksal der Türken geteilt haben, auch in unseren nationalen Grenzen liegen? Nein, das wäre zuviel." 1921, Protokolle des Türkischen Parlaments)

Das bedeutet, daß die nationalen Grenzen der Türkei - entgegen den Annahmen - von Anfang an in den Vorstellungen der Kemalisten Süd-Kurdistan nicht umfassen sollten. Die aufständische Tradition Süd-Kurdistans muß den Kemalisten wohl Angst eingejagt haben. So haben die Kemalisten Süd-Kurdistan ohne große Proteste den Engländern überlassen.

Für die kemalistische Bewegung war es wichtig, die Kurden aus Nord-Kurdistan solange zu beschwichtigen und Unruhen unter ihnen zu

vermeiden, solange eine Übereinkunft mit großen Staaten nicht getroffen wurde.

Schließlich hat die kemalistische Bewegung, die den Kurden viel versprach, um sie ruhig zu halten, in Lausanne eine erfolgreiche Diplomatie an den Tag gelegt, um die Kurden ins Abseits zu drängen. Mit anderen Worten: die Kemalisten teilten mit englischen und französischen Imperialisten Kurdistans unter sich auf und stürzten die Kurden "in eine ungewisse, aber sicherlich schwarze Zukunft."

In dieser Periode, in der die Kurden an der Stange gehalten werden sollten, verzichtete die kemalistische Bewegung darauf, ihre rassistisch-türkische Identität als ideologische Haltung an den Tag zu legen. Auf der Ebene der Propaganda wurde die Einheit des islamischen Volkes zur Parole gemacht. Es sollte der Anschein geweckt werden, daß die Einheit der kemalistischen Bewegung mit muslimischen Völkern ein Bündnis islamischer Völker angestrebt sei. Der Begriff der "Nation" wird zu dieser Zeit für alle, die eine gemeinsame Religion haben, benutzt.



Die Tatsache, daß in Lausanne Lord Cürzon die Minderheitenfrage auch anhand der Unterscheidung: christliche und islamische Völker diskutierte, hat die Politik der Türkei erleichtert. So schaffte es die türkische Delegation, den Begriff "ethnische" Minderheiten aus dem Abkommen zu streichen.

In der Minderheitenkommission erklärte Dr. Rıza Nur, Vertreter der Türkei, es gäbe in der Türkei nur Türken und Kurden, das Schicksal der Kurden sei mit dem der Türken gleich, die Kurden wollten gar keine Minderheitenrechte in Anspruch nehmen, dies bräuchten sie auch nicht. Es ist interessant, daß sich bei diesen Verhandlungen die türkische Delegation enorme Mühe gab, den Begriff "ethnische Minderheiten" aus dem Abkommen streichen zu lassen. Der Grund dafür offenbarte sich später auf brutale Weise. Das Thema waren wieder die Kurden. Daß die Bemühungen, dieses Wort zu streichen, direkt mit dem Ziel der Türkisierung Anatoliens zu tun hatten, wurde durch die Massenvernichtungen an Kurden, die zwei Jahre nach

diesem Abkommen einsetzen, erwiesen.

Die türkischen Chauvinisten, die sich wehren, die Existenz der Kurden anzuerkennen, zeigen als Begründung ihrer Aussage, in der Türkei gäbe es nur Türken, das Abkommen von Lausanne und fügen hinzu, in diesem Abkommen sei von "ethnischen Minderheiten" nicht die Rede. Dabei ist auch dies nicht schlüssig. Es stimmt, daß in diesem Abkommen dieser Begriff nicht auftaucht. Aber die These, daß dies die Nicht-Existenz der Kurden bedeute, ist falsch und Produkt eines Betruges.

Denn mit der Logik der türkischen Delegation in Lausanne gedacht, bedeutete die These, es gäbe in der Türkei keine "ethnischen Minderheiten", nicht, daß die Existenz der Kurden nicht anerkannt wurde. Diese These wurde damals auf die Annahme gestützt, daß die Kurden genauso wie die Türken nationale Rechte hatten, d.h. keine Minderheiten waren und somit Minderheitenrechte nicht in Anspruch zu nehmen bräuchten.

İsmet İnönü, Chefverhandlungsführer der Türkei, sagte zu diesem Thema nach Verlesung des Schlußdokumentes:

"Die Beschränkung der Bedeutung des Begriffes Minderheit wird von den anderen Parteien als große Konzession an die Türkei dargestellt. Wir sehen das nicht so. Es gibt in der Türkei keine muslimische Minderheit; denn begrifflich aber auch praktisch machen wir keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Elementen der muslimischen Bevölkerung... İsmet Pascha glaubt fest daran, daß die Zukunft die Berechtigung dieser Hoffnung zeigen wird." (Januar 1923) (**)

Wie wir auch aus dem Zitat ersehen können, wurde von der türkischen Delegation im Prozeß des Lausanne - Abkommens immer wieder betont, daß Türken, Kurden und alle muslimischen Nationalität

gliche Besatzung. Die einzige Kraft, die ein Vordringen der Engländer bis zum Schwarzen Meer verhinderte, war dieser kurdische Widerstand. Dieser Widerstand im Süden Kurdistans gab auch Mustafa Kemal die Möglichkeit, anstelle Westanatoliens von Ostanatolien aus den Befreiungskrieg gegen die Besatzer zu organisieren.

Am meisten Angst hatten zu diesem Zeitpunkt die Kemalisten davor, daß die Kurden aus dem Norden (Türkei-Kurdistan) sich dem Widerstand der Kurden aus dem Süden anschließen und für ein unabhängiges Kurdistan kämpfen könnten. Um eine solche Entwicklung zu verhindern, nutzten die Kemalisten das Vorhaben der Engländer, in Nord-Kurdistan einen armenischen Staat zu gründen für sich aus und versprachen den Kurden zugleich Autonomie. Die Kurden sollten befriedigt werden. In dieser Zeit wandten sich kurdische Stammesführer an die Kemalisten und forderten sie auf, ihr Versprechen einzulösen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Der gemeinsame Aufruf von kurdischen Stammesführern aus Diyarbakir, Van, Bitlis, Mardin usw. an die türkische Nationalversammlung ist ein konkretes Beispiel dafür. In diesem Aufruf vom 25. November 1921 fordern die Kurden:

"Die Anerkennung eines autonomen kurdischen Staates in den von Kurden bewohnten Gebieten durch die kemalistische Bewegung.

- Die Bestimmung der Grenzen durch die Kurden selbst.
- Abzug der türkischen Gendarmerie und Staatsbediensteten aus diesen Gebieten.
- Die Türkei muß sich bei der Organisation eines autonomen Kurdistans heraushalten.
- Zurückstufung aller einkassierten militärischen Abgaben durch die Regierung in Ankara an die Kurden.
- Entlassung aller in der Armee

dienenden Kurden..." (**)

Auch einflußreiche Kurden in Istanbul bildeten zur selben Zeit eine Delegation, die in Ankara mit M. Kemal verhandelte. Bei diesem Treffen versprach M. Kemal selbst die Autonomie für die Kurden. Zur selben Zeit wurde der Autonomieplan für Kurden diskutiert und seine Kriterien bestimmt. Die kemalistische Regierung legte den Status des autonomen Kurdistans wie folgt fest:

"Die Regierung Kurdistans soll von der türkischen Nationalversammlung vorgeschlagen, auf Wunsch der Regierung in Ankara von kurdischen Gesandten gewählt werden. Die Regierung der autonomen Verwaltung soll für 5 Jahre gewählt werden und ihr Sitz eine der kurdischen Städte sein. Die Erneuerung dieses Status oder die Unabhängigkeit des kurdischen Volkes soll durch ein Referendum erfolgen. Ein kurdischer Rat aus 12 Mitgliedern soll gebildet werden. Die Staatsbe-

ten die gleichen Rechte haben sollten, daß zwischen ihnen kein Unterschied gemacht werden sollte, und das sogar die Zukunft dies beweisen werde.

Was die Zukunft gezeigt hat, ist der auch heute anhaltende Staatsterror in Kurdistans. Es ist nützlich, auch die "Autonomieversprechen" der kemalistischen Bewegung an Kurden zu erwähnen, die die Parole "die Türkei gehört den Türken" mit der Parole "alle, die in der Türkei leben, müssen Türken sein" verband.

Im Jahre 1921, als die Parole "Einheit des muslimischen Volkes", "Brüderlichkeit der Türken und Kurden" hochaktuell waren, wurden auch Diskussionen über eine Autonomie für die Kurden in den Grenzen der Türkischen Republik geführt. Heute weiß jeder, daß dies ein Manöver der Kemalisten war, um ein wirklich autonomes Kurdistan zu verhindern.

In Süd-Kurdistan (Irak-Kurdistan) organisierten die Kurden einen Aufstand mit dem Ziel eines unabhängigen Kurdistans gegen die en-

Mit Hinweisen auf viele Städte und Kommunen, die sich weigern weitere Flüchtlinge aufzunehmen und auf die großen sozialen Spannungen, die der weitere 'Zustrom' von Asylsuchenden in Deutschland hervorgerufen, wurde in den letzten Monaten die Diskussion um die weitere Einschränkung des Asylrechtes geführt.

Die Diskussion ist nichts neues. Sie flammt immer dann auf, wenn die Politik in diesem Lande wieder einmal zu sozialen Misere (Massenarbeitslosigkeit und heute vor allem die Wohnungsnot) führt und die dafür Verantwortlichen Schuldge suchen. Auch die Interessen der Wirtschaft spielen in dieser Diskussion eine entscheidende Rolle.

Die veränderten Ost-West-Beziehungen erwecken bei vielen Menschen die Illusion an dem Reichtum in Westeuropa teilhaben. Kurze Zeit waren die Grenzen nach Osteuropa hin geöffnet. Inzwischen wurde erneut die 'Mauer' zwischen Ost- und Westeuropa für die ungeliebten Gäste aufgebaut. Wie für die meisten anderen Länder wurde Visabestimmungen eingeführt und die Grenzkontrollen verschärft. Ab-

NEUE TENDENZEN IN DER ASYLDISKUSSION

schiebungen sind an der Tagesordnung.

Einwandern sollen aus diesem Teil der Welt nur noch diejenigen, die die richtige Ideologie vorweisen können. Der Nachweis des Deutschtums (z.B. mit Hilfe eines SS- oder Wehrmachtsausweises in der Familie) bringt alle Privilegien der Herrenrasse. Diese Ideologie hat in Deutschland eine lange Tradition.

Die Frage in der derzeitigen Asylrechtsdiskussion ist, wie man am besten verhindern kann, daß die unerwünschten Einwanderer und Flüchtlinge deutschen Boden betreten.

Über alle Parteigrenzen hinweg, wird der Grundgesetz Artikel 16.2 zur

Diskussion gestellt. Kanzlerkandidat Lafontaine hatte vorgeschlagen, den Artikel, in dem es heißt 'Politisch Verfolgte genießen Asyl' durch einen Zusatz außer Kraft zu setzen. Der Bundestag soll ermächtigt werden, mit Zustimmung des Bundesrates festzulegen, in welchen Staaten der Erde "nach allgemeiner Auffassung Demokratie herrscht". Menschen aus diesen Staaten sollen keinen Asylantrag mehr in Deutschland stellen dürfen.

Genannt werden jetzt schon verschiedenste Staaten. Z.B. Polen, Jugoslawien, Sri Lanka oder die Türkei. Betrachtet man z.B. die guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der BRD zu Türkei, die

anererkennenden Worte die bundesdeutsche Politiker immer wieder für die "Demokratisierungsschritte" dort finden, so kann man sich leicht vorstellen daß auch Länder mit den schwersten Menschenrechtsverletzungen zu "demokratischen" Ländern erklärt werden. Man könnte mit dieser Änderung, so auch der baden-württembergische Ministerpräsident Späth siebzig Prozent der Flüchtlinge schon an der Großdeutschen Grenze zurückschicken und sie so gar nicht mehr ins Land lassen. Dieser Vorschlag von Lafontaine ist zwar zunächst einmal nicht

griffen. Es bietet für einige wenige einen - wenn auch minimalen - Schutz vor Verfolgung durch der Heimatstaat und ist zugleich die einzige Möglichkeit für einige Menschen den Kriegs- und Krisengebieten der Erde kurzzeitig zu entfliehen.

Inzwischen wird die Tatsache von der CDU bis hin zu den Grüner aufgegriffen und in ihre Überlegungen zur 'Flüchtlingsproblematik' eingebaut. Die Erkenntnis, daß Großdeutschland ein Einwanderungsland ist, hat sich zwar bislang in dem Nationalismustaumel der letzten Monate noch nicht vollständig durchsetzen können, wird aber

langsam auch als eine hoffähige Änderung angesehen, und beliebt nicht nur von den Grüner vertreten. Interessant ist aber, daß Überlegungen zum Einwanderungsland Deutschland immer im direkten Zusammenhang mit der Verschärfung oder Abschaffung des Asylrechtes gesehen werden. Diskutiert wird die quatierte Aufnahme von Einwanderern, um die 'un-



auf die breite Zustimmung der SPD-regierten Bundesländer gestoßen, aber er hat schon jetzt dazu geführt, daß 'kleinere' Asylrechtsverschärfungen in Gang gesetzt werden. Dies stößt in der Bevölkerung auf große Befürwortung. Lafontains Ziel war und ist es ja auch, gerade in Zeiten des Wahlkampfes, das Asylrecht dahingehend zu gestalten, 'daß die Bevölkerung es auch akzeptiert'.

Der Vorstoß hat unter anderem auch dazu geführt, daß der rassistische Umgang mit Immigrantinnen von allen Seiten her stark zunimmt. So formieren sich allorts Bürgerwehren, die sich gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrer Nachbarschaft wenden. Kaum ein Tag vergeht ohne einen Artikel in der Lokalzeitungen, der den Zustrom neuer Flüchtlinge beklagt. Die Städte und Kommunen sind nicht willens sich den eigenen Bürgern entgegen zu stellen, weil sie endlich die Schuldigen für die Wohnungsmisere vor Ort gefunden haben. Im Saarland und NRW wird die Sozialhilfe statt bar nun auch in 'Naturalien' ausgegeben. NRW will die Asylsuchenden in Zukunft wieder in Lager stecken anstatt wie bisher in Wohnungen unterzubringen. Bewußt werden Flüchtlinge so zusammengepfercht, damit die Bevölkerung den Eindruck bekommt, daß 'wir von den Flüchtlingen der Welt überrollt werden.'

Die jahrelangen Diskussionen um das Asylrecht, die Einführung des Asylverfahrensgesetzes und seine ständigen Änderungen haben, das merken auch die Verantwortlichen, nicht dazu geführt 'die Flut von Flüchtlingen einzudämmen'. Zum 15. Oktober setzte der Bundesrat vorzeitig den Teil des neuen Ausländergesetzes in Kraft; der sich auf einige Paragraphen im Asylverfahrensgesetz zieht und u.a. eine Beschleunigung des Asylverfahrens bewirkt und damit die schnellere Abschiebung von Flüchtlingen zur Folge hat. Bewußt wird den Verantwortlichen aber auch jetzt schon sein, daß dies nichts daran ändern wird, daß weiterhin viele Menschen in Deutschland einen Asylantrag stellen werden. Bewirken wird diese Änderung wiederum lediglich, daß die betroffenen Flüchtlinge immer weiter ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden.

Daß das Asylverfahren für die Antragsteller zwei Funktionen erfüllt, haben inzwischen alle Politiker be-

gesteuerte Armutswanderung' (Dieter Spöri, SPD-Fraktionsvorsitzender im baden-württembergischen Landtag/FR 20.10.90) unter Kontrolle zu bekommen. Die Quotierung müsse natürlich sozialverträglich für die deutsche Bevölkerung gestaltet werden. Konsequenz würde sein, daß ein gut geschürter Rassismus, eine niedrige Einwandererquote zur Folge hätte.

Ziel dieser Überlegungen ist aber sicherlich auch, besser auswählen zu können, wer geeignet ist, in Deutschland zu leben und wer diese 'Qualität' nicht hat. Beispielsweise sind hier die Kriterien, die die Wirtschaft festlegt für ihren Arbeitskräftebedarf von entscheidender Bedeutung. Auch das neue Ausländergesetz, das zum 1.1.91 in Kraft treten wird, spricht eine deutliche Sprache, wer im Sinne Großdeutschlands ein 'guter' und wer ein 'schlechter' Ausländer ist. Von 'guten' Ausländern könne Deutschland und die Deutschen auch profitieren. Flüchtlinge im Sinne des jetzigen Asylrechtes und der Genfer Konvention können nicht so effektiv nach politischer Gesinnung und Leistungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt überprüft werden. Vorbild für diese Art Einwanderungspolitik steht die USA.

Die Asylrechtsdebatte hat noch einen weiteren Aspekt, der im Zusammenhang mit dem 'Europäischen Haus' gesehen werden muß. Ziel der Überlegungen mit den Nachbarstaaten muß für Deutschland sein, daß die Grenzen um ganz Europa für Flüchtlinge dicht gemacht werden. Bis heute sind schon einige Nachbarstaaten auf die Forderungen eingegangen. Gerade die ehemaligen Ostblockstaaten gehen bereitwillig diese Abschottungspolitik nach außen mit, denn sie wollen möglichst schnell Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft werden. Dies kommt der rassistischen Politik Deutschlands sehr entgegen.

Die gesamte Politik, sei sie offen rassistisch oder scheinbar ausländerfreundlich findet einen breiten Konsens in der 'demokratischen' Öffentlichkeit. Der Widerstand gegen diese Politik ist minimal, vielleicht lähmt der Siegeszug der Rechten, vielleicht lähmt die eigene Ratlosigkeit mit den Folgen der Ausbeutung der Menschen in der südlichen Erdhalbkugel konfrontiert zu sein. Erhaltung ist dem alltäglichen möglichen praktischen Widerstand allerdings sicherlich nicht förderlich.

Reichstagswahlen - Ohne uns! Keine Stimme für Deutschland!

"Die Wahl des 2. Dezember ist keine wie jede andere. Schon ihre Festsetzung als Reichstagswahl war ein Bestandteil der ökonomischen und diplomatischen Blitzkrieg-Strategie für den Griff zur Weltmacht. Mit ihrer Durchführung soll und wird die Bevölkerung die Auslieferung der DDR an Alt-Nazis, Spätgeburtler, NATO-Stäbe und die Deutsche Bank nachträglich legitimieren."

Das Wiedererleben der souveränen Großmacht Deutschland markiert für andere Länder und die Linke in Ost und West keine Chance, sondern eine Drohung, die zur Katastrophe werden kann. Zentrale Elemente des deutschen Imperialismus, die zu zwei Weltkriegen geführt haben, erleben derzeit ihre Wiedergeburt: Ein neudeutscher Nationalstolz, der sich aus Überheblichkeit, Rassismus und Intoleranz speist; die Verhöhung der Opfer vergangener deutscher Großmachtspolitik, deren Forderung nach Entschädigungen beiseite gewischt wird; die neuen militärischen und politischen Weltmachtambitionen, wie sie aktuell im Kontext der Golfkrise zum Ausdruck kommen.

Hiergegen hat sich in den letzten Monaten keine nennenswerte parlamentarische oder außerparlamentarische Opposition entwickelt.

Unser Unvermögen, in die aktuellen Entwicklungen wirkungsvoller einzugreifen hat objektive Ursachen: Selbst der Unterprivilegierte ist hier und heute Bürger einer Nation, die gegenüber dem Warschauer-Pakt und gegenüber der innerimperialistischen Konkurrenz als der Sieger hervorgegangen ist und somit noch die relativ günstigsten konsumtiven Möglichkeiten anbietet kann. Es kommt hinzu, daß sich eine äußerst antienanziarische und damit abschreckende Verfasstheit des Realen Sozialismus historisch hat durchsetzen können.

Die Schwäche radikal linker Politik hat zugleich aber auch mit eigenen krassen Unsicherheiten, zögerlichem Herangehen und unklarer Analyse zu tun. Bis weit in die nichtreformistische Linke hinein wird beispielsweise das "Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" anerkannt. Statt für eine prinzipielle Gegnerschaft zur deutschen Wiedervereinigung einzustehen und die spezifische Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus zu thematisieren, hielten es viele für richtiger, die DDR-Annexion allein unter dem Aspekt der sozialen Folgen für sich und ihre Landsleute zu kritisieren.

Aus alledem ergibt sich, daß wir in den nächsten Monaten eine intensive Auseinandersetzung führen müssen, damit sich eine radikale LINKE DER BRD und der DDR in neuen Zusammenhängen formieren kann. Diese Auseinandersetzung kann nicht alleine an Schreib- und Konferenzentzünden entwickelt werden. Sie muß eingreifen in die aktuellen politischen Entwicklungen und sichtbar machen, daß die "Nie wieder Deutschland" - Orientierung durch Wiedervereinigung und Wahlen nicht "veraltet", sondern dringlicher geworden ist: internationalistisch handeln und denken heißt im heutigen Deutschland antinational handeln und denken.

Den Zustimmungswahlen für die Weltmacht Deutschland messen wir insofern eine herausragende Rolle zu: Nicht weil es Wahlen sind, sondern, weil es diese

Wahlen sind. Da mit der Entstehung des neuen deutschen Reichs die Niederlage des Faschismus revidiert werden soll, wird auch jede kritisch gemeinte Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen als Zustimmung zur "Stunde Null" und damit zur endgültigen Verdrängung vom deutschen Massenmord und Nazi-Krieg verworfen werden.

Wir erklären deshalb, daß wir uns als Deutschland-GegnerInnen an der Reichstagswahl nicht beteiligen werden und rufen dazu auf, diese Wahlen für eine anti-nationalistische Intervention zu nutzen.

Wir haben weitere Gründe für diesen Aufruf, die wir nicht vereinheitlichen wollen, weil jeder dieser Gründe gut genug ist, sich an dieser Wahl nicht zu beteiligen und die Auseinandersetzung um linke Politik voranzutreiben.:

- Keine der Parteien, die zur Wahl stehen, auch nicht die PDS und die Grünen, sprechen sich gegen die Wiedervereinigung aus. Im Gegenteil. Die PDS hatte sich vom nationalen Sog der DDR-Bevölkerung nicht nur mitreißen lassen, sondern ihm mit dem Modroschen "Deutschland einig Vaterland"-Schubkraft in die Linke hinein verliehen.

Auch bei den GRÜNEN gibt es ein positives Bekenntnis zur neuen Rolle Deutschlands als Weltmacht und Überlegenheit, wie diese Funktion auch militärisch auszufüllen sei.

Statt die Gefahren der Restauration Deutschlands in aller Schärfe herauszuarbeiten, haben die "oppositionellen" Parteien selber nationale Positionen übernommen und die Entwicklung teilweise forciert. Im übrigen begnügen sie sich mit Korrekturen im Einzelnen, fordern einen "sozialverträglicheren Anschluß" und mehr Selbstbeteiligung der BürgerInnen an der Restauration, z.B. durch einen Volksentscheid. Diese Haltung, auch bei der aggressivsten Expansion noch mitmachen zu wollen, "konstruktive Opposition" um jeden Preis zu sein, um einzelne Härten auszugleichen, halten wir für unverantwortlich. (Daß sie außerdem den realen Ablauf imperialistischer Politik nicht zu beeinflussen vermag, haben die letzten Monate eindrücklich gezeigt.)

- Schon in der Vergangenheit wurde viel zu wenig bedacht, daß aus dem preußischen Drei-Klassen-Wahlrecht ein deutsches "Zwei-Klassen-Wahlrecht" gezimmert wurde: nur wer von den Herrschenden als Deutsch oder Deutscher definiert wird, darf die bürgerlichen Grundrechte in Anspruch nehmen. Etwa fünf Millionen Ausländer, die seit vielen oder wenigen Jahren hier leben und die Folgen des neuen deutschen Nationalismus sehr viel schärfer als wir zu spüren bekommen, haben nicht einmal das Wahlrecht. Wir verzichten auf die Wahrnehmung eines rassistisch definierten Privilegs und solidarisieren uns mit den Hauptopfern der neudeutschen Rassen- und Klassenpolitik. Die bisherige Ausgrenzung der Immigrantinnen wird durch die annexionsbedingte Produktion einer neuen industriellen Reservarmee potenziert: Allein die 175000 Ausländerinnen in der DDR sind als Folge der Wiedervereinigung akut von Ausweisung bedroht. Auch in der Bundesrepublik entzündet sich der nationalistische Taumel zunehmend gegen die Immigrantinnen und Flüchtlinge, denen mit Bürgerwehren, tätlichen Angriffen und Beschimpfungen durch die Medien das Leben zur Hölle gemacht wird.

- Die Erfahrungen, die viele von uns mit den Grünen gemacht haben, die das Spielbein der außerparlamentarischen Opposition im Parlament sein wollten und die mittlerweile allen, die radikale Politik außerhalb des Bundestages und der Landtage machen, einen Trift verpassen, wenn sie ihnen in die Quere kommt, haben dazu geführt, daß wir die Wahlbeteiligung und parlamentarische Vertretung als Mittel linker Politik heute sehr viel kritischer bewerten.

Unsere erklärte Nichtbeteiligung an der Reichstagswahl ist kein Boykott im herkömmlichen Sinne. Wir wissen, daß wir keine Wählerinnenschar davon abhalten können, den Parteien ihre Stimmen zu schenken. Der Parlamentarismus befindet sich innerhalb der Linken weniger denn je in einer Legitimationskrise - umgekehrt scheint er hier für viele zur letzten Hoffnung geworden zu sein. Uns geht es darum, der nationaldeutschen Politik aller kandidierenden Parteien eine Absage zu erteilen und deutlich zu machen, daß wir nicht mitmachen. Wir wollen zugleich möglichst viele davon überzeugen, daß dieses Deutschland nicht mitgestaltet, sondern bekämpft gehört.

Wir unsere Wahlintervention zur Neufundierung einer außerparlamentarischen Opposition beitragen soll, laden wir Euch ein, am Wahlwochenende des 1./2. Dezember die eigene Stimme besser zu nutzen: Wir wollen uns zur Konferenz "Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland" versammeln. (1). Dabei soll keine Bestandsaufnahme der Großmachtspolitik der Regierung Kohl vorgenommen werden. Wir wollen die Diskussion über die linke Haltung dazu organisieren. Uns interessiert, wie es zu diesem dramatischen Niedergang der gesamten Linken kommen konnte und welche Perspektiven wir uns erarbeiten können. Wir wollen unsere falschen Traditionen und Voraussetzungen analysieren und Schlußfolgerungen für unsere künftige Praxis ziehen. Es soll dabei u.a. um die folgenden Fragen gehen::

Wie stehen wir zum "Volk"? Wieso entschuldigen Linke falsches Verhalten so schnell durch Benennung "sozialer Ursachen"? Wieso reagiert die Linke kaum auf die im Zuge der Wiedervereinigung dramatische Verschärfung des Fremdenhasses, und wie läßt sich eine nichtsozialarbeiterische Opposition gegen die Fronten von aufgetrübten Bürgerinnen, rassistischen Politikerinnen und gewalttätigen Skinheads entwickeln? Welche Bedeutung haben die nationalen Parolen der Friedensbewegung für die ideologische Misere der Linken, und wie können wir heute die notwendige Antikriegsarbeit machen?

ErstunterzeichnerInnen:
Autonome LUPUS-Gruppe Rhein/Main, Regula Bott, Theresia Degener (aktiv im bundesweiten Forum von Behinderteninitiativen und Krüppelgruppen), Thomas Ebermann, Marek Psyk (Radikale Linke), Mäx & Sab, (AK-Redaktion), Heiner Möller (KB), Alain Piermont, Radikale Linke (2), Karl-Heinz Roth, Oliver Tolmein (konkret-Redaktion), Rainer Trampert, Detlef zum Winkel (KB).

Nachrichten aus Cumhuriyet

1.10.1990

- Inönü geht aus den Wahlen auf den SHP-Parteikongreß mit 504 Stimmen zu 405 Stimmen für Baykal als wiedergewählter Parteivorsitzender gestärkt hervor. Von 44 Parteivorständen wurden 40 aus Inönüs Liste gewählt.
- Große Operation gegen die PKK: Bei 2 bewaffneten Auseinandersetzungen in Gürpınar/Van und Islahiye/Gaziantep wurden 10 PKK'ler sowie ein Oberleutnant und ein Unteroffizier getötet.
- Eröffnung des Hochschuljahres 90/91: 900.000 Studentinnen an 29 Universitäten.
- Wieder Verschleierungsprobleme an den Unis: Kopftuchverbot besteht immer noch.
- Inflation im September um 6% erhöht.
- Die Ernährungskosten einer 4-köpfigen in Istanbul lebenden Familie sind von 530 100 TL im Januar 90 auf 746 200 TL im September gestiegen.

2.10.90

- Preiserhöhungskrise: 3. Erhöhung für Flaschenglas, weitere Erhöhung für Brennstoffe.
- Auf Initiative des Justizministeriums beantragte die Staatsanwaltschaft Istanbul, den Vorstand der Anwaltskammer seines Amtes zu entheben.
- Bei Auseinandersetzungen in Islahiye/Gaziantep wurde ein PKK'ler getötet. In Elbistan 6 Personen wegen Beherbergung von PKK'ern gefoltert.
- Cumhuriyet Journalist wurde in Istanbul von Zivilpolizei festgenommen und mißhandelt. Begründung: Er sei verdächtig, da sein Geburtsort Nusaybin sei.

TODESSTRAFE

In den letzten 53 Jahren wurden in der Türkei 443 Personen hingerichtet, davon 50 nach dem 12. September 1980. Für 7000 Personen wurde nach dem 12. September die Todesstrafe beantragt, 291 (nach anderen Angaben 287) Todesurteile liegen dem Parlament zur Bestätigung vor davon 150 linke und 28 rechte. Nach der Bestätigung durch das Parlament kann das Todesurteil vollstreckt werden.

nach Cumhuriyet, 16.9. und 15.10.90

3.10.90

- Bericht des SP-Vorsitzenden İlsever über die Ergebnisse einer 40-köpfigen Delegationsreise in das von der Guerillabewegung betroffene Botan-Gebiet (Siehe diese Ausgabe Seite 3)

4.10.90

- In Pülümür/Tunceli bei Gefechten 4 PKK'ler und ein Soldat getötet, 6 PKK'ler ergaben sich den Sicherheitskräften.
- Antwort des Ministeriums für Religionsangelegenheiten auf den kritischen erziehungsbericht des Arbeitgeberverbandes TÜSIAD: Kurankurse stünden dem Laizismus nicht entgegen.
- Die Verteilung des Flugblattes "Nein zum Krieg" des Menschenrechtsvereins wurde vom Gouverneur von Ankara verboten, da es sich um eine politische Aktivität handele, die durch das Vereinsgesetz nicht erlaubt sei.
- Die internationale Arbeitsorganisation ILO ermahnte die türkische Regierung, die Arbeitsgesetze zu verändern.

5.10.90

- Mitteilung der Türkei an den Europarat: Im Südosten sind die Menschenrechte (§ 15 der europäischen Menschenrechtskonvention) aufgehoben, da das Leben der türkischen Nation bedroht sei.
- Kritik an Özal, er habe bei seinen Gesprächen mit Bush Außenminister Bozer nicht einbezogen.
- Follervorwurf eines Gefangenen im geschlossenen Gefängnis Eskisehir gegen den Gefängnisdirektor Hasan Can.
- Größte Preiserhöhungen seit 3 Jahren
- Die Innenverschuldung hat sich in 10 Jahren um das 130-fache erhöht.
- TÜRSAB (Türkische Reiseagentur Vereinigung): Verlust durch Golfkrise im Tourismus 1 MRD 250 Mio Dollar

6.10.90

- Özal wurde von der Universität stanbul wegen seiner Verdienste um

Erziehung und Gesundheit die Ehrendoktorwürde verliehen. Die Verleihung wurde kritisiert, da in Özals Regierungszeit die Ausgaben für diesen Bereich stark gesunken seien.

- Journalist der Zeitschrift "Adımlar" erhielt für Reportage mit dem kurdischen Schriftsteller Musa Kenten 6 Jahre 3 Monate Gefängnisstrafe.

7.10.90

- Mitglied der SHP Parteipräsidiums und ehemalige Senatorin Bahriye Uoak durch eine Paketbombe getötet. Wie die in diesem Jahr ermordeten Muammer Aksoy, Cetin Emec und Turan Dursum hatte auch Bahriye Uoak den Laizismus verteidigt und gegen Verschleierung öffentlich Stellung genommen.
- In dem Dorf Ciftlikale/Elbistan hat eine Gruppe PKK'ler die Schule niedergebrannt.

- 50 Festnahmen in Bismil, darunter auch der Arzt, der Lehrer und Journalisten bei einer Operation wegen einer Bombenexplosion vor der Grundschule. Der Kreisverband der SP (Sozialistische Partei) bezeichnete die Explosion als Provokation.
- Nach einer Untersuchung der Inönü Universität ist die psychische Gesundheit von 80% der Studentinnen aufgrund ihrer persönlichen, wirtschaftlichen und Prüfungsprobleme gestört.

8.10.90

- Bei Zusammenstößen mit der PKK in Siirt/Sirvan zwei Soldaten und ein Dorfwehrgarde getötet.

- 1. Jahr Gefängnisstrafe wegen Beleidigung von Özal und Verächtlichmachung der Streitkräfte.

- Vorsitzender der islamischen RP Erbakan warnte die Rektoren der Unis vor dem Fehler, Studentinnen mit Kopftuch nicht in die Unis zu lassen.

- Außenschulden 43 MRD Dollar

9.10.90

- Nach Polizei und Sicherheitsgerichten wurde auch der Geheimdienst MIT in die Untersuchungen um den Anschlag auf Bahriye Uoak eingeschaltet. Über eine Organisation namens "Islamische Bewegung", die für die Morde an Muammer Aksoy und Bahriye Uoak die verantwortung übernehmen hat, sei nichts bekannt. Auch der SHP Abgeordnete Akıyol sei mit dem Tode bedroht worden.

- Bahriye Uoak hatte einen Vortrag mit dem Titel "Frau im Islam" in Tübingen in der BRD im September nur unter Bedingung abgehalten, daß sie Personenschutz erhielt, da sie bedroht wurde.

- Viele Festnahmen nach den alternativen Eröffnungsfeiern an den Unis durch Studenten.

- Angriff durch Terroristen mit Raketenwerfer auf das Gebäude der Sicherheitskommandantur in Kurtalan/Siirt, 20 Festnahmen.

- 850 Arbeiter der Stahlarbeitergewerkschaft Celik-Is bei GAMAK-AG im Streik.

- Staatspräsident Özal bei der Eröffnungsfeier der Erciyes Universität: Gegenüber denen, die ihre Vorstellungen anderen mit Waffengewalt aufzwingen wollen, müsse man unbefähigt sein. "Diese dürfen wir nicht leben lassen".

KINDERGERICHTE

In der Türkei werden jedes Jahr 5000 Kinder zwischen 11 und 15 Jahren vor Gericht gestellt: Man verfügt über 4 Kindergerichte, 3 Besserungsanstalten und 1 Kindergefängnis. Z. Zt. gibt es 3.200 verurteilte Kinder. Kinder zwischen 15-18 Jahren sind in Erwachsenengefängnissen untergebracht.

nach Cumhuriyet, 29.9.90

10.10.90

- Begrüßnis wurde zu Demonstration für Laizismus: Am Begrüßnis der Dozentin Bahriye Uoak nahmen zehntausende teil.

- 400 Gefangene im E-Typ Gefängnis Diyarbakir traten in hungerstreik aus Protest gegen die Verlegung von 95 Gefangenen in 8 andere Gefängnisse. Einige Gefangene seien beim Transport verwundet worden. Von der Verlegung wurde den Anwälten keine Mitteilung gemacht. Die betroffenen Gefangenen seien fast sämtliche Zellälteste oder führende Kader.

- Die Zahl der Schüler an den religiösen Imam Hatip Gymnasien steigt jährlich um 13,6%: Schuljahr 1977/78: 26177 Schüler - 3050 Lehrer
Schuljahr 1987/88: 89666 Schüler -

11522 Lehrer.

11.10.90

- PKK verletzte bei Auseinandersetzungen 7 Personen und tötete 6 Personen. Ein verletzter Lehrer: Sie haben auf uns geschossen, weil wir in der Schule türkisch unterrichten und die türkische Fahne hissen.
- Protest von 5000 Metallarbeitern in Izmit. Die Tarifverhandlungen im Metallbereich für 50.000 Arbeiter an 171 Arbeitsstellen gingen ohne Einvernehmen zu Ende.

- Der von der Staatsanwaltschaft geforderten endgültigen Schluß des seit 9 Monaten geschlossenen Volkshauses Bursa wurde von Seiten des Gerichts nicht zugestimmt.

BILDUNGSNOTSTAND IN KURDISTAN

Hunderte von Grundschulen sind aus Sicherheitsgründen oder Lehrermangel geschlossen.

* Sanliurfa: Mehr als 150 Grundschullehrer fehlen, in manchen Klassen befinden sich über 80 SchülerInnen.

* Malatya: 32 Grundschulen konnten nicht öffnen. In der Stadt fehlen 300 Lehrer

* Van: 30 Schulen sind aus Sicherheitsgründen geschlossen, die meisten in Gevas und Catak

* Batman: 150 Lehrer fehlen, 19 Dorfschulen sind aus Sicherheitsgründen geschlossen.

* Siirt: Die meisten Grundschulen sind geschlossen, der zuständige Schultat gab keine Erklärung ab.

* Hakkari: 5 Schulen sind geschlossen. Wenn die Sicherheit nicht gewährleistet werden könne, würden noch mehr geschlossen.

* Gaziantep: 108 Dorfschulen konnten nicht öffnen. Es fehlen 1162 Lehrer.

aus Cumhuriyet, 24.9.90

12.10.90

- Mitarbeiter der Weltgesundheitsorganisation WHO bereiten die Türkei um Bericht über die Ernährungssituation von Kindern zu erstellen. Vor allem in der Altersgruppe 0-11 Jahre habe man Unterernährung in großer Anzahl festgestellt.

- Von 160 Arbeitern der Crown Elektronik AG wurden 120 entlassen, da sie in die Gewerkschaft eintraten.

13.10.90

- Außenminister Ali Bozer erklärte gestern seinen Rücktritt, da er nicht glaube, seine Aufgabe als Minister gebührend ausführen zu können. Die Schuld dafür, daß er an dem Gespräch zwischen Özal und Bush nicht teilnehmen durfte, liege aber nicht wie von den Zeitungen behauptet, bei Özal, sondern bei Bush.

- 1 PKK'ler an der syrischen Grenze bei Nusaybin getötet.

- Frauen starten Unterschriftenkampagne gegen § 159 Zivilgesetz, der besagt, daß Frauen, die arbeiten wollen, ihren Mann um Erlaubnis fragen müssen.

14.10.90

- Staatsminister Kececiler: Der Ministerrat habe beschlossen, Todesstrafen von Terroristen wieder vom Parlament bestätigen zu lassen (und damit für die Vollstreckung freizugeben -T!)

- Tausende von Frauen demonstrieren in Istanbul für eine demokratische und laizistische Türkei.

15.10.90

- Istanbul: Aufrüstung der Polizei. Anzahl der Polizisten wird von 14.000 auf 25.000 erhöht.

- Weiter Diskussionen um Vollstreckung der Todesstrafen: Der Ministerrat habe dies nicht beschlossen, sondern nur diskutiert.

- 8. Tag im Hungerstreik im Gefängnis Diyarbakir

16.10.90

- Mehrwertsteuer erhöht
- Protest der Opposition gegen Kececilers Vorschlag, die Todesstrafen vom Parlament bestätigen zu lassen. Das Innenministerium arbeitet an einem

Vorschlag, bestimmte Fälle von Todesstrafen in lebenslänglich umzuwandeln.

- In Islahi/Gaziantep 2 PKK'ler von Sicherheitskräften getötet.

- Den HEP-Abgeordneten Aksoy und Ekmen, die den Hungerstreikenden in Diyarbakir einen Besuch abstatten wollten, wurde der Zutritt zum Gefängnis verweigert. "Im Osten gibt es kein Recht, keine Justiz" erklärten sie.

17.10.90

- Kritik aus allen Teilen der Gesellschaft an der Diskussion um die erneute Vollstreckung von Todesstrafen. Abschaffung der Todesstrafe gefordert.

- Der Teilhaber des Arbeiters in der Stadt: Von 100 TL, die der Arbeitgeber bezahlt, erhält 48 TL der Staat und 47 der Arbeiter.

- Diskussion innerhalb der ANAP zwischen "liberalen" und "konservativen" um die Zulassung der Verschleierung.

- Hungerstreik im E-Typ Gefängnis Diyarbakir im 10. Tag. Auch Hungerstreik der Angehörigen von Gefangenen in Diyarbakir und Nusaybin dauert an. Auch Gefangene in Aydin haben einen befristeten Hungerstreik begonnen.

18.10.90

- Schweres Jahr für Beamte und Angestellte: Haushalt 1991 sieht Lohnerhöhungen zwischen 8 und 18% vor.

- Todesstrafendiskussion im Parlament. Ministerpräsident Akbulut: Todesstrafen, die nicht innerhalb eines Jahres vom Parlament bestätigt werden, sollen in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt werden, bestätigte Todesstrafen müssen vollstreckt werden.

- Angehörige von zum Tode verurteilten bereiten Protestmarsch von Istanbul nach Ankara vor.

- Stadtverwaltungen schulden Angestellten 130 MRD TL. Im Osten gibt es Stadtverwaltungen, die seit 25 Monaten keine Löhne gezahlt haben.

19.10.90

- amnesty international: Die Türkei ist das letzte europ. Land, das die Vollstreckung der Todesstrafe auf die Tagesordnung setzt.

- 8 Personen einer illegalen Organisation in Adana festgenommen.

- Hungerstreiks weiten sich aus: 350 Gefangene Diyarbakir, 11. Tag. Angehörige Diyarbakir 8. Tag, 50 Angehörige in Adana, Gefangene des geschlossenen Zentralgefängnis Diyarbakir 7. Tag, 60 Personen in Nusaybin 3. Tag.

- Follervorwurf eines Imams gegen die Gefängnisleitung in Siirt, der wegen Unterstützung von PKK Militanten verhaftet worden war.

MANFRED WÖRNER: NEUE ROLLE DER TÜRKEI

Natogeneralsekretär Wörner in Brüssel: "nachdem die(Golf)krise beendet ist, kann die Türkei aufgrund ihrer geographischen Lage, ihrer politischen Bedeutung, ihrer ökonomischen Stärke, ihrer geschichtlichen Traditionen und sogar aufgrund des Faktors Religion eine sehr wichtige Rolle spielen, sie muß diese Rolle sogar spielen. Die Rolle, die die Türkei übernehmen wird, ist die, die Stabilität zu sichern. Wenn in diesem Gebiet eine neue Sicherheitsstruktur errichtet wird, - und ich unterstütze dies voll und ganz - wird die Türkei der Grundpfeiler dieser Struktur sein."

Cumhuriyet, 28.9.90

20.10.90

- Unterstützung für den Hungerstreik in Diyarbakir durch Delegation von 8 Künstlern und Schriftstellern, die die Situation im Osten begutachten.

- Protestkundgebung vor der Schule der 16-jährigen N.A. gegen ihre Verhaftung wegen "Nein zum Krieg"

- Anordnung des Erziehungsministeriums an die Lehrer der Mittelschulen, die Kinder nicht zu schlagen.

- Verstärkte Operationen der Sicherheitskräfte bei Malatya und Ordu: 20 Verhaftungen.
- 2 PKK'ler bei Aralik/Kars getötet

- Menschenrechtsverein beginnt Kampagne gegen Todesstrafe
- Dorfwehner von Kayadeler/Hizan behaupten, daß der Imam der Moschee, der nach offiziellen Erklärungen Selbstmord begangen habe, von den Spezialteams bei einer Operation in der Moschee getötet worden sei.
- 1990 wurden bisher 34.000 gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen entlassen, davon im Textilbereich 10.157 ArbeiterInnen.

21.10.90

- Einkommenssteuer 1987 38%, 1989 55%, 1990 ca 60%.

22.10.90

- Aufruf von Helsinki Watch an die Türkei, den Kurden Minderheitenrechte zuzugestehen und ihre Assimilationspolitik aufzugeben.

- Hungerstreiks: 2 Gefangene in Diyarbakir im Koma

- Künstlerdelegation im Südosten von Zivilpolizei unter strenger Kontrolle gehalten. Sie werden nicht in die zwangsentvölkerten Dörfer gelassen. Nachdem die Delegation das Gebiet verlassen hatte wurden 4 HEP-Mitglieder, die mit der Delegation gesprochen hatten, festgenommen.

23.10.90

- Wieder verhaftung eines Journalisten in Usak wegen "Nein zum Krieg"

- In Caglayan/Sirnak 3 PKK'ler nach Operation tot gefoltert

- 130 Mio DM Kredit von der BRD im Rahmen des Hilfsprogramms der OECD Türkeikommission. Die Kredite werden verwendet um Industrieprodukte für die Infrastruktur aus der BRD zu bezahlen.

SCHULBILDUNG

Nach dem Erziehungsbericht der türkischen Arbeitgebervereinigung TÜSIAD ergeben sich folgende Zahlen:

22,6% Analphabeten
18,5% verlassen vorzeitig die Grundschule

6,6% Mittelschulabschlüsse
4,5% Gymnasiumabschlüsse

2,1% Abschluß einer Berufsschule
2,2% Hochschulabschluß

D.h. 95,7% verlassen das türkische Schulsystem ohne auf irgendeinen Beruf vorbereitet zu werden.

Cumhuriyet, 1.10.90

24.10.90

- Verhafteter Journalist in Usak gegen Kaution freigelassen.

- Hungerstreik: Oberstaatsanwalt bestrift die Meldung, 2 Gefangene lägen im Koma

- Protestaktionen der Metallarbeiter gegen die Unterbrechung der Tarifverhandlungen: 10.000 Arbeiter ließen sich eine Halbglatze schneiden.

25.10.90

- Vorläufiges Ergebnis der Volkszählung: 57 163 850 Einwohner, jährliche Zuwachsrate 2,4%. Einwohnerzahl Istanbul 7,5 Mio.

- Verstärkte Reaktionen gegen die Verhaftungen wegen "Nein zum Krieg"

- Untersuchung gegen die Lehrerin Fatma Kaya am Gymnasium in Kars eröffnet: Die Lehrerin habe erklärt, bei ihr könne kein kurdischer Schüler die Klasse bestehen, und kurdischen Schülern automatisch Punkte abgezogen.

- Hungerstreiks: Diyarbakir: 10 Angehörige, davon 6 Frauen haben ihren Hungerstreik in ein Todesfasten umgewandelt. 17. Tag im Hungerstreik in ein Todesfasten umgewandelt. 17. Tag im Hungerstreik im E-Typ Gefängnis

Adiyaman: 25 Angehörige im 4. Tag Saruc/Urfa: Auf drei tage befristeter Hungerstreik einer Gruppe von Angehörigen

Tarsus: Befristeter Hungerstreik von 10 Angehörigen
Cizre: ca 100 Angehörige im 5. Tag des Hungerstreiks

Bismil: 21 Gefangene, 6 Tag Iliil: 14 Angehörige beendeten Hungerstreik
Nusaybin: 80 Angehörige im Hungerstreik

- SHP-Kreisvorsitzender von Mus rief dazu auf, in die HEP einzutreten, da die SHP nicht auf der Seite des unterdrückten Volkes stehe. Seine Erklärung wird von 450 SHP-Mitgliedern unterstützt

- Kampagne von 15 politischen Zeitschriften "Nein zum Krieg"

- Einige Paragraphen der 1. August Gefängnisverordnung aufgehoben.

Anfang Seite 9

gleichgesinnte, obrigkeitshörige und politisch passive Bevölkerung. Weitere Beispiele für die Verbreitung der TIS als Staatsideologie ist die Tatsache, daß mittlerweile alle Ämter, Regierungsstellen, Behörden, Schulen, Gerichte usw. gesäubert bzw. mit Vertretern der TIS besetzt wurden. Dazu kommt die Ausweitung des Stiftungswesens: Aufgabe der Stiftungen ist es, "religiöse Aktivitäten wie Einrichten und Betreiben von Kulturzentren, Publikationen, Baumaßnahmen" sicherzustellen. Die Stiftungen stehen unter staatlicher Kontrolle und sind oft die Organisationsform von religiösen Orden. 1986 wurden allein 18 Stiftungen religiöser Art ins Leben gerufen. Ebenfalls an den Stiftungen lassen sich Verbindungen zwischen AO-Mitgliedern und Regierungskreisen gut nachweisen. So hat, nur als ein Beispiel, den Verwaltungsvorsitz der "Stiftung der Nationalen Kultur der Türkei" Turgut Özal inne, Verwaltungsratsmitglied ist Salih Tug, der ehemalige Generaldirektor der TRT und ehemalige Vorsitzende der AO.

ISLAMISIERUNG, IN WESSEN INTERESSE?

Die Türkei ist offiziell immer noch ein laizistischer Staat. Eine offene Verletzung dieses Grundsatzes jedoch zeigt sich nicht nur an den genannten Maßnahmen, v.a. in der Kulturpolitik und der Durchsetzung des Staatsapparates mit Vertretern der TIS, sondern auch daran, daß die Türkei 1980 volles Mitglied in der Konferenz der islamischen Länder wurde und Evren sogar tumusgemäß deren Vorsitz übernahm. Ebenfalls Evren war es, der zuließ, daß die türkischen Geistlichen in Europa - normalerweise vom Staat besoldete Beamte - durch den Saudi Arabischen religiösen Konzern Rabita finanziert wurden. Diese Tatsache weist darauf hin, daß proamerikanische islamische Staaten wie Saudi Arabien, das noch dazu die gleiche Glaubensrichtung (sunnitisch) hat, ein großes Interesse an einer Islamisierung haben und dies in keinem Widerspruch zu einer westlichen Bündniszugehörigkeit steht. Die zunehmende Islamisierung ist also, wie in Europa vielfach dargestellt, nur in geringem Maße das Problem irgendwelcher oppositioneller Kräfte, die versuchen einen religiösen Staat zu errichten. Diese zu unterdrücken und zu bekämpfen behält man sich, falls es opportun erscheint, von offizieller Seite immer noch vor. Die Islamisierung ist ganz im Gegenteil ein staatliches Mittel, das sehr bewußt eingesetzt wird. Neben den genannten Legitimationsmöglichkeiten, die die TIS den Militärs und der anschließenden Regierung bot, gibt es noch andere, damit zusammenhängende Gründe: Die massive und brutale Unterdrückung der Opposition kann nicht ewig aufrechterhalten werden. Gleichzeitig mußte man nach Möglichkeiten suchen, sich eine breitere gesellschaftliche Unterstützung zu sichern. Andererseits konnte nicht davon ausgegangen werden, daß sich anhand des Wirtschaftskonzepts der Türkei die Lage der breiten Bevölkerung verbessern wird, ganz im Gegenteil. Ein Nährboden für Opposition, speziell für revolutionäre Opposition würde sich weiterhin vorhanden sein und sich ausweiten. Es mußte also ein Mittel gefunden werden, durch das die Autorität der herrschenden Kräfte freiwillig akzeptiert wird. Was konnte dazu besser geeignet sein als die Einbeziehung des Islams in die offizielle Ideologie, als die nationalistisch-religiöse Ideologie der TIS. Nicht mehr Klassenwidersprüche sollen die wesentlichen Widersprüche sein sondern Widersprüche wie islamisch-westlich. Man hoffe so, breite Kreise von religiösen Menschen an sich binden zu können. Zugleich sollte die nicht zu verhindernde Opposition in eine konservative, rechte Form gebracht werden und damit ausnutzbar für die herrschenden rechten Kräfte gemacht werden. Religion wird so in politische Ideologie umgewandelt. Das Ergebnis ist eine religiös-politische Bewegung mit konservativer Geisteshaltung, die von autoritären Regimes für ihre Zwecke benutzt werden kann.

Fatalismus, Anerkennung der Gottgewolltheit der Autoritäten, blinder Nationalismus - dies sind die Ziele, die mit der Ideologie der TIS und im Rahmen dieser mit einer zunehmenden Islamisierung gewünscht wurden und werden.

WAS SAGEN DIE WESTLICHEN GELDGEBER DAZU?

Immer wieder berichten wir von der wirtschaftlichen und damit auch politischen Abhängigkeit der Türkei von westlichen Ländern. Man fragt sich nun, ob die maßgeblichen westlichen Regierungen und Industriekreise kein Interesse daran haben, das hierzulande oft heraufbeschworene Schreckgespenst des islamischen Fundamentalismus in der Türkei zu verhindern. AO ist ja auch eine Begründung dafür, warum man die Türkei nicht in der EG aufnehmen will immer noch die, daß sie ein islamisches Land sei. Daß die Islamisierung in der Türkei keineswegs ein Hinderungsgrund für westliche Geldgeber ist, um dies zu verstehen, muß man sich die strategische, geographische und wirtschaftliche Rolle der Türkei im Nahen Osten vergegenwärtigen. Die Türkei stellt für den Westen ein wesentliches Bindeglied der westlichen Länder zu den islamischen Ländern dar. Und ein EG-Beritt - aus anderen Gründen als dem Islam - ohnehin nicht gewünscht. Ohne ausführlich auf die Bedeutung der Türkei im Nahen Osten eingehen zu wollen hier nur zwei Beispiele:

Neben aderen wohlwollenden Äußerungen westlicher Politiker wies der damalige stellvertretende Außenminister der USA Richard Burt 1984 auf die Bedeutung der Türkei für die USA und deren Verbündeten wegen ihrer geographischen Lage im Nahen Osten hin. Er meinte: "Die Türkei ist den islamischen Tradition verhaftet und sie möchte diese weiter behalten. Wir unterstützen dies."

Erhellend wirkt auch die politische Landkarte für das Jahr 2020 die die Financial Times nach ihren Vorstellungen abdruckte: Im Westen erstreckt sich eine Europäische Union, im Osten die Türkische Union, bestehend aus der Türkei, sowjetisch und iranisch Azerbeidschan und den zentralasiatischen Turkvölkern. Aber man muß seine Phantasie gar nicht so wie die Financial Times spielen lassen: Ein Blick auf die derzeitige Golfkrise und die Rolle der Türkei genügen (Vgl. TI Nr.35), um festzustellen, daß die Türkei auch nach der Einäscherung des Kalten Krieges seine strategische und politische Bedeutung für den Westen erhalten, wenn nicht gar erweitert hat.

ZUM SCHLUS

Auch wenn offiziell versucht wird, den Anschein des laizismus zu bewahren und die islamische Bewegung z.T. noch den Anschein einer oppositionellen Bewegung hat, so darf es nicht über die tatsächliche Islamisierung, über die Ziele, die damit verfolgt werden hinwegtäuschen. Die islamisch-faschistischen Kräfte, zusammengeslossen in der Heiligen Allianz unter Fahne der TIS haben den Staat nicht nur unterwandert, die TIS wurde sogar zur offiziellen Ideologie des türkischen Staates, geduldet und unterstützt von Industrie, Militärs und sehr oder weniger direkt auch vom westlichen Ausland.

Verwendete Literatur:

- Die theoretischen Konzeptionen der islamischen Opposition in der heutigen Türkei, Diplomahausarbeit an der FU Berlin von Ulrike Dufner, August 89
- Die Ideologie der Scharia in den 80er Jahren, in: TI Nr.33 vom 1.5.90, Übersetzung aus "Devrimci Genclik", Istanbul, März 90
- Hans-Günther Kleff: Islam und Gesellschaft in der Türkei, in: Eberhard Schmitt (Hsg.): Türkei Teil 1, Mundo Verlag 1988
- Ömer Erzeren: Das Ende des Kemalismus?, in taz, 19.3.90
- Zur Rolle der Türkei im Nahen Osten, in: Al Karamah Nr.6/Jg 1987

Anfang Seite 4

Imperialismus im Mittleren Osten erzeugten Durcheinanders treibt die Regierung ihre Gewaltpolitik gadenlos voran. Was es bedeutet, daß die Türkei dem Europarat die Aussetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention in den drei zehnten Provinzen, in denen der Ausnahmezustand herrscht, mitgeteilt hat, kann ungeschminkt in Botan beobachtet werden. Wälder und Gärten werden vernichtet, gegen die Bevölkerung wird ein nicht erklärter Krieg geführt, der Tod von Menschen ist darüber zu Normalität geworden.

4. Die Zensur und Verbannung betreffender Rechtsverordnungen sind im wahrsten Sinne des Wortes mit Leben erfüllt worden. Die Region erlebt eine allgemeine Verbannung. Ohne Entschädigung, ohne Reisegeld und von mit unvorstellbarer Grausamkeit durchgeführten Gewaltmaßnahmen gezwungen, verlassen die Menschen ihre Dörfer. Ihre erste Station auf dem Weg sind die Städte wie Simak, Siirt und Cizre, von wo die dann wegen der Arbeitslosigkeit in die großen Städte des Westens weiterwandern. Kurz gesagt: Was da geschieht, ist eine mit nackter Gewalt durchgesetzte Verbannung von Bewohnern des Ostens in den Westen.

5. Die türkische Presse hat es vorgezogen, gegenüber allen diesen Geschehnissen zu schweigen. Die in Istanbul ansässigen Schreiber und Zeitungsbesitzer haben sich entschlossen der Tragödie, die die Bevölkerung der Region erlebt, den Rücken zu kehren. Die seit Anfang April zu beobachtende Unterstützung der Tagespresse für das Arrangement der herrschenden Klasse dauert an. Wir rufen die Presse noch einmal auf, sich ihrer historischen Verantwortung zu besinnen.

Anfang Seite 11

dienste in Kurdistan sollen zur Hälfte Kurden, und zur Hälfte Türken sein.

Außerdem gibt die Regierung in Ankara bekannt, daß die Kurden in der Armee nicht entlassen werden, solange eine Kriegssituation herrscht. ("*)

Das Autonomieversprechen der kemalistischen Regierung an die Kurden büßt zwar von ihrem ursprünglichen Inhalt einiges ein, bleibt aber bis 1923 auf der Tagesordnung. Das Versprechen von einem autonomen Kurdistan klingt 1923 aus dem Munde Kemal Atatürks nur noch wie eine autonome Verwaltung in den kurdischen Provinzen. M. Kemal führt im Januar 1923 ein längeres Gespräch mit Chefredakteuren der Zeitungen und erklärt, daß Kurden gegenüber den Türken assimiliert werden sollen, daß die Festlegung von gesonderten Grenzen eines Kurdistans und die Provinzen Erzurum, Sivas, Elazig, sogar Teile von Konya einbeziehen würde und dies die Türkei vernichtend schlagen würde, daß anstelle eines unabhängigen Kurdistans Selbstverwaltungen in den eindeutigen kurdischen Städten eingeführt werden solle und dies mit der Verfassung in Einklang stehe, daß die türkische Nationalversammlung von Türken und Kurden gemeinsam gebildet werden solle usw. .

Zurück zum Abkommen von Lausanne:

Wenn die türkischen Chauvinisten auf das Abkommen von Lausanne hinweisen, um zu behaupten, es gäbe in der Türkei keine Kurden, dann müssen sie an all das erinnern werden.

Nach der Ratifizierung des Abkommens und der völkerrechtlichen Anerkennung der Türkei wurden die nun gültigen Grenzen der Türkei als unveränderbar deklariert. Von diesem Zeitpunkt an befand die kemalistische Regierung es nicht mehr für notwendig, Konzessionen im Inneren zu machen, um Gefahren von außen abzuwenden.

Untersuchungsbericht...

6. Die Türkei hat gegenüber der neu von ihr unterzeichneten 'Konvention der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte der Kinder' einige Vorbehalte zu Protokoll gegeben. Sie richtete sich gegen den Artikel 17, 29 und 30 der Konvention, in denen das Recht auf Zugang zu nationalen und internationalen Informationsquellen, die Menschenrechte und Grundfreiheiten, das Recht auf Erziehung auf der Grundlage der nationalen Identität sowie das Recht auf Gebrauch und Fortentwicklung von Minderheitenkulturen, -sprache und -religion festgelegt ist. In Wirklichkeit hat die Türkei damit einen Vorbehalt gegen das Recht auf Leben der kurdischen Kinder in Botan zu Protokoll gegeben. Ohne Wohnung und ohne die geringste medizinische Versorgung sind hunderte von Kindern mit dem Tod konfrontiert. Darmkrankheiten und Infektionen der oberen Atemwege sind verbreitet. Schlechte Ernährung bedroht die Gesundheit der Kinder.

7. Unsere Delegation ruft alle politischen Parteien, nationale und internationale demokratische Institutionen, die Intellektuellen unseres Landes und die Parlamentarier, zur Solidarität mit der Bevölkerung der Region auf. Kommt, nehmt Anteil an dem Schicksal der Dörfer von Simak! Lebt eine Woche, zehn Tage mit den von ihrem Land vertriebenen Menschen! Unterstützt den gerechten Kampf derer, die sich immer noch wehren, das Erbe ihrer Eltern zu verlassen.

8. Städte wie Silopi, Cizre, Nusaybin, Kiziltepe, deren Wirtschaft wesentlich durch den Handel mit dem Irak bestimmt wird, sind heute tote Städte. Es ist schwierig ein türkisches Wort zu finden, daß die Situation der Gewerbetreibenden dort zutreffend

beschreiben könnte. Die Hauptlast der Golfkrise ist den Menschen in den Städten an der 'Seidenstraße' aufgebürdet worden. Es besteht dringender Bedarf nach einem Soforthilfeprogramm, um den entstehenden Schaden wiedergutzumachen.

9. Unsere Delegation ruft das Rote Kreuz und den Roten Halbmond, nationale und internationale Hilfsorganisationen, Verteidiger der Menschenrechte und ihre Organisationen auf, den aus ihren Dörfern vertriebenen Menschen von Botan zu helfen. Sie bittet die Ärztekammer und die Apothekekammer eine Delegation zu entsenden, um sich vor Ort über die Lage zu informieren, und im Rahmen ihrer Organisation eine Arzneimittelkampagne zu beginnen.

10. Die darauf beharren, das Kurdenproblem mit Gewalt zu lösen, haben die Unterstützung der Bevölkerung vollständig verloren. Jetzt sind sie dabei, die 'verlorene Bevölkerung' von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Die heute überall anzutreffende 'Tode durch Unfall', die niedergebrannten Dörfer, die sich in der Umgebung der Flecken und Städte vermehrenden Zelte sind, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, wenn sich keine demokratische Opposition organisiert, die Vorboten des Massenmordes von Morgen! Wir laden jeden, jeden der von sich sagt: "Ich bin ein Mensch", ein, sich seiner Verantwortung zu erinnern und zu engagieren.

Unterschriften der S1 Absatz 1 Genannten.

Übersetzung aus dem Türkischen : Türkei Information

Türkisierung Anatoliens

Es war der Zeitpunkt gekommen, mit der Verwirklichung des Programms zur Türkisierung Anatoliens anzufangen.

Nach dem Abkommen von Lausanne wurde der türkische Staat schnell auf das "Türkenium" festgelegt. In der Begründung der Verfassung vom 9. März 1924 heißt es schon: "Unser Staat ist ein nationaler Staat. Er ist kein Vielvölkerstaat. Der Staat kennt keine andere Nation als die Türken!"

Es stellte sich heraus, daß das Autonomieversprechen der Kemalisten an die Kurden nichts anderes als Betrug war.

Derselbe İnönü, der in Lausanne noch davon sprach, daß die Türkische Republik von Türken und Kurden gemeinsam gegründet und getragen werde, sagte am 21. April 1925 im Konferenzsaal des Türkens in Ankara:

"Wir sind offene Nationalisten. Der Nationalismus ist der einzige uns vereinheitlichende Grund, neben der türkischen Mehrheit haben andere Elemente überhaupt keinen Einfluß. Koste es was es wolle, wir werden alle türkisieren, die in unserem Land leben, und alle vernichten, die sich gegen die Türken und das Türkenium auflehnen. Wir fordern, daß alle diejenigen, die dem Vaterland einen Dienst erweisen wollen, vor allem Türken und Anhänger des Türkeniums sind."

(Unsere Geschichte, Beilage der Zeitung Milliyet, Seite 447).

Ministerpräsident İnönü schrieb in einem Telegramm an den Generalstaatsanwalt des "Befreiungsgerechten", von dem die Befehligen am kurdischen Aufstand unter Führung des Scheich Said angeklagt wurden, folgenden Befehl auf: "Unser Ziel ist die endgültige Zerstörung der Kurden und des Kurdentums."

Wieder war es İnönü, der am 31. August 1930 folgende Worte sprach:

"Der Aufstand in unseren östlichen Provinzen, dessen Wurzeln außerhalb der Türkei liegen und der

nun seit 5 Jahren anhält, verliert heute seine Kraft fast um die Hälfte. Nur die türkische Nation verfügt in diesem Land über ethnische und rassische Rechte. Niemand sonst hat derartige Rechte." (Demokrat, kurdische Zeitschrift).

Etwa zur selben Zeit sagt der Justizminister der Türkei, Mahmut Esat Bozkurt: "...die Türkei ist der einzige Herr, der einzige Inhaber dieses Landes. Diejenigen, die nicht reine türkische Abstammung nachweisen können, haben in diesem Land nur ein Recht. Das Recht, Bediensteter zu werden, das Recht, Sklave zu sein." (d.s.s.)

Nach dem Abkommen von Lausanne verfiel die kemalistische Bewegung, die Kurdistan annektiert hatte, in eine rassistische Hysterie. Der türkische Staat ließ Theorien erstellen, die rassistisch waren und die "türkische Rasse zur Herrenrasse" erklärten.

Anfang der 30er Jahre ist es nicht nur verboten, für Kurden notwendige Rechte zu fordern, sondern auch Kurdisch zu sprechen. Für jedes gesprochene kurdische Wort mußte man 1930 fünf türkische Pfennige Strafe zahlen.

Von nun an, "sind alle aus Diyarbakir, Ankara, Trabzon oder Makedonien die Söhne derselben Rasse, das Blut derselben Adern" (Mustafa Kemal Atatürk). Das heißt, alle, die in Anatolien lebten, waren von nun an Türken und mußten Türken sein. Die These, alle in der Türkei lebenden Menschen seien Türken, wurde so zur Staatsdoktrin des Kemalismus. Dies hatte in der Praxis die Bedeutung, daß Menschen anderer Nationalitäten nur überleben konnten, indem sie zu Türken wurden. Diese Politik hält auch heute noch an.

Fußnoten:
Alle Zitate mit dem Zeichen (**) stammen aus: "Die Kurden im Dreieck von Sevres-Lausanne und Musul in französischen Dokumenten".

Anfang Seite 16

daß Verwaltungs- oder Frauenprobleme dahinter verschwinden. Wenn wir heute den Kampf ums Saftwerden führen, so ist dafür der 12. September verantwortlich. Der Kampf ist nach hinten gerichtet, das bedeutet, daß wir die Rechte, die uns weggenommen worden sind, zurückerobert wollen.

- Gibt es außer Lohn und sozialen Hilfen Forderungen, auf die ihr besteht?

Klymet: Wir fordern die Verlängerung des Mutterschutzes auf 6 Monate. Zur Zeit beträgt er 3 Monate, 1 1/2 Monate vor der Geburt, und 1 1/2 Monate nach der Geburt.

Fatma: Erziehungsurlaub müßten nicht nur Mütter, sondern auch Väter bekommen. Die Erziehung der Kinder ist nicht nur die Aufgabe der Frauen. In unserer Arbeitsstätte gibt es eine Kinderkrippe, doch wir fordern auch Kinderkrippen in Betrieben, in denen es Männer gibt, die Kinder haben. Außerdem wissen die Arbeitgeber die gesetzlichen Krippenbestimmungen sehr gut für sich zu nutzen. In vielen Betrieben erreicht die Zahl der Arbeiterinnen nie die Grenze, ab der eine Kinderkrippe eingerichtet werden muß.

Ünzile: Da ist noch die Tatsache, daß Frauen mit Kindern, oder schwangere Frauen nie eingestellt werden. Es müßte ein Kündigungsschutz für schwangere Frauen in den Gesamtarbeitsverträgen garantiert werden. Ich habe meine Arbeit hier in diesem Betrieb mit Lüge, daß ich keine Kinder hätte, aufgenommen. Die meisten Frauen machen das. Egal, ob es im Betrieb eine Krippe gibt oder nicht, schwangere Frauen werden entlassen.

Ilknur: Nicht nur wenn sie schwanger sind, auch wenn zwei Menschen, die im selben Betrieb arbeiten, heiraten, wird die Frau entlassen.

- Ein anderes Problem ist die Tatsache, daß Frauen im Niedriglohnbereich arbeiten.

Fatma: Keine von uns wurde doch zum arbeiten erzogen, die Frauen werden zum Ehefrau- und Muttersein erzogen. Das Schlimmste daran ist, daß wir das auch unseren Kindern beibringen. Es ist unausweichlich, daß eine ungelernete Frau, wenn sie zu arbeiten beginnt, für niedrigen Lohn arbeiten muß... Die Ungleichheit fängt also schon viel früher an...

Männer als Vertreter von Arbeiterinnen

- Neben den Problemen, die die Frauen als Arbeiterinnen haben, gibt es noch spezifische Probleme. Erleichtert das Vorhandensein von weiblichen Vertreterinnen die Berücksichtigung dieser Probleme bei den Tarifverhandlungen?

Ilknur: Nicht nur im Bezug auf die Gesamtarbeitsverträge. Wenn Vertreterinnen da sind, können die Arbeiterinnen alle möglichen Probleme ansprechen, ohne Angst zu haben. In den Betrieben, in denen die Vertreter Männer sind, können sie das leider nicht.

Klymet: Die Situation ist nicht überall so wie in Gripiin. In vielen Betrieben sind die Vertreter Männer, obwohl die Mehrzahl der Arbeiterinnen Frauen sind. Die Gewerkschaftsführer sind auch Männer. In der letzten Wahlperiode war unter 200 Delegierten nur eine einzige Frau.

- Wollen die Frauen keine Vertreterinnen oder Gewerkschafterinnen werden?

Ünzile: Von den Frauen kommt fast kaum das Verlangen, Vertreterin zu werden. Eine Frau muß, wenn sie verheiratet ist, vom Ehemann, wenn sie ledig ist, von der Familie, eine Erlaubnis bekommen. Sie muß abends, nach Feierabend, zu Gewerkschaftssitzungen gehen. Was wird aus den Hausarbeiten, wer kümmert sich um die Kinder?...

Fatma: Die Männer wollen keine Frau vor sich. Sie wollen keine selbstbewußte Frau. Zunächst muß die Last der Frau als Mutter, als Hausfrau leichter werden.

Klymet: Der wichtigste Faktor in diesem Zusammenhang ist Förderung. Damit sich die Frauen aktiv an Gewerkschaftsarbeit beteiligen, um Vertreterinnen zu werden, müssen, von unten nach oben Frauenkommissionen gebildet werden, die sich bis zur Hauptverwaltung durchsetzen. Es muß Fortbildung zum Thema Frauenfragen organisiert werden.

- Wie verhalten sich Ihre Männer?



Ünzile: Solange wir nicht aus den traditionellen Frauenrollen ausbrechen, haben wir keine Probleme mit unseren Männern. Wir haben unsere Rolle akzeptiert und verhalten uns entsprechend: Die Arbeiten zu Hause werden nicht vernachlässigt, die Strümpfe sind sauber, die Kinder sind versorgt. Warum sollte es Probleme geben? Diese Situation können wir nur verändern, in dem wir zusammen kämpfen. Diese Kneipenaktionen finde ich sowieso ganz toll. (Im Frühjahr dieses Jahres statteten Feministinnen der Männerdomäne "Kneipe" einige Besuche ab, was in der Bevölkerung heftige Diskussionen auslöste. Anm. d. T.I.). Wenn es sich ergibt, würde auch ich hingehen. Damit die Frauen hervortreten können, muß die Einstellung der Männer geändert werden, und die Frauen müssen ihre Rechte wahrnehmen. Bei mir zu Hause gibt es da keine Probleme. Ich muß nicht mal um Erlaubnis fragen.

Ilknur findet die Kritik an den Männern etwas ungerecht und sagt: Als ich verheiratet war, hatte mein Mann keinerlei Einwände dagegen, daß ich Gewerkschaftsvertreterin werde.

- Hat er denn, während Sie zur Gewerkschaft gingen, auf die Kinder aufgepaßt, das Essen gekocht und das Geschirr abgewaschen?

Ilknur: Nein, wo denkst du hin!

Nach diesem Gespräch mit so kämpferischen, optimistischen Frauen führte die Autorin ein Interview mit einer jungen Textilarbeiterin, deren Bedingungen sich gravierend von denen bei Gripiin unterscheiden. Die Frau ist 24 Jahre alt und arbeitet seit 6 Jahren in einer großen Textilfabrik, in der viele Frauen arbeiten. Sie möchte nicht, daß ihr Name veröffentlicht wird. Nach den letzten Statistiken der Sozialversicherungsanstalt (SSK) arbeiten in der Textilverarbeitung 98

801 Frauen versicherungspflichtig. In dieser Branche arbeiten viele Frauen ohne Versicherung und im Akkord. Fast 60% der Arbeiterinnen sind in der Teksif-Gewerkschaft, die der Türk-Is angeschlossen ist, organisiert...

- In der Textilbranche arbeiten viele Frauen. Gibt es dementsprechend Vertreterinnen in der Gewerkschaft?

Im Textilbereich arbeiten viele Frauen, doch Vertreter sind immer Männer. Im Allgemeinen werden sehr junge Mädchen beschäftigt, die keinerlei Ausbildung haben. Repressionen gibt es jede Menge, sie

Frauen werden ab und zu ins Gewerkschaftszimmer gerufen. Doch nicht alle zusammen, sondern immer einzeln. Alle Themen, die nichts mit Kanline, Kinderkrippe und Lohn zu tun haben, werden sofort abgeschmettert, mit der Begründung, daß sie außerhalb des Gesamtarbeitsvertrages stehen. Für die Frauen ist es auch sehr schwer, untereinander zu reden. Während meiner Vertreterinzeit hatte ich solche Gesprächsrunden organisiert. Da würde ich zur Gewerkschaft zitiert, wo man mir sagte, ich sollte die Frauen nicht mit solchen Versammlungen verwöhnen, denn sonst würden ihre Forderungen kein Ende nehmen. Und ich wurde gezwungen, diese Versammlungen wieder einzustellen.

- Gibt es in einem Betrieb, in dem so viele Frauen arbeiten, eine Kinderkrippe?

Bis vor 1,2 Jahren gab es eine unter primitiven Bedingungen arbeitende Kinderkrippe, noch dazu weit vom Betrieb entfernt, die in Schichtarbeit gingen, konnten ihre Kinder dort nicht unterbringen. Als viele Frauen aus diesem Grunde die Fabrik verlassen mußten, wurden die Betreuungszeiten entsprechend ausgeweitet. Heute sind die Bedingungen in der Krippe relativ gut. Eigentlich gibt es im Gesamtarbeitsvertrag eine Bestimmung, die lautet: "Es soll dafür gesorgt werden, daß Frauen, die ein Kind unter einem Jahr haben, nur in den Tagesschichten arbeiten." Diese Beschluß hat allerdings nur optische Funktionen, denn die Arbeitgeber sagen: "Wir geben uns größte Mühe, aber es geht nun mal nicht anders," und schicken die Frauen in die Nachtschicht.

- Es gibt eine Kinderkrippe und trotzdem werden schwangere Frauen entlassen?

Ja, denn wenn nur ein Kind mehr in die Krippe kommt, werden zusätzliche Ausgaben notwendig. Aus diesem Grunde werden schwangere entlassen. Frauen mit Kindern werden sowieso nicht angestellt, geschiedene auch nicht.

- Warum keine Geschiedenen?

Auf geschiedene Frauen wird heruntergeschaut. Der Arbeitgeber nimmt sie nicht, da er Angst davor hat, daß sich das Arbeitsklima verschlechtert. Aber wer das Arbeitsklima

verschlechtert sind die Männer und nicht die Frauen. Die Belästigungen gegenüber Frauen sind äußerst verbreitet. Manche Vorarbeiter oder Direktoren rufen Frauen wegen einer Arbeit zu sich und sagen dann: "Ach vergessen wir die Arbeit, mach mir einen Kaffee und laß uns ein wenig unterhalten." usw. Die meisten Frauen sich nicht, nein zu sagen.

- Was kann eine Arbeiterin gegen diese Art von sexueller Belästigung tun?

Nichts. Wenn sie etwas sagt, wird ihre Familie oder ihr Mann sie aus dem Betrieb holen. Oder der Arbeitgeber schmeißt sie raus. Die Frauen, die entlassen werden, weinen sowieso immer, weil sie nicht wissen, was sie zu Hause erzählen sollen... Die Väter nehmen ihnen ja auch immer gleich den Lohn, sowie sie ihn erhalten haben, aus der Hand. Aus diesen Gründen haben die meisten keinen Mut, etwas zu sagen.

- Ist diese Ausweglosigkeit nicht sehr entmutigend?

Ja, aber in anderen Situationen haben wir erlebt, daß wir zusammen etwas bewirken können. Trotzdem die Frauen in einer solchen Lage stecken und unter enormen Repression leiden, konnte in einigen Situationen Einigkeit erzielt werden. Ich habe zwar meinen Vertreterinnenposten aufgegeben, aber nicht meinen Kampf. Die Frauen werden einen Ausweg aus der Sackgasse finden.

Das Gespräch mit dieser jungen Textilarbeiterin zeigt, unter welchen Bedingungen tausende von Arbeiterinnen arbeiten. Tausende befinden sich dagegen unter noch schlimmeren Bedingungen. Es ist jedoch ermutigend, wenn die Frauen trotz alledem die Repressionen der Arbeitgeber, der Ehemänner, die ökonomischen Schwierigkeiten, die sexistischen Hürden, die Schuld- und Verantwortungsgefühle den Kindern und Ehemännern gegenüber überwinden können, wenn sie sich in den Gewerkschaften und anderen Bereichen des Lebens engagieren, wenn die Gesprächspartnerinnen trotz der Interwinhalte noch lachend auseinandergehen können...

Übersetzt aus: Demokrat, Juli 1990

trauen sich nicht. Außerdem wird weder der Mann, wenn sie verheiratet sind, noch die Familie, wenn sie ledig sind, die Zustimmung geben, daß sie Vertreterinnen werden. Sie würden spät nach Hause kommen, abends zur Gewerkschaft gehen, das wird als nicht gut angesehen.

- Du warst auch einige Zeit Vertreterin. Warum hast du davon Abstand genommen?

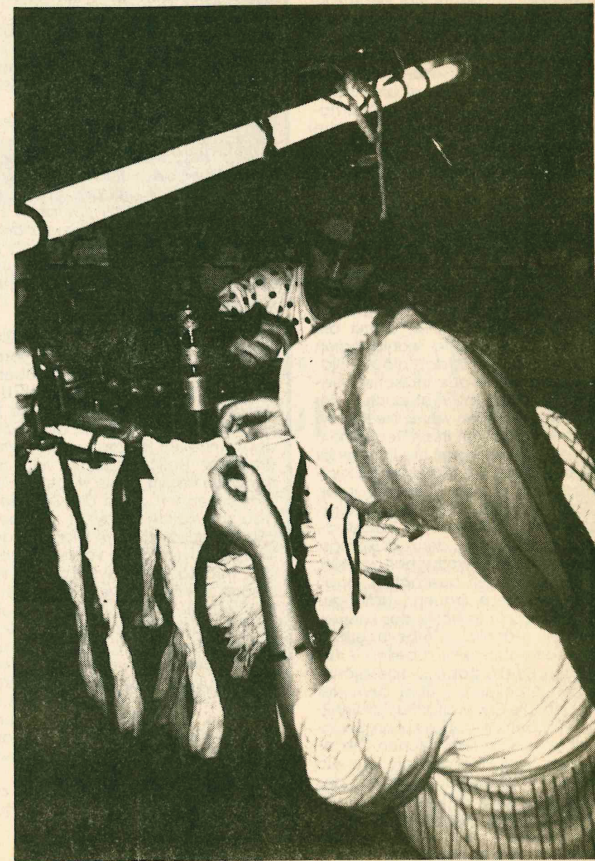
In unserem Betrieb wird eine Vertreterin mit einer Prostituierten gleichgesetzt. Vertreterinnen werden nicht geschätzt. Nachdem ich Vertreterin geworden war, haben mich eine Reihe von Frauen mit den Worten kritisiert, daß sie mich für einen klugen Menschen gehalten haben. Einige haben ihre Beziehungen zu mir abgebrochen. Die Gründe dafür liegen in der reaktionären Struktur der Gewerkschaft und die Art und Weise, wie die Leitung auf Frauen reagiert. Dies alles fand ich sehr schlimm.

Verbreitete sexuelle Belästigung in der Textilbranche

- Können männliche Vertreter die Probleme der Frauen in der Gewerkschaft und bei Tarifverhandlungen vertreten?

Nein. Sowieso wird keine ihre Probleme dem Vertreter mitteilen. Jede hat Angst, daß er sie dem Arbeitgeber erzählt. Falls es einen Vorarbeiter gibt, dem sie vertrauen, erzählen sie sie ihm, doch entweder vergißt er das wieder oder er leitet es nicht weiter.

- Werden vor den Gesamtarbeitsverhandlungen Versammlungen abgehalten?

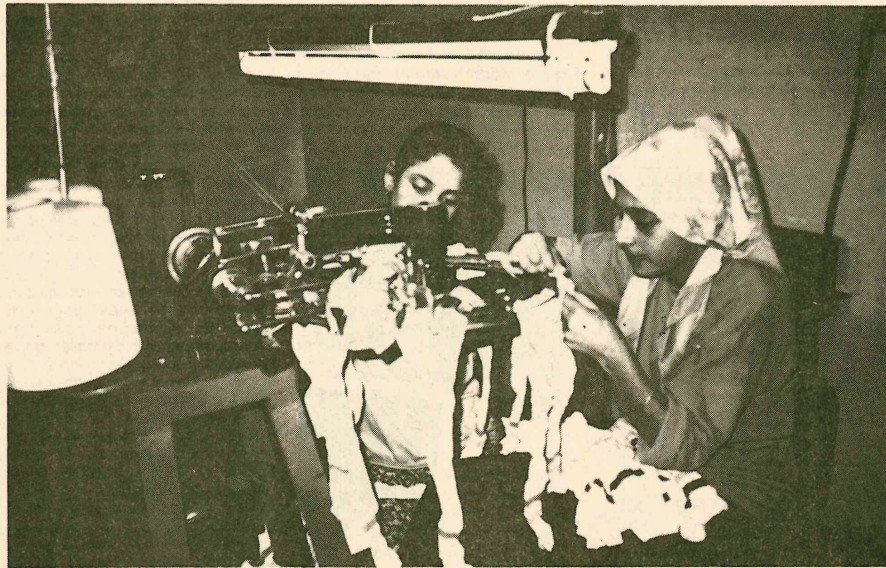


Gleichzeitig Frau und Arbeiterin sein...

Die Frauen klagen über ihre schweren und ermüdenden Arbeitsbedingungen, ihre monotone und unterbezahlte Arbeit, die unzureichenden oder nicht vorhandenen Beförderungsmittel, die Schichtarbeit, die Nachtarbeit, die geringe Anzahl von Kinderkrippen und Stillzimmern. Diejenigen, die einen Schritt weitergehen, fordern, daß Kinderkrippen und Stillräume nicht nur in den Betrieben, in denen Frauen arbeiten, sondern auch in jenen, in denen Männer arbeiten, eröffnet werden, daß in den Betrieben in denen Frauen beschäftigt sind, Frauenkomitees gegründet werden, um die Probleme der Frauen in die Gesamtarbeitsverträge einbringen zu können, daß Kinderkrippen in den Gewerkschaften eingerichtet werden, damit zur Gewerkschaft auch Frauen mit Kindern kommen können. Neben den Problemen, die die Frauen mit den anderen Arbeitern teilen, haben sie auch noch ihre eigenen Probleme. Aber die Gewerkschaftsvertreter, die Gewerkschaftsdelegierten, die Gewerkschaftsleitung, die Gewerkschaftsvorsitzenden sind alle Männer. Die wenigen Frauen, die es geschafft haben, sozialversichert zu arbeiten und Gewerkschaftsmitglied zu werden, werden in dem neuen Zeitraum des Gesamtarbeitsvertrages von Männern vertreten. Wir wollen untersuchen, inwieweit sich die Probleme der Arbeiterinnen in den Gesamtarbeitsverträgen widerspiegeln.

Im pharmazeutischen Bereich liegt der Lohn der Männer 1/3 über dem der Frauen

Diese Frage richten wir zunächst an die Gesamtarbeitsfachleute der Petrol-Is, die in der Pharmazie organisiert ist, einem der Bereiche, in denen die Arbeiterinnenzahl relativ hoch ist. Nach der Statistik der SSK (Sozialversicherungsanstalt) von 1988 sind im Flüssiggasbrennstoff-, Kautschuk- und Pharmaziesektor 10716 Frauen beschäftigt. Die Anzahl der Mitgliederinnen bei Petrol-Is beträgt annähernd die Hälfte. Nach Angaben von Nilgün Toz und Merih Toprak, den Gesamtarbeitsfachfrauen von Petrol-Is, ist die Anzahl der Vertreterinnen in den Pharmaziebetrieben recht hoch. Trotzdem spiegeln sich die Probleme der Frauen nicht in dem Maße in den Gesamtarbeitsverträgen wider. Merih Toprak sagt, daß wegen des Lebenshaltungsnotstandes die ökonomischen Forderungen an erster Stelle stehen. Der Vorsitzende des Bildungs- und Forschungszentrums der Petrol-Is, İlyas Köstekli betont dagegen, daß gewerkschaftliche Bildung notwendig ist, damit die Frauen ihre Rechte wahrnehmen können. Er meint, daß die Art Bildung, wie sie in ausländischen Gewerkschaften üblich ist, auch in der Türkei von Nutzen wäre. Die Frauen wissen nichts von ihren Rechten; in vielen Betrieben hält die Frau es für ausreichend, wenn ihr Mann sozialversichert ist und ist bereit, ohne jegliche soziale Absicherung zu arbeiten? sagt Köstekli. Im Treibstoff- und Kohlensektor, der zum Einzugsgebiet der Gewerkschaft gehört, sind 393 Frauen beschäftigt. Doch der Lohn dieser Frauen beträgt gerade einmal die Hälfte des Lohnes, den ein männlicher Arbeiter erhält. Im Pharmaziesektor arbeiten 9 487 Frauen. Hier liegt der Lohn der männlichen Arbeiter 1/3 über dem der Frauen. Die Gesamtarbeitsfachfrau Nilgün Toz betont, daß die Lohngleichheit bei den ausländischen Ölkonzernen und Farbfabriken, die ein Arbeitskraftbewertungssystem anwenden, noch viel gravierender ist und fügt hinzu: "Die Frauen arbeiten vorwiegend im Getränke- und Kantinenbereich, in der Reinigung und



Das Augenmerk der Frauen ist auf den Europäischen Gerichtshof gerichtet

NEIN ZUM § 159

Der § 159 des Türkischen Zivilgesetzbuches, der die Berufstätigkeit der Frau von der Erlaubnis des Ehemannes anhängig macht, wird zur Zeit vom Verfassungsgericht überprüft. Das Verfassungsgericht wird Mitte September sein Urteil bekanntgeben. Als Folge dieses Urteils werden die Frauen entweder wie früher ohne die gesetzliche Erlaubnis ihrer Ehemänner nicht arbeiten dürfen, oder endlich ohne die Erlaubnis eben dieser arbeiten können. Aus diesem Grunde hat eine Gruppe von Feministinnen aus Istanbul bis heute 2.000 Unterschriften gesammelt, die sie an das Verfassungsgericht schicken wird.

Was beinhaltet der § 159?

Im Türkischen Zivilgesetzbuch, im Teil "Allgemeine Bestimmungen zur Heirat", Abschnitt "C", besagt der § 159 mit der Überschrift: "Der Beruf oder das Handwerk der Ehefrau" folgendes:

"Egal, welche Prinzipien die Eheleute zur Verwaltung ihrer Güter vereinbart haben, kann die Ehefrau mit der ausdrücklichen oder nicht ausdrücklichen Erlaubnis des Ehemannes einer Arbeit oder einem Handwerk nachgehen."

Falls der Ehemann die Erlaubnis verweigert, kann sie von einem Richter gegeben werden, wenn die Ehefrau nachweisen kann, daß ihre Beschäftigung mit einer Arbeit oder einem Handwerk dem Zusammenhalt der Familie dient, oder zum Nutzen der ganzen Familie ist. Wenn der Ehemann seiner Frau die Beschäftigung mit einer Arbeit oder einem Handwerk untersagt, sagt die Bestimmung autrichtigen dritten Personen gegenüber solange nichts aus, wie der Sachverhalt nicht mittels eines Notars angezeigt worden ist."

Der § 159 des Türkischen Zivilgesetzbuches ist eigentlich nicht erst heute zum Vorschein gekommen. Der Grund, warum heute darüber gesprochen wird, liegt bei einer Sängerin aus Izmir, Hatice Albayrak. Die Geschichte ist folgende: Hatice Albayrak sang ihr Lebenlang und verdiente damit den Lebensunterhalt der Familie. Ihr Ehemann Mecit Albayrak dagegen ist arbeitslos. Hatice Albayrak will sich von ihrem Mann scheiden lassen, doch wehe der Frau, die sich scheiden lassen will... Und die Gesetze fordern von einer Frau wie Hatice Albayrak, die als Sängerin arbeiten will, die ausdrückliche Erlaubnis des Ehemannes. Als Mecit Albayrak diese vorgeschriebene Erlaubnis nicht gibt, wird Hatice Albayrak arbeitslos. Um die Arbeitserlaubnis zu erhalten wendet sie sich an das 4. Amtsgericht in Izmir. In ihrer Prozeßklärung betont sie, daß der § 159 der Verfassung widerspricht. So ist es, denn in der Verfassung heißt es, daß "Mann und Frau gleich sind". Aber, während Hatice, um arbeiten zu können, die Erlaubnis ihres Mannes benötigt, muß Hatice's Mann, wenn er arbeiten will, nicht ihre Erlaubnis einholen. Wie dem auch sei, der Richter Salih Dirik denkt wie Hatice Albayrak und beantragt beim Verfassungsgericht die Abschaffung dieses Paragraphen...

Im Folgenden einige Auszüge aus den Flugblätter, die in Istanbul von den Frauen erteilt werden, die die Kampagne organisieren:

"Wir als Frauen, die gegen sämtliche Gesetze,

Traditionen und Praktiken kämpfen, die den Mann als Familienvorstand festschreiben, die die Frauen in der Ehe gefangen- und als Besitz des Mannes halten, unterstützen alle Aktionen, die auf das Verfassungsgericht dahingehend Druck ausüben, daß dieser Paragraph abgeschafft wird. Aber wir wollen daran erinnern, daß diese Art von Gesetzen über Begriffe wie Menschenrechte und Gleichheit hinausgehend, eine Rolle spielen bei der Unterdrückung der Frauen als Geschlecht.

Wie sehr auch die Verfassung uns mit den Männern "gleich" sieht, ist es offensichtlich, daß wir nach der Heirat keinesfalls mehr gleich sind.

Wir kennen diese Geschichte zu genau. Sind es nicht wir Frauen, die in der Familie, in die wir hineingehören, ständig ohne Gegenleistung Dienstleistungen für andere erbringen? Sind sie es nicht, die den Mann, die Kinder, die Alten für ein Stückchen Brot versorgen die im Namen der Liebe 24 Stunden am Tag ohne Sozial- und Rentenversicherung arbeiten, während in der Wirtschaft andere für diese Tätigkeiten Geld verdienen? Während dieser ganzen Arbeiten müssen die obendrein noch auf sich nehmen, geschlagen, vergewaltigt, als Menschen 2. Klasse behandelt zu werden, daß ihr Platz am Tisch, wenn schon nicht nach dem Ochsen, so doch nach den Männern kommt, daß sie als Anhängsel an den Mann angesehen werden. Sind nicht die Religion, die Traditionen, das Zivilgesetz und eigentlich alles dahingehend aufgebaut, uns Frauen gehorsam, gefügig und arbeitswillig zu machen?

§ 152 macht den Mann zum Familienoberhaupt

§ 153 paßt uns den Nachnamen des Mannes an.

§ 154 befördert den Mann zum "Bevollmächtigten über unser Leben"

§ 155-158 erinnern daran, daß die der Frau übertragenen Verantwortlichkeiten zu ihren eigenen Schulden jederzeit rückgängig gemacht werden können. (denn die Frau ist ein Wesen mit eingeschränktem Verstand).

Und letztendlich sucht der § 159 nach Wegen, uns ein Hauptelement, das uns von den Männern unabhängig machen kann, die ökonomische Unabhängigkeit, aus den Händen zu reißen.

Als würden diese ganzen sexistischen Gesetze nicht ausreichen, versucht die Regierung über Beschlüsse mit Gesetzeskraft, uns ein Familienbild aufzuzwängen, das den Mann als Oberhaupt als heilig betrachtet.

Nein zu allen sexistischen Gesetzen und Beschlüssen!

Wir wollen kein Oberhaupt in der Familie!

Nun sind die Augen auf das Verfassungsgericht gerichtet. In Istanbul sammeln die Frauen Unterschriften, in Izmir warten die Frauen auf den Prozeßtermin, in Aktion zu treten. Ihr gemeinsamer Slogan lautet: Nein zum § 159!

Übersetzt aus: Demokrati!, September 1990

im Lagerbereich, also alles Tätigkeiten, für die keinerlei Vorbildung notwendig ist. Nach dem Lohnbewertungssystem erhalten Beschäftigte in diesen Bereichen sehr niedrige Löhne. Die Frauen, die sowieso dahingehend erzogen werden, zu heiraten und Kinder großzuziehen, denen der Weg zu den Bildungseinrichtungen versperrt ist, werden natürlich in diesen Sektoren beschäftigt." Diese Worte von Nilgün Toz zeigen, daß noch viel grundlegendere Forderungen und Veränderungen notwendig sind, als die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Trotzdem muß die Forderung nach gleichem Lohn bei den Gesamtarbeitsverhandlungen verteidigt werden, nicht nur der von ungleichen Lohn betroffenen Frauen wegen, sondern auch, um zu verhindern, daß die Frauen als billige Arbeitskraft von den Arbeitgebern bei Entlassungen, Streiks und Widerständen als Drohmittel eingesetzt werden.

Schwangere werden entlassen

In den großen Arzneimittelfirmen, in denen auch Petrol-Is organisiert ist, befinden sich im allgemeinen Kinderkrippen oder es bestehen Verträge mit Krippen, die sich in ihrer Nähe befinden. Dies ist allerdings kein Hindernis, schwangere Frauen zu entlassen. Schwangere wird die Arbeit gekündigt. Frauen, die schon Kinder haben, verheimlichen diese Tatsache, um eingestellt zu werden, so können sie leider die Kinderbetreuungsgeldangebote am Arbeitsplatz nicht für sich in Anspruch nehmen. Anmache und sexuelle Belästigung sind in diesen Sektoren, in denen vermehrt Frauen arbeiten, häufig anzutreffen. Dies spiegelt sich allerdings in keinster Weise bei der Gewerkschaft wieder.

Merih Toprak, eine Fachfrau von Petrol-Is, unterstreicht, daß es in den Arbeitsstätten, in denen es weibliche Arbeiterinnenvertreterinnen gibt, wesentlich leichter ist, diese Art von Problemen zu lösen und Maßnahmen zu ergreifen. Ihrer Meinung nach ziehen es die Frauen vor, gegen sie gerichtete Belästigungen zu vertuschen. Wenn die Belästigung auch noch vom Vorgesetzten oder vom Arbeitgeber ausgeht, schweigen sie aus Angst um ihren Arbeitsplatz oder aus Scham. In solchen Situationen bevorzugt der Arbeitgeber immer den ausgebildeten männlichen Arbeiter. Wer gehen muß, sind jedes Mal die Frauen.

Eine Arbeitsstätte, in der Petrol-Is unter anderem organisiert ist, ist die Arzneimittelfabrik Gripin. Gripin hat 160 Beschäftigte. Der größte Teil der Arbeiterinnen sind Frauen. Darüber hinaus sind alle 4 Vertreterinnen Frauen, kämpferische Frauen. In Gripin gibt es eine Kinderkrippe, Beförderungprobleme gibt es so gut wie keine, Schichtarbeit gibt es nicht für Frauen. Die Arbeiterinnen in Gripin haben auch jede Menge Probleme, doch sie verstehen es, ihre Rechte einzufordern. In Gripin wird sich in Kürze an den Verhandlungstisch zu den Gesamtarbeitsverträgen gesetzt.

Im Folgenden nun die Widergabe des Interviews, das die Autorin dieses Artikels mit Arbeiterinnenvertreterinnen von Gripin nach einer Vorbereitungsitzung zu den anstehenden Tarifvertragsverhandlungen geführt hat:

- Es fiel mir auf, daß ökonomische Forderungen die Hauptrolle spielen.

Fatma: Die ökonomische Situation wird uns dermaßen aufkotiert,